



Landtag von Baden-Württemberg

82. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 15. Dezember 2004 • Haus des Landtags

Beginn: 10:01 Uhr

Schluss: 16:46 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5793	Beschluss	5844
1. Fortsetzung der Ersten Beratung		Abg. Dr. Lasotta CDU (zur Abstimmung)	5845
a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Staatshaushaltsgesetz 2005/06) – Drucksache 13/3850		Abg. Theurer FDP/DVP (zur Abstimmung)	5847
b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2005 – Drucksache 13/3832		3. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Familienpolitik – Ziele und Umsetzung – Drucksache 13/2331	5847
Allgemeine Aussprache	5793	Abg. Klenk CDU	5847
Abg. Dr. Scheffold CDU	5793	Abg. Marianne Wonnay SPD	5848
Abg. Drexler SPD	5800, 5826	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	5849
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	5808	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	5850
Abg. Kretschmann GRÜNE	5816	Ministerin Tanja Gönner	5852
Minister Stratthaus	5823	Beschluss	5854
Beschluss	5827	4. Antrag der Fraktion GRÜNE – Zustimmung der Landesregierung zur Novellierung der Verpackungsverordnung im Bundesrat – Drucksache 13/3809	
2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes – Drucksache 13/3680		– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO	5854
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/3825	5828	Abg. Walter GRÜNE	5854, 5861
Abg. Birzele SPD	5828, 5830, 5845	Abg. Scheuermann CDU	5855
Abg. Hauk CDU	5828, 5838	Abg. Staiger SPD	5857
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5833, 5840	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5858
Abg. Oelmayer GRÜNE	5836	Minister Mappus	5859
Minister Rech	5841	Beschluss	5862
Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung)	5844	5. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Technik-Zukunftsprogramm Polizei – Drucksache 13/2329 . abgesetzt (5862)	
		Nächste Sitzung	5862

Protokoll

über die 82. Sitzung vom 15. Dezember 2004

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 82. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Braun erteilt.

Krank gemeldet ist Frau Abg. Fauser.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Ersten Beratung

a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Staatshaushaltsgesetz 2005/06) – Drucksache 13/3850

b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2005 – Drucksache 13/3832

Allgemeine Aussprache

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben den Haushaltsentwurf in diesem Jahr in schwieriger Zeit aufgestellt. Es ist eine wirtschaftlich schwierige Zeit, es ist eine sozialpolitisch schwierige Zeit, und es ist eine gesellschaftspolitisch schwierige Zeit.

Vor diesem Hintergrund gilt unser besonderer Dank zunächst dem Finanzministerium, an der Spitze unserem Finanzminister Gerhard Stratthaus und seinem Staatssekretär Wolfgang Reinhart, aber natürlich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für eine offene, intensive und konstruktive Zusammenarbeit, für eine vertrauensvolle und gute Abstimmung und für einen wohl überlegten und ausgewogenen Haushaltsentwurf als Grundlage dieser Beratung. Unser Dank gilt der Landesregierung, der Koalition aus CDU und FDP/DVP, an der Spitze unserem Ministerpräsidenten Erwin Teufel, für wichtige Weichenstellungen und Impulse für die Landespolitik.

Wir bleiben mit diesem Haushaltsentwurf auf gutem Kurs. Baden-Württemberg bleibt mit diesem Haushaltsentwurf wirtschaftlich, sozial- und gesellschaftspolitisch auf dem richtigen Weg. Baden-Württemberg bleibt mit diesem Haushaltsentwurf das erfolgreichste Land in Deutschland.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Ist das die gleiche Rede wie letztes Jahr? – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Wir sind halt immer gut!)

Dafür danken wir herzlich. Die CDU-Landtagsfraktion sagt zu, diesen erfolgreichen Weg des Landes auch in der Zukunft zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Arbeitslosendaten vom November 2004 belegen das, was ich soeben gesagt habe: Baden-Württemberg ist das wirtschaftlich erfolgreichste Land. So betrug im November die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg 6,1 %, in Bayern, dem zweitbesten Land, 6,7 %, in Hessen 7,9 %, in Niedersachsen 9,6 % und in Nordrhein-Westfalen 10,0 %. Die Entwicklung ist eindeutig: Der Süden hängt den Norden ab. Wir sind vorn, und das ist gut so.

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Ich stelle dem einmal entgegen, was die Bundesregierung sagt. Clement im „Südkurier“ am 3. Dezember 2004: „Der Herbst ist schuld.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Sommer ist vielleicht die Sonne schuld, im Winter ist es der Regen, im Frühjahr ist es das Frühjahr, und im Herbst soll es dann der Herbst sein, der schuld ist. Nein, diese Bundesregierung macht nicht die richtigen Reformen, sie macht nicht das, was in Deutschland notwendig wäre,

(Abg. Fischer SPD: Sind wir im Land Baden-Württemberg oder in der Bundesrepublik?)

damit Wachstum und Arbeitsplätze entstehen könnten. Es liegt an der Bundesregierung selbst, dass sich in Deutschland nichts bewegt.

(Abg. Seimetz CDU: Jawohl! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dort, wo es wirtschaftliches Wachstum gibt, sind die Arbeitslosenzahlen niedrig. Dort, wo die Arbeitslosenzahlen niedrig sind, sind die Sozialtransfers gering. Dort, wo die Sozialtransfers gering sind, kann der Staat seine öffentlichen Aufgaben erfüllen. Das gilt für Baden-Württemberg im Besonderen. Wir hätten genügend Steuereinnahmen, um

(Dr. Scheffold)

unsere öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Wir könnten mit unserem Wirtschaftswachstum, wir könnten mit unserer Innovationskraft und mit unseren niedrigen Arbeitslosenzahlen das erfüllen, was wir in Baden-Württemberg zu erfüllen haben. Wir hätten genügend Geld zur Finanzierung der notwendigen Aufgaben. Wir hätten bereits heute eine Netto-neuverschuldung von null.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen eben abgeben. Wir müssen im Länderfinanzausgleich im Jahr 2005 voraussichtlich 1,8 Milliarden € abgeben,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist doch Bestandteil unserer Verfassung! Wollen Sie einen Haushalt im Konditional machen? – Abg. Drexler SPD: Verfassung!)

im Jahr 2006 1,9 Milliarden €. Das entspricht ungefähr dem, was wir an neuen Schulden aufnehmen.

(Abg. Drexler SPD: Das haben Sie doch selber vereinbart! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Was wollen Sie damit sagen?)

Wenn wir diesen Betrag nicht an die anderen Länder abgeben würden, hätten diese eine Neuverschuldung, die um zirka 50 % höher wäre, als sie tatsächlich ist.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wenn mein Onkel kein Schwänzle hätte, wäre er meine Tante!)

Sie wäre um 50 % höher, und die Haushalte aller dieser Länder würden in die Verfassungswidrigkeit hineinlaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist aber nicht Aufgabe von Baden-Württemberg und nicht Aufgabe unserer Unternehmen und Betriebe und auch nicht Aufgabe unserer Bürgerinnen und Bürger, dafür zu arbeiten, dafür Steuern zu erwirtschaften und zu zahlen, dass die anderen Länder verfassungsmäßige Haushalte aufstellen können. Es muss mit dieser Überbeanspruchung Schluss sein.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten – Abg. Drexler SPD: Sie haben es doch vereinbart! Reden Sie doch keinen Unsinn! Ihr Ministerpräsident hat es doch unterschrieben! Mann, redet der einen Stuss! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Ein bisschen Niveau schadet nicht, Herr Kollege! Selbst Ihnen würde es nicht schaden!)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

Abg. Dr. Scheffold CDU: Sicher.

Präsident Straub: Herr Moser, bitte schön.

Abg. Moser SPD: Herr Kollege Dr. Scheffold, muss ich Ihre Rede dahin gehend verstehen, dass Sie dafür plädieren, dass Baden-Württemberg aus der Bundesrepublik Deutschland austritt?

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Das ist die Vision von Herrn Scheffold!)

Abg. Dr. Scheffold CDU: Nein, Herr Kollege Moser. Sie müssen nur meiner Rede zuhören. Ich habe im letzten Satz gesagt: Wir wenden uns – zuhören, Herr Kollege Kretschmann –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Weil ich zuhöre, darum beunruhigt mich das, was Sie sagen!)

– hören Sie bitte zu! – gegen die Überbeanspruchung von Baden-Württemberg. Das ist das Entscheidende.

(Abg. Drexler SPD: Baden-Württemberg hat doch zugestimmt?)

Ich will den Blick zunächst auf die Einnahmen unseres Landes richten. Die Einnahmen Baden-Württembergs beliefen sich – ich will einmal weiter zurückgreifen – im Jahr 1998 auf 21,14 Milliarden €, im Jahr 1999 waren es 22,31 Milliarden €, im Jahr 2000 waren es 22,98 Milliarden €, im Jahr 2001 22,06 Milliarden € und im Jahr 2002 21,30 Milliarden €. Wir hatten also einen drastischen Rückgang in den Jahren 2001 und 2002.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Steuerentlastung!)

– Nein, das ist nicht die Folge der Steuerentlastung, Herr Kollege Palmer, sondern die Folge eines völlig verfehlten Körperschaftsteuergesetzes, das in Berlin entstanden ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist Entlastung der Unternehmen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der wahre Grund. Das lag nicht an der Weltkonjunktur, das lag nicht am 11. September, sondern an einem völlig verfehlten Körperschaftsteuergesetz, das Sie in Berlin verabschiedet haben. Man würde ja in diesem Zusammenhang gern von handwerklichen Fehlern sprechen, Herr Kollege, aber das wäre eine Beleidigung für jeden Handwerker. So schlecht arbeitet kein Handwerker in Deutschland.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Haben Sie das aus der Rede von Herrn Merz im Bundestag abgeschrieben?)

Wir hatten im Jahr 2000 23 Milliarden € Steuereinnahmen aus der Körperschaftsteuer. Im Jahr 2001 ergab sich bei den Körperschaftsteuereinnahmen ein Minus von 450 Millionen €. Das heißt, der Staat hat 2001 mehr Körperschaftsteuer zurückerstattet, als er überhaupt eingenommen hat.

Dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist allein Rot-Grün in Berlin verantwortlich, nicht die Länder, nicht die Kommunen und nicht die Bürger von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Zurück zu den Steuereinnahmen in den Jahren 2003, 2004 und 2005. Sie beliefen sich 2003 auf 21,99 Milliarden €. Im Jahr 2004 sind es 22,29 Milliarden € und im Jahr 2005 21,85 Milliarden €. Das heißt, es ist auch für die kommenden Haushaltsjahre ein Rückgang bei den Steuereinnahmen prognostiziert. Es sind keine Steigerungen zu erwarten. Das ist im Prinzip nicht verwunderlich. Das Wirtschaftswachstum existiert nur über den Export. Deswegen fällt auch die

(Dr. Scheffold)

prognostizierte Steigerung der Umsatzsteuer für die zukünftigen Jahre mit 0,7 % bzw. 1,8 % sehr niedrig aus. Bei der Lohnsteuer wird sogar mit einem Rückgang gerechnet. Der Inlandskonsum ist gering, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Leute haben Angst um ihren Arbeitsplatz, und sie haben Angst vor der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Deswegen wären dringend Lösungen auf der Bundesebene erforderlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für das Wirtschaftswachstum 2005 prognostiziert die Bundesregierung 1,7 %.

(Abg. Stickelberger SPD: Wir diskutieren den Landeshaushalt!)

Im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute lautet die Prognose 1,5 %, laut Sachverständigenrat sind es vielleicht 1,4 %. Damit sind wir immer noch das Schlusslicht in Europa. Ich will Ihnen das gerne einmal vorhalten.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Mit Vorhaltungen kann man keinen Haushalt sanieren!)

Wir haben in den USA 3,3 %, in Großbritannien 2,8 %, in Japan 2,3 %, in den Niederlanden 1,8 %, selbst in Italien noch 1,7 % Wachstum, in Deutschland 1,4 % Wachstum, im Euroraum insgesamt 2 % Wachstum.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir haben also fast nur die Hälfte des Wachstums im europäischen Raum, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mit diesem Wirtschaftswachstum wird es in Deutschland kein Wachstum der Steuereinnahmen geben und wird es auch in Baden-Württemberg keine Möglichkeiten geben, die notwendigen Aufgaben zu erfüllen.

(Abg. Capezuto SPD: Wie ist eigentlich die Wachstumsquote auf den Seychellen?)

Übrigens, meine sehr verehrten Damen und Herren, Maastricht-Kriterium: Was haben Sie uns da nicht alles versprochen! Die Einhaltung wurde uns versprochen für 2002, sie wurde uns versprochen für 2003, für 2004, für 2005.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie und Ihre Landesregierung haben auch viel versprochen und nicht gehalten! Sie haben die Nullverschuldung in diesem Land versprochen!)

In keinem dieser Haushaltsjahre haben Sie das Kriterium eingehalten. Sie haben es jedes Mal überzogen. Jetzt sieht es wieder so aus, dass Eichel das Maastricht-Kriterium für 2005 verspricht, aber voraussichtlich nicht einhalten kann. Deshalb investieren die Unternehmen nicht bei uns, sondern irgendwo anders, und deshalb entstehen Arbeitsplätze auch nicht bei uns, sondern im Ausland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auf der einen Seite also Einnahmen, die stagnieren oder sogar rückläufig sind. Wir haben auf der anderen Seite Ausgaben, die sich ständig erhöhen. Wo liegen die Ursachen?

Zunächst sind hier die ständig gestiegenen Personalkosten zu nennen. 2001 betrug ihr Anteil noch 39 %, 2002 41 %,

2003 42 %, 2004 und 2005 beträgt er auch ungefähr 42 %. Dafür verantwortlich sind natürlich die Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie die steigenden Pensionslasten durch Beamte, insbesondere Lehrer, seit Ende der Sechzigerjahre. Aber man muss auch hinzufügen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Baden-Württemberg hat seine Hausaufgaben gemacht. Von 1993 bis 2003 haben wir ca. 10 000 Stellen abgebaut.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ausgelagert!)

2004 erbrachte das Stellenabbauprogramm infolge der 41-Stunden-Woche 593 Stellen. Ab 2005 werden 115 Stellen zusätzlich abgebaut durch die sukzessive Umsetzung der 41-Stunden-Woche für Angestellte und Arbeiter bei Neueinstellungen und Höherstufungen. Ab 2005 erfolgt wegen der Verwaltungs- und Hochschulreform ein Stellenabbau um 5 % bei den Ministerien und um 5 % in der übrigen Beamtenschaft. Schließlich kommt es ab 2005 zu einem Wegfall von 2 000 Stellen beim Land infolge der Verwaltungsreform und der Übernahme durch die Landkreise gegen eine Effizienzrendite von 20 %, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir wissen sehr wohl, dass die Verwaltungsreform bei den Beschäftigten nicht nur Freude auslöst. Wir wissen, dass man da sicherlich das eine oder andere hinterfragen und überprüfen kann. Aber wir sind auch davon überzeugt, dass es richtig war, die Verwaltungsreform zu machen. Wenn Sie sich die Lage in Deutschland einmal ansehen, dann müssen Sie sagen: Wir brauchen Reformen für Deutschland. Wir brauchen weniger Bürokratie und weniger Vorschriften, aber dafür mehr Freiheit und Eigenverantwortung.

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie es doch!)

Auch das ist ein Teil der Verwaltungsreform, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Schauen Sie einmal, wohin sich ein Existenzgründer wenden muss, wenn er eine Existenz gründet: Er muss zum Arbeitsamt gehen, zum Finanzamt gehen, zum Gewerbeaufsichtsamt gehen. Er muss zur Rentenversicherungsanstalt, zu den Krankenkassen, zu den Berufsgenossenschaften, zu den Handwerkskammern, zur IHK, zum Handelsregister gehen. Wenn er dann noch einen Mitarbeiter einstellt, dann hat er noch 80 000 Vorschriften im Steuer- und Arbeitsrecht und im Sozialrecht zu beachten. Das kann nicht der Weg in die Zukunft sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezuto SPD: Herr Kollege, ist das erst seit 1998 so? Seit wann gibt es das denn?)

Deswegen ist es gut, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir die Verwaltungsreform durchführen. Die Bürger und die Gemeinden unseres Landes wissen in der Zukunft, dass es einen klaren Aufbau gibt: die Landratsämter als unterste Stufe, die Regierungspräsidien als mittlere Stufe und die Ministerien als oberste Stufe. Da herrscht Klarheit. Es erfolgt ein Bürokratieabbau. Vor allem führt das für Baden-Württemberg zu strukturellen Einsparungen von insgesamt 100 000 Millionen € pro Jahr.

(Dr. Scheffold)

(Abg. Drexler SPD: Was? 100 000 Millionen €? Das kann nun wirklich nicht sein, bei aller Übertreibung in Ihrer Rede!)

– 100 Millionen €. Darauf können wir uns verständigen.

(Abg. Capezzuto SPD: Er hat Lire gemeint!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf der anderen Seite haben wir in der Verwaltung des Landes auch einen Stellenzuwachs, aber das ist ein guter Stellenzuwachs. Wir haben neue Lehrer eingestellt, wir haben für die Hochschulen zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt. Wir liegen mit unseren Ausgaben in diesem Bereich deutlich höher als die anderen Flächenbundesländer. Aber solange die Einnahmen aufgrund der verfehlten Situation in Berlin nicht so sprudeln, wie sie sprudeln müssten, müssen wir in der Zukunft natürlich auch darüber nachdenken, wie wir in diesem Bereich reduzieren und Stellen einsparen können. Wenn ich daran denke, dass ab dem Jahr 2007 die Schülerzahlen zurückgehen, dann halte ich es für berechtigt, darüber nachzudenken, ob wir im Zuge dessen auch im Bildungsbereich Stellen einsparen können.

(Abg. Zeller SPD: Was heißt das? Was heißt das konkret?)

Wenn ich die Personal- und Bildungskonzepte ansehe, muss ich sagen: Wir müssen überlegen, wie wir die Aufgaben mit weniger Personal in gleich guter Qualität erfüllen können.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Dr. Scheffold CDU: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Scheffold, können Sie, nachdem Sie soeben gesagt haben, dass Sie ab 2007 Lehrerstellen einsparen wollen, konkretisieren, wie Sie das realisieren wollen und in welcher Höhe das geschehen soll?

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Zeller, für Sie gilt das Gleiche wie für den Kollegen Kretschmann: Sie müssen zuhören, was ich sage. Ich habe gesagt: Wir müssen überprüfen, ob im Zusammenhang mit der rückläufigen Entwicklung der Schülerzahlen Lehrerstellen eingespart werden können. Das ist keine Zusage, und das kann schon gar keine konkrete finanzielle Aussage sein.

(Abg. Zeller SPD: Das ist eine Wischiwaschi-Aussage!)

Es ist aber eine Zusage, dass wir überprüfen und in diesem Bereich Überlegungen anstellen werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: „Zwei Drittel für den Haushalt, ein Drittel für die Qualitätsverbesserung“, sagt Oettinger! Sie müssen eben zuhören!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen die Arbeitsbedingungen und die Besoldung möglichst flexibel und motivationsfreundlich gestalten. Wir brauchen eine

leistungsabhängige Gestaltung der Bezahlung. Wir brauchen bei der Föderalismusreform einen Erfolg – der sich in diesem Bereich möglicherweise abzeichnet –, sodass das Land über Besoldung, Versorgung und Laufbahn entscheiden kann.

Die zu deckende Finanzierungslücke zwischen Ausgaben und Einnahmen beträgt ca. 2 Milliarden €. Wir wollen sie mit der Nettoneuverschuldung decken. Das ist verfassungsmäßig und bewegt sich auch weit unterhalb des Maastricht-Kriteriums für Baden-Württemberg. Die Lücke von 1,6 Milliarden € im Haushaltsjahr 2005 und von 1,7 Milliarden € im Haushaltsjahr 2006 decken wir mit Einschnitten bei den Personalausgaben, Einschnitten bei der Anpassung im kommunalen Finanzausgleich, Einnahmeverbesserungen und Ressort einsparungen.

Lassen Sie mich einige Worte zu den Personaleinsparungen sagen. Wir haben den Beamtinnen und Beamten im Haushalt 2004 Opfer abverlangt; das ist uns klar. Wir wissen, dass Beamte zwar Arbeitsplatzsicherheit haben, dass es aber viele Beamtinnen und Beamte gibt, die keine Großverdiener sind; ich denke da nur einmal an unsere Polizei. Trotzdem waren wir zunächst Vorreiter mit mutigen Einsparungen, aber wir waren eben nur Vorreiter, und die anderen Länder und insbesondere der Bund haben uns überholt. Deswegen glaube ich, dass wir einen sparsamen Haushaltskurs gefahren sind und mit diesem Doppelhaushalt jetzt weiter fahren, dass dieser Haushaltskurs aber auch angemessen und vor allem auch notwendig und zumutbar war.

Die Beziehungen zwischen dem Land und seinen Kommunen waren in der Vergangenheit fair, und sie werden es auch in der Zukunft sein. Wir machen unsere Hausaufgaben nicht auf dem Rücken der Kommunen.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Die Aufgaben und Ausgaben wurden zwischen Land und Kommunen in der Vergangenheit immer fair aufgeteilt, und das soll auch in der Zukunft so sein. Ich will Ihnen das gern anhand einiger Zahlenbeispiele vortragen. Die Einnahmementwicklung im Jahr 2004 sowie die Prognosen für die Jahre 2005 und 2006 nach der Mai-Steuerschätzung sagen für das Land zusätzliche Einnahmen in Höhe von 5 % voraus, für die Kommunen hingegen zusätzliche Einnahmen in Höhe von 14 %. Jetzt wissen wir auch, dass die Kommunen von den Gewerbesteuererträgen nicht alle gleich profitieren. Aber trotzdem ist es eben so, dass es eine durchschnittliche Steigerung gibt.

Die Verschuldung des Landes liegt bei 37 Milliarden €, die der Kommunen bei 12,6 Milliarden €. Das heißt, das Land ist dreimal so hoch verschuldet wie seine Kommunen. Der Anteil der Zinsausgaben ist entsprechend: beim Land insgesamt 6 %, bei den Kommunen insgesamt 2 %. Das heißt, unsere Zinsquote ist dreimal so hoch.

Das hat natürlich Auswirkungen auf die Pro-Kopf-Verschuldung. Sie liegt in Baden-Württemberg unter Einbeziehung der Eigenbetriebe bei 1 182 €. In Bayern beträgt sie 1 510 €, in Hessen 1 877 € und in Nordrhein-Westfalen 1 445 €. Das heißt, unsere Pro-Kopf-Verschuldung liegt

(Dr. Scheffold)

deutlich unter der anderer vergleichbarer Flächenbundesländer in Deutschland.

Ähnlich sieht es bei den Pro-Kopf-Ausgaben der Kommunen aus. In Baden-Württemberg betragen im Jahr 2002 die Pro-Kopf-Ausgaben der Kommunen 429 €, in Bayern 419 €, in Hessen 301 € und in Nordrhein-Westfalen 222 €. Das heißt, die Pro-Kopf-Sachinvestitionen sind in unserem Land höher als in jedem anderen Bundesland. Das beweist unsere faire Partnerschaft. Wir werden sie auch in Zukunft so fortführen. Wir wollen, dass unseren Kommunen die notwendigen Sachinvestitionen ermöglicht werden, und wollen bei den Kürzungen der Jahre 2005 und 2006 auch auf die Interessen und Belange unserer Kommunen Rücksicht nehmen.

Ich kündige auch an: Wir werden in eine intensive Aufgabenprüfung eintreten müssen, in die Prüfung eines Abbaus von Standards sowie die Prüfung von Aufgabenentlastungen möglicherweise auch auf der kommunalen Seite.

Herr Kollege Zeller, Sie hatten vorhin eine Zwischenfrage gestellt. Vor eineinhalb Jahren hatten Sie uns den Bruch eines Wahlversprechens vorgeworfen und erklärt, wir würden in der Legislaturperiode keine 5 500 neuen Lehrerstellen schaffen. Im Jahr 2001 haben wir im Nachtragshaushalt 150 neue Lehrerstellen geschaffen, in den Jahren 2002 und 2003 haben wir 3 020 neue Lehrerstellen geschaffen – immer zusätzlich zur Neubesetzung der frei werdenden Lehrerstellen –, im Jahr 2004 hatten wir die Schaffung von 1 090 Lehrerstellen avisiert und hatten diese Zahl aufgrund der Arbeitszeitverlängerungen bei den Beamten auf 498 zurückgeführt – damit waren wir bei 3 668 neuen Lehrerstellen –, und im Doppelhaushalt 2005/2006 haben wir 1 832 neue Lehrerstellen vorgesehen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Damit kommen wir summa summarum auf 5 500 neue Lehrerstellen. Herr Kollege Zeller, Sie haben die Möglichkeit, dies zu überprüfen und gegebenenfalls dann auch Ihren Vortrag zu korrigieren. Ich lade Sie herzlich dazu ein.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle noch ein Wort zum Sport, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Ehrenamt ist uns wichtig.

(Abg. Drexler SPD: Ha!)

Der Sport spielt nicht nur in der Gesundheitsvorsorge eine wichtige Rolle, sondern auch in der Gesellschaftspolitik. Er ist wichtig für unsere Kinder, er ist wichtig für die Integration. Deswegen werden wir uns in der Klausurtagung unserer Fraktion nochmals intensiv mit den Kürzungen beim Sport auseinander setzen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Jedes Jahr das gleiche Spiel! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Genau! Jedes Jahr das gleiche Spiel!)

Ich gehe davon aus, dass wir die Übungsleiterpauschale wie auch in den vergangenen Haushaltsjahren dem Sport als Akt der Anerkennung insbesondere gegenüber den Ehrenamtlichen erhalten werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war ein sehr zögerlicher Beifall! Mit einer solchen Rede überzeugen Sie nicht einmal die eigenen Leute! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will einmal einen Blick auf die Landwirtschaft – einen Bereich, der in den Haushaltsberatungen der Vergangenheit nicht sehr häufig eine Rolle gespielt hat – werfen. Die Lage der Landwirtschaft ist dramatisch. Seit drei Jahren gehen die Einkommen in der Landwirtschaft zurück. Das durchschnittliche Einkommen in der Landwirtschaft liegt um etwa 40 % hinter den Einkommen vergleichbarer Berufsgruppen zurück. Beschäftigen Sie sich einmal mit dem, was die Bundesregierung in den vergangenen Wochen gemacht hat. Ich nenne das Haushaltsbegleitgesetz des Bundes.

(Abg. Teßmer SPD: Sie lösen die Verwaltung auf!)

Dabei haben Sie beim Agrardiesel Einsparungen von 287 Millionen € vorgenommen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig! – Abg. Teßmer SPD: Davon hängt doch nicht das Einkommen der Landwirte ab! Das ist doch Unfug! – Abg. Capez-zuto SPD: Da schüttelt sogar der Minister den Kopf!)

– Ja, Sie haben den Treibstoff, der doch ohnehin teuer ist und der die deutsche Wettbewerbsfähigkeit schmälert, für die Landwirte zusätzlich verteuert.

Mit der Ökosteuer

(Abg. Drexler SPD: Die wollen Sie doch abschaffen, die Ökosteuer! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

haben Sie im Prinzip ohnehin schon die Treibstoffkosten in die Höhe getrieben. Frankreich senkt den Preis für Agrardiesel um 4 Cent pro Liter.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig! – Abg. Teßmer SPD: Die haben aber auch kein MEKA! Quatsch!)

In Frankreich wird der Agrardieselpreis derzeit nur noch mit 2 Cent pro Liter versteuert;

(Abg. Kiefl CDU: Nein, mit 1,66 Cent pro Liter!)

in Deutschland sind es 25,5 Cent pro Liter. Dazu kommen noch Kürzungen bei der landwirtschaftlichen Sozialberatung und bei der Unfallversicherung. Wir haben das im Bundesrat abgelehnt,

(Abg. Teßmer SPD: Sie haben keine gescheiterten Vorschläge gemacht!)

meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber es war eben nicht zustimmungspflichtig, und deswegen ist es vom Bundestag dann doch so beschlossen worden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sauerei!)

Aber ich will Ihnen trotzdem sagen: Wir in Baden-Württemberg werden diese Politik nicht mitmachen.

(Dr. Scheffold)

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Was machen Sie dann? – Abg. Teßmer SPD: Sie machen es noch schlimmer! Sie lösen die Agrarverwaltung auf!)

Wir werden nicht zwischen Ökolandwirten und herkömmlichen Landwirten unterscheiden, wir werden in den ländlichen Raum investieren, wir werden weiterhin in die Landwirtschaft investieren.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch gelogen!)

Wir werden weiterhin unsere Programme fahren: MEKA, PLENUM, ELR, Landschaftspflegegerichtlinie. Wir werden dazu beitragen, dass in Baden-Württemberg die Landwirtschaft und der ländliche Raum eine Chance haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Und dann streichen Sie die Waldzulage!)

Ich kündige an, dass wir in unserer Klausurberatung auch nochmals intensiv über die Themenfelder „Hagelversicherungsprämie“ und „Ausgleichszulage Wald“ diskutieren werden.

(Abg. Teßmer SPD: Diskutieren nützt den Landwirten nichts! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die demografische Entwicklung ist ein Problem. Ein ausgewogenes Verhältnis der Generationen ist wichtig für Deutschland und für unser Land. In Deutschland gibt es immer weniger Kinder. Im Jahr 1961 sind in Deutschland noch 1,3 Millionen Kinder geboren worden. 1981 waren es bereits nur noch 860 000 Kinder, und im Jahr 2000, nach der Wiedervereinigung, also im vergrößerten Deutschland, gab es nur noch 766 000 Geburten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: War das wegen Rot-Grün?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Generationenvertrag funktioniert nicht mehr, Herr Kollege Palmer. Das wäre sozialer Sprengstoff, und es ist sozialer Sprengstoff. Sie sollten eigentlich alles dafür tun, dass in Berlin die richtige Politik gemacht wird

(Abg. Drexler SPD: Was schlagen Sie denn vor? – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ein konservatives Frauenbild! 30 Jahre keine Kinderbetreuung!)

und dass man das dort endlich erkennt, meine Damen und Herren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Schauen Sie doch hier einmal nach Frankreich!)

Mit 50 € Kindergeld zusätzlich werden Sie diesen Konflikt nicht lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Schauen Sie doch da einmal nach Frankreich und nach ganz Europa! Da sind die Zahlen anders!)

– Herr Kollege Palmer, wir brauchen dazu nicht nach Frankreich oder irgendwo anders hinzuschauen. Wir können gern in Baden-Württemberg bleiben.

(Abg. Teßmer SPD: Aber beim Agrardiesel gucken Sie nach Frankreich! So ein Blödsinn!)

Wir müssen uns um die Familien und um die Personen kümmern, die in Not geraten sind.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Deshalb streichen Sie das Mutter-Kind-Programm!)

Wir müssen vor allem aber auch die richtige Familienpolitik machen, Frau Kollegin.

(Abg. Teßmer SPD: Da hätten Sie besser nichts gemacht!)

Deswegen sage ich Ihnen für Baden-Württemberg: Die Kindergartenförderung in den Haushaltsjahren 2005/2006 bleibt ungekürzt. Das Landeserziehungsgeld wird lediglich an die tatsächliche Zahl der Anträge angepasst und bleibt fast in gleicher Höhe.

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Die Förderung der anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatung wird erhöht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da war ein Gerichtsurteil!)

Die Förderung der Kleinkindbetreuung wird in gleicher Höhe beibehalten. Der Zuschuss für die Alterssicherung qualifizierter Tagesmütter beträgt 722 Millionen € und bleibt damit in gleicher Höhe.

(Abg. Drexler SPD: Was? Wie viel? Also bitte, übertreiben Sie nicht! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist mit den anderen Programmen? Das Mutter-Kind-Programm! Die Familienerholung!)

– 722 000.

(Abg. Drexler SPD: Ja, eben! Übertreiben Sie nicht! „722 Millionen“!)

Der Zuschuss an Familien mit Mehrlingsgeburten bleibt in gleicher Höhe wie in den vorangegangenen Haushaltsjahren.

(Zuruf: Was ist mit der Familienerholung?)

Der Landesfamilienpass wird beibehalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Baden-Württemberg haben Kinder und haben Familien Chancen, und das ist uns auch wichtig.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Augenwischerei! – Abg. Drexler SPD: „722 Millionen €“!)

Aber Familien und Kinder wollen auch in einer sicheren Umgebung leben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen sind wir stolz darauf, dass wir in Baden-Würt-

(Dr. Scheffold)

temberg die geringste Kriminalität und gleichzeitig die höchste Aufklärungsquote bei unserer Polizei haben.

(Minister Stächele: Sehr gut!)

In diesem Zusammenhang ein herzliches Dankeschön an die Polizistinnen und Polizisten, die in unserem Land ihren Dienst tun.

(Abg. Drexler SPD: Sie müssten auch deren Ausrüstung verbessern!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Chaostage, wie wir sie aus anderen Städten und aus anderen Ländern kennen, gibt es in Stuttgart nicht, in Karlsruhe nicht, in Ulm nicht, in Frankfurt nicht, in Mannheim nicht und in Freiburg nicht.

(Abg. Drexler SPD: In Frankfurt? Wieso in Frankfurt?)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir bei den Stellen des Polizeivollzugsdienstes nicht zusätzlich gestrichen – anders als andere westdeutsche Flächenländer.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Wir behalten einen Einstellungskorridor von weiterhin 200 Nachwuchsbeamten bei, die wir pro Jahr einstellen können.

(Abg. Fischer SPD: Was machen Sie mit den Tarifangestellten?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Vorrang genießt in diesem Haushalt bei uns auch der Bereich der Hochschulen und der Forschung. Auch in diesem Haushalt geben wir hierfür wieder mehr aus als jedes andere Land in Deutschland. Wir geben bereits heute 20 % mehr dafür aus als der Durchschnitt der alten Flächenländer. Wir geben den Hochschulen Planungssicherheit, indem wir einen Solidarpakt mit ihnen vereinbaren. Deswegen sind unsere Hochschulen auch führend in Deutschland. Bei der Einwerbung von Drittmitteln liegen wir auf dem ersten Platz. Bei den Geisteswissenschaften liegen wir auf dem ersten Platz, und bei den Naturwissenschaften liegen wir auf dem ersten Platz. Kein anderes Land in Deutschland macht mehr Reformen im Hochschulbereich.

(Abg. Drexler SPD: Und hat mehr Kanaldeckel!)

Damit beziehe ich mich auf das Selbstauswahlrecht der Studenten, die Stärkung der Autonomie der Hochschulen und zuletzt auf das Landeshochschulgesetz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Land ist fortschrittlich, dieses Land investiert in die Zukunft, und das ist auch gut so. Das ist auch die Stärke dieser Regierung und der sie tragenden Parteien. Wir suchen den Kontakt zu unseren Bürgern.

(Abg. Gall SPD: So sehen Sie aus!)

Wir nehmen ernst, was die Menschen sagen. Wir machen verlässliche Politik für Baden-Württemberg und für seine Bürger. Gute Landespolitik kann schlechte Bundespolitik niemals ausgleichen, nur mildern.

(Abg. Drexler SPD: Gute Bundespolitik kann schlechte Landespolitik ausgleichen, das ist richtig! – Zurufe von den Grünen)

Wir werden auch in der Zukunft alle finanzpolitischen Möglichkeiten ausschöpfen, um bundespolitische Fehlentwicklungen zu korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezuto SPD: Wieso klatschen da bloß drei? – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Mehr verstehen es nicht! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Vereinzelter Beifall! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Weckenmann?

Abg. Dr. Scheffold CDU: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Scheffold, Sie haben von „Bürgern“ gesprochen. Für mich ist jetzt die Frage: Haben Sie auch die Bürgerinnen gemeint? Konkret ist die Frage: Werden Sie deshalb – weil Sie sagen, Sie werden diese Gruppen im Land berücksichtigen – die Kürzungen für den Landesfrauenrat in Höhe von 8 000 €, die das Ende des Landesfrauenrats bedeuten, zurücknehmen? Machen Sie eine Aussage dazu in Ihrer Rede, oder berücksichtigen Sie die Frauen in Ihrer Rede nicht?

(Beifall des Abg. Gaßmann SPD – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Abg. Dr. Scheffold CDU: Frau Weckenmann, das nehme ich jetzt doch mit einiger Verwunderung zur Kenntnis. Ich meine, dass dort, wo die SPD regiert, die Forderung nach mehr Unterstützung und mehr Förderung für Frauen berechtigt ist.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: Also so ein Unsinn!)

In Baden-Württemberg und in Bayern ist bundesweit die Frauenerwerbsquote am höchsten. Baden-Württemberg strengt sich also an, der Frau in der Familie und im Berufsleben gute Chancen zu ermöglichen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Marianne Wonnay: Also platter geht es ja nun wirklich nicht! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir sind ein fortschrittliches Land. Ich glaube, das wird auch in der Zukunft so bleiben.

(Abg. Teßmer SPD: Das glauben Sie? Das ist doch –! – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Capezuto SPD: Da kann man nur sagen: Alle Frauen dieser Welt, vereinigt euch in Baden-Württemberg! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Teßmer SPD: Das finden Sie gut?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Optimismus in Baden-Württemberg ist groß. Die Lebenszufriedenheit ist nach einer Untersuchung mit einem Anteil von 77 % hier

(Dr. Scheffold)

am höchsten. In der „Bild“-Zeitung in Stuttgart hieß es am 24. Januar 2004: „Wir Schwaben sind die glücklichsten Deutschen“.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Und die Badener nicht? – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und die Badener? – Unruhe)

– Da muss man eigentlich nur hinzufügen: Und die Badener auch!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Wer hat denn das gesagt?)

Nach einer Untersuchung sind fast zwei Drittel der Bevölkerung in Baden-Württemberg glücklich. Die Menschen haben allen Grund dazu. Baden-Württemberg bietet Lebensqualität und Perspektiven.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Baden-Württemberg hat mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf diese Chancen für unser Land bewahrt.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt kommt etwas Gescheitertes!)

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Scheffold, Ihre Rede war ja wieder nur dadurch gekennzeichnet, dass Sie nach Berlin schlagen und irgendwelche voluminösen Dinge aufbauen, die es gar nicht gibt.

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

– Ich komme schon noch darauf zu sprechen. – Aber Sie haben keinen einzigen Vorschlag dazu gemacht, wie dieser Landeshaushalt saniert werden kann.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben keinen einzigen Vorschlag dazu gemacht, wie man an die Strukturen herangehen soll, und keinen einzigen Vorschlag dazu, wie Sie mittelfristig die Überschuldung des Landeshaushalts verändern wollen, Herr Scheffold. Das war eine ganz peinliche Nummer, die Sie hier abgeliefert haben, eine ganz peinliche Nummer!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich wollte heute eigentlich erfahren, was Herr Oettinger zu dem Haushalt meint, von dem er sich ja außerhalb des Plenums schon sehr stark distanziert. Offensichtlich distanziert er sich auch innerlich von diesem Haushalt, weil er dazu nicht sprechen will. Anders kann ich mir das nicht vorstellen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Sie sehnen sich nach Oettinger? Rührend!)

Herr Scheffold, Sie reden immer von Bürokratieabbau. Das war gerade ein Stichwort. Machen Sie es doch!

(Abg. Fleischer CDU: Wir sind doch dabei!)

Sie regieren hier schon mehr als 50 Jahre. Machen Sie es doch! Bauen Sie doch Bürokratie ab! Mit der Verwaltungsreform ist keine einzige Vorschrift abgebaut worden. Wir haben hier zuerst Abbau und danach eine Verwaltungsreform gefordert. Das haben Sie abgelehnt.

(Abg. Schneider CDU: Wird fertig!)

Sie sind immer noch im Wort, diesen Bürokratieabbau zu machen. Keinen einzigen Vorschlag haben Sie bisher dazu gemacht. Stellen Sie sich also nicht hier hin, um nach Berlin zu schießen. Machen Sie es! Sie haben nicht den Mut dazu.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann die Kinder: Diese Bundesregierung war die einzige, die innerhalb von fünf Jahren das Kindergeld um 37,5 % erhöht hat. Das war eine Bundesregierung mit der SPD und den Grünen, keine CDU-Regierung, um Ihnen das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD)

1998 haben Sie ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts bekommen, weil Sie Familien verfassungswidrig besteuert haben. Das war das Ergebnis der CDU-Politik. Wo leben Sie denn eigentlich?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Und jetzt kommen wir zu den Schulden, Herr Scheffold, jetzt kommen wir zum Landeshaushalt. Die Landesregierung hat 2001 erklärt: Die Landesregierung ist entschlossen, bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

(Abg. Fleischer CDU: Wenn die Einnahmen wegbleiben wegen Ihrer Politik in Berlin? – Widerspruch bei der SPD)

Sie ist daraufhin gefeiert worden.

(Abg. Fleischer CDU: Sie müssen da stille schweigen! Bei dem Thema sollten Sie gar nichts sagen! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Ganz ruhig bleiben!)

Wir haben damals schon gesagt, das ist bei dieser Art Haushalt überhaupt nicht möglich. Und genau das ist eingetreten. Es war nicht möglich. Und was haben Sie jetzt gemacht? Wir haben eine Rekordverschuldung und nach unserer Meinung einen verfassungswidrigen Haushalt. Ich werde Ihnen das erläutern.

Wir werden jetzt 4 Milliarden € neue Schulden aufnehmen. In diesem Jahr waren es bereits 2 Milliarden €. Wenn Sie

(Drexler)

das abgelaufene Jahr und die nächsten zwei Jahre nehmen, sind es 6 Milliarden € neue Schulden. Und jetzt wollen wir einmal sehen: FDP/DVP und CDU sind 1996 an die Regierung gekommen. In zehn Jahren haben Sie die Verschuldung von 25,8 Milliarden € auf dann 44 Milliarden € erhöht. Sie haben also in zehn Jahren den Schuldenstand in Baden-Württemberg um 18 Milliarden € erhöht, also um 70 %. Das, was Sie hier an Schulden aufgehäuft haben, ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Alfred Haas CDU: Berlin! Gehen Sie mal nach Berlin!)

– Ja, ja. Jetzt gehen wir mal nach Berlin. Auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet. Als Sie 1983 die Regierung übernommen hatten, bestand eine Pro-Kopf-Verschuldung – –

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

– Herr Kollege Zimmermann, denken Sie erst einmal darüber nach! Sie geben ja auch Gemeinden Ihres Wahlkreises ab und nehmen das anschließend wieder zurück, weil Sie nicht nachgedacht haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Denken Sie also lieber vorher nach. Das wäre ganz gut.

Pro Kopf der Bevölkerung bestand eine Verschuldung von 2 750 DM, als Helmut Schmidt durch Herrn Kohl abgelöst wurde. Dann haben Sie in Ihrer Regierungszeit bundesweit die Schulden um 11 220 € pro Kopf erhöht. Von uns hatten Sie 2 750 übernommen. Jetzt sind in den letzten sechs Jahren noch einmal 2 530 € dazugekommen. Wer hat denn hier die meisten Schulden gemacht? Das waren doch Sie und nicht wir. Sie vergessen das bloß immer.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Das glauben Sie ja selber nicht!)

Sie sollten einfach einmal die Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen. Sie sind auf dem Gebiet borniert.

Ihr Frauenbild ist genauso borniert wie die Frage, wer wo Schulden gemacht hat, lieber Herr Kollege.

(Abg. Wieser CDU: Der schreit wie ein Marktschreier! Schreien Sie doch nicht so! Ihr könnt das Mikro abschalten!)

Auf das Frauenbild der CDU komme ich vielleicht nachher noch einmal zu sprechen, denn das, was Sie dazu losgelassen haben, ärgert mich ebenfalls.

(Unruhe)

Sie haben die Schulden also um 70 % erhöht. Und jetzt sagt sogar der Finanzminister: „Wir sind nicht mehr erste Klasse. Die Ratingagentur hat nur bestätigt, was ich schon wusste. So kann es nicht mehr weitergehen. Kurzfristig sehe ich allerdings nicht, was gemacht werden könnte.“ Das sagt der Finanzminister.

So knapp und präzise sind die Unfähigkeit und die Rat- und Tatenlosigkeit einer Landesregierung noch nie manifestiert worden wie durch diese Aussage des Finanzministers.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dazu sagen Sie nichts, Herr Scheffold.

Und Herr Oettinger erklärt, 2 Milliarden € neue Schulden pro Jahr seien gegenüber der Jugend nicht gerecht. Er sei mit dem Doppelhaushalt nicht zufrieden. „Wir verbauen eure Zukunft“, hat er bei der Jungen Union gesagt. Dafür gab es brausenden Beifall. Aber niemand hat ihn gefragt, was er jetzt dagegen tue.

Was macht Herr Oettinger gegen diesen Verschuldungshaushalt? Nichts! Er redet nicht einmal.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Kretschmann GRÜNE: In der Bank sitzen und Gosche halten! Das ist seine Devise! In der Bank sitzen und Gosche halten!)

Das Schönste hat der ehemalige Wirtschaftsminister vor zwei Tagen der „Pforzheimer Zeitung“ gesagt. Sie schrieb:

„Dass „Einnahmen der Zukunft“ schon heute vervespert werden, das belastet ihn schwer.“

– Das sagte Herr Döring.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Er hat Recht!)

„Das Land habe einen Haushalt „mit allen Tricks der Welt“ aufgestellt.“

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ehrlich!)

„Und warum hat er zugestimmt? Weil er derzeit auch keine andere Lösung kenne, räumt er kleinlaut ein.“

Treten Sie doch ab! Aus der Regierung raus! Nach solchen Aussagen müssen Sie aus der Regierung raus!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Im Übrigen werden die Kredite in Baden-Württemberg dadurch teurer, dass Baden-Württemberg nicht mehr die höchste Ratingklasse hat. Das ist auch klar. Das kostet uns möglicherweise in Zukunft 2 Millionen € pro Jahr an zusätzlichen Zinszahlungen, die dann auf uns zukommen.

Und was tun Sie jetzt? Jetzt verkaufen Sie Tafelsilber und die Zinsforderungen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das habt ihr beim Wohnungsbau auch machen wollen!)

Die zweimal 2 Milliarden € in Ihrem Haushaltsentwurf sind nicht alles, was man an Schulden rechnen muss. Ich werde Ihnen das erläutern.

(Abg. Alfred Haas CDU: Vorschläge machen! Nicht erläutern!)

Wir haben ein zu verkaufendes Vermögen im Wert von 1 Milliarde €. Sie beherzigen auch nicht mehr den Grund-

(Drexler)

satz „Vermögen zu Vermögen“. Es wäre ja sinnvoll, Vermögen zu verkaufen, um mit den Erlösen die Schulden zu reduzieren. Dies wäre vernünftig. Nein, Sie verkaufen Vermögen und Zinsforderungen auf die Zukunft und finanzieren dadurch den laufenden Haushalt. Das ist das Problem des von Ihnen vorgelegten Haushalts.

Besonders auffällig ist daran, dass wir einmal eine Einlage bei der Landesbank finanziert haben. Wir haben dafür 1,3 Milliarden € aufgenommen. Für diese Einlage bekommen wir im Jahr 80 Millionen € Zinsen, während wir, weil wir dieses Geld aufnehmen mussten, 65 Millionen € Zinsen bezahlen. Es wäre ein gutes Geschäft, wenn das so bliebe. Was machen Sie aber jetzt? Sie verkaufen die Zinsforderungen bis zum Jahr 2017 in Höhe von jährlich 80 Millionen €, und dem Land verbleiben die Zinszahlungen für das Darlehen in Höhe von jährlich 65 Millionen €. Das ist nur eine Belastung der Zukunft, der zukünftigen Generationen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das haben Sie beim Wohnungsbaudarlehen auch machen wollen!)

Im Übrigen müssten Sie dann die 550 Millionen € zu Ihren Schulden hinzuzählen. Ehrlicherweise müssten Sie dies machen, sodass wir also schon bei einem erheblich höheren Schuldenbetrag sind.

Dann verkaufen Sie für 240 Millionen € Grundstücke. Sie machen erzwungene Sonderausschüttungen in Höhe von 200 Millionen € bei der L-Bank. Auch diese Beträge müssten eigentlich der Verschuldung hinzugerechnet werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Jetzt gibt es noch die Baufinanz, das ist ja das Eleganteste. Damit finanzieren Sie einen Teil von NSI und einen Teil des Straßenbaus. Wenn man dies alles zusammenzählt, liegt die wirkliche Verschuldung bei 3 Milliarden € pro Jahr, also bei zwei mal 3 Milliarden € im Doppelhaushalt. Wenn man dies ungeschminkt sagt, bedeutet dies: Der vorliegende Haushalt ist nicht mehr verfassungskonform. So ist es: Es ist schlichtweg ein nicht mehr verfassungskonformer Haushalt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Abenteuerlich! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Na, na!)

Was macht die Landesregierung? Sie setzt eine Haushaltsstrukturkommission ein: vor einiger Zeit groß eingesetzt, groß umjubelt. Diese Haushaltsstrukturkommission – so wurde gesagt – sollte durch eine Neustrukturierung im Landeshaushalt Einnahmen und Ausgaben in Einklang bringen sowie Schwerpunkte und Nachrangiges im Landeshaushalt benennen. So hieß es damals bei der Einsetzung. Das ist groß gefeiert worden!

Wir müssen heute auf ganzer Linie konstatieren: Die Haushaltsstrukturkommission war nicht in der Lage, die im dritten Jahr bestehende Rekordverschuldung einzudämmen. Die Haushaltsstrukturkommission war nicht in der Lage, Strukturen tatsächlich zu verändern. Die Haushaltsstruktur-

kommission hat überhaupt keine strukturellen Veränderungen vorgenommen. Sie ist eigentlich eine Luftnummer.

Herr Noll, Sie sitzen jetzt ja auch in dieser Kommission.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dazu sage ich nachher etwas!)

Dort sind der Ministerpräsident, der stellvertretende Ministerpräsident und Herr Oettinger drin. Wenn ich mir dann vor Augen führe, was die Presse über die letzte Sitzung schreibt, zeigt dies die gesamte Verantwortungslosigkeit. „Stuttgarter Zeitung“, 17. November 2004:

Beschlossen wurde freilich nichts. Man hat sich entspannt unterhalten, wird aus Teilnehmerkreisen berichtet.

– Entspannt bei diesem Haushalt unterhalten! Schön!

(Lachen bei der SPD)

Machen Sie ruhig so weiter!

Was machen Sie stattdessen? Rasenmäher statt Strukturveränderung. Weil es bequem ist, wird überall um 10 % heruntergebrochen. Obwohl das auch Kleinbeträge sind, wird irgendwann die eine oder andere Organisation in Baden-Württemberg nicht mehr arbeiten können. Vorhin ist der Landesfrauenrat genannt worden. Es trifft aber auch andere Organisationen. Mit dieser Art von Politik, Kleinstbeträge zu streichen, zerstören Sie ganze ehrenamtliche Strukturen.

Warum setzen Sie keine Schwerpunkte? Weil Sie sich dazu nicht aufraffen. Sie setzen keine Schwerpunkte, auch im neuen Haushalt nicht. Ich werde es Ihnen nachher erläutern.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben den Haushalt eh nicht gelesen, Herr Drexler!)

Wir könnten uns jetzt einmal darüber unterhalten, welche Schwerpunkte Sie eigentlich setzen müssten.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die Neuordnung des Landesvermögens – das haben andere Bundesländer auch gemacht – ist ja wohl ein Anliegen aller. Im Übrigen spricht die FDP/DVP immer darüber. Dies findet aber überhaupt nicht statt. Kernaufgaben des Landes, nämlich die Aufgaben der Gerichtsvollzieher, wollen Sie privatisieren, aber eine Brauerei wollen Sie weiterhin betreiben. Das ist der Zustand in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Oh!)

– Da brauchen Sie Nerven. Sind Sie dazu in der Lage?

Was machen Sie mit dem „Staatsanzeiger“? Der „Staatsanzeiger“ entwickelt sich zum Wochenblatt und macht Kampfpfeile gegenüber anderen Zeitungen. Sie sind ja nicht einmal in der Lage, den „Staatsanzeiger“ zu privatisieren, wie es andere Länder gemacht haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir prüfen das doch gerade!)

(Drexler)

– Sie prüfen das; seit Jahrhunderten wahrscheinlich. Das ist ja auch schon ein altes Blatt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Sie werden sicher noch weiter prüfen. Sie, CDU und FDP/DVP, waren nicht einmal in der Lage, unserem Antrag zu entsprechen, die Verleger in den dafür zuständigen Ausschuss einzuladen, um sie anzuhören, welche Probleme es dort gibt. Wir haben sie eingeladen. Der „Staatsanzeiger“ ist eigentlich ein Produkt, das nicht Staatsaufgabe sein muss. Das ist eine ordnungspolitische Frage.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da haben Sie Recht! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Auch die Landesstiftung muss ich wieder ansprechen. – Ja, Sie lachen. Aber dann setzen Sie sich doch einmal durch.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein! Sie haben Recht!)

Mit der Landesstiftung wird Geld auf die Seite gebracht. Die machen die Kür. Wir sind aber nicht einmal in der Lage, die Pflicht hier zu beschließen. Aber durch die Landesstiftung werden immer noch locker 50 Millionen € für Küraufgaben ausgeworfen. Eine völlig falsche Struktur!

Auch bezüglich der Landesbank – auch die FDP/DVP ist da hinterher – sind alle unsere Anträge abgelehnt worden, anstatt dass wir das Landesvermögen neu ordnen und das Geld, das wir aus der Veräußerung von Landesvermögen bekommen, zur Schuldentilgung verwenden, damit wir von unseren hohen Schulden herunterkommen und wieder Möglichkeiten für Zukunftsaufgaben haben. Herr Scheffold hat nichts dazu gesagt. Sie wollen das alles nicht.

Es gibt natürlich einen guten Grund, warum Sie das nicht wollen: weil der eine oder andere Politiker – meistens von der CDU; dabei schaue ich Herrn Schäuble oder den Lotto-Toto-Chef an – dort landet und tolle Aufgaben kriegt. So wird das gemacht.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Im Übrigen sehen das nicht nur wir so, sondern auch andere.

Oder Landesflughäfen: In anderen Bundesländern werden die Landesflughäfen privat oder teilweise privat betrieben. Da gehen Sie nicht dran. Im Gegenteil: Herr Oettinger sagt bei der CDU-Regionalkonferenz in Südbaden, man könne sich überlegen, sich am Flughafen Basel-Mulhouse zu beteiligen. Das wäre noch einmal ein Subventionstopf. Ja wo sind wir denn? Der Baden-Airport

(Abg. Hauk CDU: Ja wollen Sie die nicht?)

kostet uns Geld, und jetzt soll noch eine Beteiligung an Basel-Mulhouse dazukommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, woanders macht man das privat. Sie wollen da immer wieder Staatsknete reinwerfen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wir halten das für falsch. Ändern Sie einmal Ihr Vorgehen in der Frage Privatisierung.

(Abg. Oettinger CDU: Es gibt keine Privaten in Deutschland! – Abg. Hauk CDU: Es gibt keinen privaten Flughafen in Deutschland! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Hauk, zuhören!)

Mit dieser Forderung sind wir ja nicht allein. Jetzt lese ich Ihnen einmal vor, was Frau Homburger von der FDP erst neulich in einem Interview gesagt hat. Sie sagt, man müsse Schwerpunkte setzen, ein Vorgehen nach der Rasenmähermethode müsse aufhören. Herr Noll, das sind ja immer die tollen Sprüche:

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Frage: Das wird ja nicht leicht. Gerade kann man ja wieder erleben, wie die CDU das Land im Griff hält, Stichwort schwarzer Filz, Versorgungsposten für Minister.

(Abg. Kleinmann und Abg. Hofer FDP/DVP: Was? – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Frau Homburger: Deshalb setzen wir als FDP ganz vehement darauf, weiter zu privatisieren, auch die landeseigenen Gesellschaften.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Null. Keine einzige Gesellschaft haben Sie bisher privatisiert.

(Abg. Teßmer SPD: Aber die haben einen Pfarrer, der es gesundbetet!)

Im Gegenteil, die BW-Bank ist in der Zwischenzeit auch im Sparkassenlager gelandet.

Der zweite große Bereich: Pensionslasten. Warum haben Sie denn dazu nichts gesagt? Die Pensionslasten betragen gegenwärtig rund 2,3 Milliarden €, zukünftig, nach 2020, ungefähr 7,3 Milliarden €. Sie steigen also um das Dreifache. Sie sind weder bereit, zum Beispiel bei den Lehrern, Personal statt in Beamten- in Angestelltenverhältnissen zu beschäftigen. Da gibt es ja den Streit, ob das billiger ist oder nicht. Auf jeden Fall würden dadurch keine so hohen Pensionslasten auf uns zukommen. Wenn Sie schon an dem Beamtentum festhalten, müssen Sie einen Pensionsfonds einrichten und in die Einzahlungen das mit einrechnen, was die Beamten im Pensionsalter kriegen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das hätten Sie schon in der großen Koalition machen müssen!)

Rheinland-Pfalz macht das, und zwar seit zehn Jahren und mit gutem Erfolg. Das Land Baden-Württemberg muss das auch machen, sonst wird uns die Lawine überrollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wer war vor zehn Jahren hier in der Regierung?)

(Drexler)

Dann zur Verwaltungsreform. Was hat denn die Verwaltungsreform gebracht? Die Verwaltungsreform hat doch nur Behörden hin- und hergeschoben.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Dr. Scheffold CDU: Die ist doch noch gar nicht in Kraft getreten! Die fängt erst an! Beginn 1. Januar 2005! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Jetzt warten wir einmal auf die Effizienzrendite und schauen, ob die Kommunen das nicht nachher über die Landkreise finanzieren müssen. Wir werden das alles sehen. Sie lachen schon. Reden Sie einmal mit den Leuten,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Täglich!)

die in Behörden arbeiten, die jetzt eingegliedert worden sind. Da sitzt bei Dienstbesprechungen die Schulamtsdirektorin oder der Schulamtsdirektor neben demjenigen, der für den Straßenbau zuständig ist.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Alfred Haas CDU: Ja und?)

Die befruchten sich natürlich. Das glaube ich schon. Das ist eine tolle Sache.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber bitte, das ist Ihre Vorstellung.

Herr Oettinger hat eine mögliche Ministerienzusammenlegung schon von vornherein ausgeschlossen. Das Landwirtschaftsministerium wurde sofort unter Naturschutz gestellt –

(Abg. Fischer SPD: Unter Artenschutz!)

wahrscheinlich als Dankeschön an den Herrn Landwirtschaftsminister für seine Hilfe bei der Kandidatur. Anders kann ich es mir nicht vorstellen. Gerade das Landwirtschaftsministerium würde sich exemplarisch dafür eignen, auf das Ministerium für Umwelt und Verkehr und das Wirtschaftsministerium aufgeteilt zu werden. Das wäre sinnvoll und im Übrigen nicht zum Nachteil der Bauern. Man hat sofort wieder gesagt: Das bleibt bestehen. Von Strukturreform überhaupt keine Rede!

(Abg. Alfred Haas CDU: Träumen Sie weiter! – Weitere Zurufe von der CDU)

Zum NSI-Projekt: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den Neuen Steuerungsinstrumenten haben Sie nach Angaben des Landesrechnungshofs 500 Millionen € – noch einmal: 500 Millionen €! – in den Sand gesetzt – umsonst! Hätten wir dieses Geld noch, was könnten wir damit machen! Sie waren unbelehrbar. Letztlich haben Sie die ganzen Ämter, die Sie für NSI begeistern wollten, in die Landratsämter eingegliedert, und die wollten das „Zeug“ nicht. Deswegen stehen überall Computer und Papiere herum. Das ist Ihre vorausschauende Politik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deswegen sparen Sie bei Städten und Gemeinden pro Jahr 500 Millionen €. Das sind 50 € pro Einwohner. Im Übrigen: Gerade das Geld, das der Bund jetzt den Kommunen

in Baden-Württemberg gegeben hat, nehmen Sie ihnen wieder weg. Rund 400 Millionen € hat der Bund den Kommunen zur Verbesserung der Gemeindestruktur gegeben. Herr Scheffold, in Berlin waren sich alle einig – alle, auch die CDU –, dass die Kommunen mehr Geld erhalten sollten. Jetzt kriegen sie mehr, und jetzt nehmen Sie es ihnen wieder weg. Das ist ja nun auch keine konsistente Politik.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nur das, was wir weitergeben müssen! Alle Länder machen das, auch die SPD-regierten Länder!)

– Nein, nein, nein. Ich muss Ihnen sagen: Auch die Hartz-Geschichte mit 99 Millionen €:

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Reinhart: Ihre SPD-Länder machen das in gleicher Art und Weise!)

Nordrhein-Westfalen gibt es weiter und behält nur einen Anteil, während Sie alles kassieren. Dafür gibt es überhaupt keine Begründung.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir doch einmal auf einzelne Bereiche zu sprechen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Reinhart?

Abg. Drexler SPD: Bitte.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Drexler, ist Ihnen bekannt, wie die SPD-regierten Länder bei Hartz IV mit dem Wohngeld verfahren? Ist Ihnen hierbei bekannt, dass alle – mit Ausnahme Nordrhein-Westfalens – gleichermaßen wie Baden-Württemberg den Nettobetrag an die Kommunen weiterreichen?

Abg. Drexler SPD: Nordrhein-Westfalen reicht es weiter.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Die machen es über den Finanzausgleich! – Gegenrufe von der SPD, u. a. Abg. Capezzuto: Herr Staatssekretär, zuhören!)

Sie machen es immer so: Beim Thema Kinderbetreuungsstätten schauen Sie nicht nach Frankreich. Das tun Sie vielmehr beim Thema Agrardiesel. Bei dem jetzt angesprochenen Thema schauen Sie nach Schleswig-Holstein und nicht nach Nordrhein-Westfalen. Wir sind hier in Baden-Württemberg. Wir wollen hier unsere Politik gestalten. Das ist Föderalismus. Wollen Sie denn alles einheitlich machen? Dann bräuchten wir auch keine Föderalismuskommission.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt komme ich zum Thema „Ganztagsschule und Betreuung“.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Herr Oettinger sagt: „Wir brauchen so viel Familie wie möglich, aber auch so viele Ganztagsangebote wie nötig und ei-

(Drexler)

nen Ausbau der Ganztagschulen.“ Wo sind dafür in diesem Haushalt Mittel etatisiert? Nirgends! Wir haben vor zwei Monaten gesagt: Das Programm der Bundesregierung zum Ausbau der Ganztagschulen ist recht erfolgreich. Im Übrigen entlastet das den Landeshaushalt von Investitionsmitteln, Herr Scheffold.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Das ist doch schön. Da können Sie doch einmal danke schön sagen,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

dass wir in diesem Land 528 Millionen € für den Ausbau der Ganztagschulen erhalten – freiwillig, ohne Verpflichtung.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Scheffold: Auf Schuldenbasis! Dafür machen sie Schulden! – Gegenrufe von der SPD – Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, schalten Sie doch das Mikrofon ab! Er schreit so!)

Jetzt wäre es doch gut, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie anständigerweise wenigstens das Personal zur Verfügung stellen würden. Die Investitionen zahlt der Bund, 10 % zahlen die Kommunen, und jetzt muss die Ganztagschule eine Ganztagschule werden.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt wird es besser!)

Und sie wird keine Ganztagschule, wenn kein Personal vorhanden ist, vor allem kein pädagogisches Personal. Deswegen: Wer für den Ausbau der Ganztagschulen ist, muss hier dafür eintreten, dass zusätzliche Lehrer an die Ganztagschulen kommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Anders geht es nicht, sonst haben Sie nämlich eine „Ganztagschule light“ unter dem Motto: Vormittags Unterricht, mittags essen, und nachmittags soll der Sportverein die Betreuung übernehmen.

(Abg. Hauk CDU: Wollen Sie denn die Unterrichtszeit weiter erhöhen?)

– Die Unterrichtszeit wird verändert und wird erhöht.

(Abg. Hauk CDU: Wollen Sie weiter erhöhen? Noch mehr Belastung? – Gegenrufe von der SPD)

Herr Hauk, auch Sie als Förster sollten es kapiieren: Wir haben zu wenig Unterricht in Deutschland.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Lesen Sie doch einmal die Ergebnisse der PISA-Studie: zu wenig individuelle Förderung, zu wenig Förderung. Wir haben in Baden-Württemberg doch zu wenig und nicht zu viel Förderung. Deswegen brauchen wir mehr Personal. Das ist eigentlich auch unbestritten.

(Abg. Wieser CDU: Mit Ihrer Lautstärke können Sie sofort in zwei Klassenzimmern simultan unterrichten!)

– Nein, Sie ärgern sich bloß,

(Abg. Wieser CDU: Weil Sie so schreien, Herr Drexler!)

weil Sie die Schuldentreiber in Baden-Württemberg sind und wir Ihnen das gerade nachweisen. Das ist mir schon klar.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt kommen wir zu den tollen Aussagen des Herrn Oettinger: Parallelgesellschaften dulden wir nicht; wir erwarten, dass die deutsche Sprache gelernt wird.

(Abg. Wieser CDU: Das ist das Mindeste!)

Schön! Das finde ich gut. Dann sorgen Sie aber doch einmal dafür, dass in unseren Kindergärten verpflichtend festgelegt wird, dass jeder zwischen drei und sechs Jahren, der aus dem Kindergarten kommt, Deutsch kann, dass wie in ganz Europa im Kindergarten die Heimatsprache gelernt wird.

(Beifall bei der SPD)

Seit drei Jahren fordern wir das, und zwar verpflichtend.

(Abg. Wieser CDU: Wird dort Englisch gesprochen?)

Was machen Sie eigentlich? Sie machen das Erlernen der deutschen Sprache zu einer freiwilligen Entscheidung. 11 000 Kinder von 75 000, die es notwendig hätten, werden freiwillig geschult. Das müssen Sie aus Chancengleichheits- und Integrationsgründen verpflichtend machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das müssten Sie doch langsam kapiert haben!

(Beifall bei der SPD)

Obwohl ich Frau Schavan jetzt gerade nicht mehr im Blickpunkt habe, möchte ich doch Folgendes sagen: Wenn Frau Schavan sagt, die Imame müssten in der Moschee deutsch reden, ist das ja ganz toll, aber dann muss auch vorher klar sein, dass die Zuhörer, wenn der Imam deutsch spricht, auch in der Lage sein sollten, Deutsch zu verstehen. Dafür sollte man im Kindergarten einmal sorgen.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Ihr eigenes Ministerium hat ausgerechnet, dass das 6,5 Millionen € kosten würde. 6,5 Millionen € würde es uns kosten, zu erreichen, dass alle, die aus dem Kindergarten kommen, Deutsch können. Das sind 96 % aller unserer Kinder. Die hätten mit sechs Jahren alle die gleiche Chance. Wenn das so wäre, könnte man eine ganz andere Grundschule machen. Weder Herr Oettinger noch Frau Schavan stellen dieses Geld in diesen Haushalt ein. Ich zeige Ihnen, wo man dieses Geld holen könnte.

(Drexler)

(Abg. Alfred Haas CDU: Schon wieder! Rothaus! – Der Redner hält eine Zeitungsbeilage hoch.)

– Gucken Sie sich das an: Acht Seiten Anzeige „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“ in allen großen norddeutschen Zeitungen. 7 Millionen € kostet uns dieser Unsinn.

(Beifall bei der SPD)

Aber für baden-württembergische Kinder, die hier Deutsch lernen sollen, haben wir keinen müden Euro.

(Abg. Blenke CDU: Sie wollen unser Land nur schlechtreden!)

Das ist Ihre Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie einmal auf die Anzeige zum Schluss. Hier steht so schön drauf: „Und was haben Sie im Kopf?“ Das frage ich mich manchmal auch.

(Große Heiterkeit und anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Capezzuto SPD: So isch no au wieder!)

Jetzt komme ich zu Ihrer Familienorgie, die Sie vorhin gebracht haben. Sie streichen das Programm „Mutter und Kind“. Wissen Sie, was Sie damit anrichten? „Mutter und Kind“, Herr Scheffold, ist das Programm gewesen, das eine große Rolle für uneheliche Schwangere spielte und die Entscheidung für oder gegen das Kind maßgeblich beeinflusste.

(Abg. Alfred Haas CDU: Vor 25 Jahren!)

– Auch heute noch. Ich lese Ihnen nachher etwas vor. Der Herr Ministerpräsident hat einmal so schön gesagt: In Baden-Württemberg bekommt jeder eine Chance, und wenn er es nicht schafft, bekommt er eine zweite Chance, und wenn er es auch dann noch nicht schafft, bekommt er eine dritte Chance. Das ist klar.

(Ministerpräsident Teufel: Sie sind doch das Beispiel dafür! – Große Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Nur, wenn Sie dieses Programm abschaffen, geben Sie den Kindern und den Familien nicht einmal die erste Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Dann streichen Sie die Mittel für Familienerholungsmaßnahmen auf null.

(Abg. Alfred Haas CDU: Schon lange!)

– „Gott sei Dank“, sehr schön, Herr Haas. Herr Haas hat gesagt: Gott sei Dank.

(Abg. Alfred Haas CDU: „Schon lange!“ habe ich gesagt!)

Jetzt lese ich einmal vor, was die Diakonie und die Verbände und Caritas sagen:

Die geplanten Kürzungen seien dennoch mit den oft geäußerten Zielen der Landesregierung nicht in Einklang zu bringen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Machen Sie doch Einsparvorschläge!)

Familien zu fördern und die Pflegefähigkeit im häuslichen Umfeld zu stärken.

Das machen Sie alles kaputt. Es geht sogar noch weiter:

Die Verbände werfen der Landesregierung in manchen Bereichen eine widersprüchliche Politik vor. Erst vor zwei Jahren habe sie eine Förderung von Betreuungsgruppen für Demenzkranke beschlossen. Caritas-Direktorin . . . verglich die Kürzungspläne mit einer gerade frisch befeuerten Lokomotive, mit der man „eine Vollbremsung auf offener Strecke hinlegt“.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Also schlimmer geht es wohl nicht! Caritas und Diakonie stehen ja nun nicht unbedingt der SPD nahe, Caritas auf jeden Fall nicht, Herr Haas, oder?

Nun kommen wir zur Weiterbildung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind doch ein Bildungsland. Bisher waren wir stolz darauf, dass jeder Erwachsene, der noch das Abitur machen wollte, die Abendrealschule besuchen konnte. Vor zehn Jahren waren das in Baden-Württemberg 3 770 Leute, jetzt sind es fast 5 790. Mit den Streichungen von 1,4 Millionen € im nächsten Jahr und 3,7 Millionen € im übernächsten Jahr ist es aus, sagen alle, die sich in der Erwachsenenbildung auskennen. Das ist der Tod der Erwachsenenbildung. Erwachsene Baden-Württemberger werden nach Hessen oder Bayern gehen müssen, um sich noch weiterbilden zu können. Deswegen sage ich: Wer für ein Bildungsland eintritt, muss den Menschen auch die Chance geben, sich auch später noch zu qualifizieren, später das Abitur zu machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Im Übrigen beträgt da der Migrantenanteil 30 bis 50 %. Das ist eines der besten Programme zur Integration. Das machen Sie kaputt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir können alles außer Bildung!)

Jetzt kommen wir noch zur Wirtschaft. Ich habe gehört, Herr Oettinger will sich besonders um den Mittelstand kümmern. Dabei sind die Förderung von Mittelstandsdarlehen radikal gekürzt und die Innovationsförderprogramme schon 2002 komplett eingestellt worden. Und so geht es weiter. Der Industrie- und Handelskammertag hat jetzt in einem Positionspapier zur wirtschaftsnahen Forschung als Innovationsmotor in Baden-Württemberg Stellung genommen. Die Kammer wendet sich ausdrücklich gegen Kürzungen in der Grundfinanzierung der Institute der wirtschaftsnahen Forschung. Das sind die Forschungsanstalten, die Forschung sofort in Praxis umsetzen. Da waren wir ja bis-

(Drexler)

her gut. Was tut die Landesregierung jetzt? Genau das Gegenteil. Zum Jahresende schließt das Zentrum für Fertigungstechnik Stuttgart, weil das Land die Grundfinanzierung von 500 000 € streicht, obwohl eine Drittmittelquote von 75 % vorhanden ist. Was soll denn dieser Unsinn? Warum machen Sie denn dieses Zentrum kaputt? Sie tun doch nichts mehr für den Mittelstand, sondern Sie machen Strukturen, die Baden-Württemberg bisher vorwärts gebracht haben, kaputt. Von wegen „Ich kümmere mich um den Mittelstand“!

(Beifall bei der SPD)

Nun komme ich zum Sport. Herr Scheffold, Sie sagen jetzt einfach, man werde sich über die Kürzungen im Sportbereich noch einmal unterhalten. Sie machen ja das Spiel jedes Jahr: zuerst 10 Millionen €, dann 7 Millionen € Streichungen. Jetzt wollen Sie zweimal 5 Millionen € streichen. Jetzt hat sich der Sport gewehrt – zu Recht – und hat erklärt: Wir haben uns auf die Zusage verlassen, dass keine weiteren Kürzungen erfolgen. Jetzt wird Folgendes argumentiert: Aber die Übungsleiterpauschale bleibt bestehen. Das heißt, Sie machen nichts anderes, als dass Sie im Grunde genommen die Streichung vornehmen. Die Übungsleiterpauschale soll bestehen bleiben. Dann muss der Sport die fehlenden Mittel aus anderen Bereichen nehmen. Sie greifen damit sogar in die Finanzautonomie unabhängiger Verbände ein. Begreifen Sie eigentlich nicht, was Sie da anrichten?

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es, jawohl! – Abg. Capezzuto SPD: Überschätzung der Macht!)

Für den Straßenbau streichen Sie wieder 32 Millionen €. Herr Oettinger sagt dann so schön:

Wenn ich überhaupt in dem Bereich Selbstkritik in der CDU Baden-Württemberg übe, dann haben wir in 20 Jahren Alleinregierung von 1972 bis 1992 die Probleme der Verkehrskapazitäten von Schiene und Straße, lange auch vom Flugverkehr, unterschätzt. Da haben wir Nachholbedarf.

Jetzt wird wieder um 32 Millionen € gekürzt.

Im Übrigen ist die Straßenfinanzierung sowieso eine besondere Geschichte. Sie müssen sich einmal anschauen, wie Sie das mit Kreditfinanzierung und Tilgungsstreckung langsam hinkriegen. Das ist wirklich eine Meisterleistung der Finanzbeamten; das gebe ich zu. Aber es ist unehrlich und führt dazu, dass wir nur noch mit Streckungen und nicht mehr mit normalen Finanzierungsmöglichkeiten über die Runden kommen. Wir lagern alles aus. Das ist doch unmöglich! Wir machen Schattenhaushalte. An sich müssten wir all das, was da noch nebenher finanziert wird, in den Haushalt eingliedern. Dann sind wir auch wieder nicht bei der verfassungsmäßigen Grenze.

Nun hat Herr Oettinger eine Diskussion mit der Maut losgetreten. Das finde ich schon eine starke Geschichte: Die Kfz-Steuer kommt zum Bund. Der Bund kann sie dann auflösen. Bisher ging man allgemein davon aus, dass genau der gleiche Betrag – das sind 8 bis 9 Milliarden € bundesweit – dann auch tatsächlich über die Mineralölsteuer – das wären

15 Cent pro Liter – wieder hereingeholt wird. Vielfahrer zahlen mehr, Rentner und andere Leute müssten erheblich weniger bezahlen, wenn die Kfz-Steuer wegfällt, weil sie ihr Auto nicht so häufig benutzen. Das ist logisch.

Jetzt sagt Herr Oettinger Folgendes, und die ganze Presse schreibt das auch noch:

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

„Wir machen eine Maut. Wir schaffen die Kfz-Steuer ab.“
Erstens geht Ihr Vorschlag nach dem EU-Recht gar nicht. Sie können die Maut nur auf Autobahnen machen. Wenn Sie sie auf Autobahnen machen

(Abg. Oettinger CDU: Ja!)

– ja, ich komme gleich drauf –, dann müssten Sie eine Maut erheben, die zuerst einmal die 10 Millionen € hereinholt. Wenn Sie etwas für den Straßenbau tun wollen, brauchen Sie eine hohe Maut. Da hat ja schon jemand geäußert, dass es teurer wird. Das heißt, Sie wollen über die Maut – das sind dann 4 Cent pro Kilometer bei der Autobahn – die Ausfälle bei der Kfz-Steuer hereinholen, und darüber hinaus wollen Sie die Maut so hoch ansetzen, dass Sie noch Geld für den Straßenbau haben. Ist das so? Sie wollen also den Autofahrer erneut belasten – dann müssen Sie das aber auch sagen! –, und zwar erheblich, sonst bekommen Sie daraus kein Geld für den Straßenbau.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch etwas zum Bereich der Innenpolitik sagen. Was haben wir hier über das Antiterrorprogramm diskutiert! Und was machen Sie jetzt? Jetzt streichen Sie das Antiterrorprogramm wieder zusammen. Nach Madrid waren Sie wenigstens noch bereit, uns aufmerksam zuzuhören, als wir vertraten, dass man das nicht tun sollte. Jetzt machen Sie es wieder. Von 12,53 Millionen € im Jahr 2001, in dem Sie das Programm begründet haben, gehen Sie auf 35 000 € zurück. Von 12,53 Millionen € auf 35 000 € pro Jahr! Das ist Terrorismusbekämpfung in Baden-Württemberg – schönen Glückwunsch! Ich warte bloß darauf, dass es den nächsten Vorfall gibt; dann müssen wir wieder etwas machen. Sie müssen Terrorbekämpfung doch langfristig angehen und nicht erst dann, wenn es einen Vorfall gibt, wieder hochziehen!

(Beifall bei der SPD)

Von den 50 Stellen in diesem Programm streichen Sie schon wieder vier. Das ist eine völlig falsche Sicherheitspolitik. Herr Oettinger erklärt auf dem Parteitag, gestrichen werde bei der inneren Sicherheit und bei der Polizei nicht. Recht herzlichen Glückwunsch zu diesem Haushalt, Herr Oettinger! Dann stimmt das ja, was Sie sagen.

Das Nächste ist: Gehen Sie doch einmal in die Polizeidienststellen, und gucken Sie sich die Ausrüstung an. Der Funk bricht ständig zusammen. Die Polizeibeamten verständigen sich im Einsatz teilweise über Handys, was hinsichtlich der Geheimhaltung besonders toll ist, und teilweise sogar über Privathandys, weil sie gar keine Diensthandys haben. Das ist die Situation.

(Drexler)

(Abg. Blenke CDU: Aber Sie wissen, dass das mit dem Funk eine bundesweite Sache ist! Reden Sie doch keinen Unsinn! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Und in dieser Situation redet der Innenminister von blauen Uniformen! Gehen Sie doch einmal dem nach, was Sie eigentlich tun müssten, nämlich die Polizei richtig ausrüsten, anstatt Hirngespinnste über neue Uniformfarben zu verfolgen. Das ist nun wirklich ein Nebenkriegsschauplatz.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nur ein kleiner Teil gewesen, aber es ist der wesentliche Teil. Sie haben weder Strukturveränderungen angesprochen, noch haben Sie angesprochen, wie Sie das mittelfristig machen wollen. Warten Sie auf Wachstum, oder was wollen Sie eigentlich machen?

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Was haben Sie eigentlich für Vorschläge angesprochen?)

– Darüber werden wir im Januar reden. Wir reden hier über Ihre Vorlage. Heute haben wir gehört, dass alles, was Herr Oettinger versprochen hat, in diesem Haushalt nicht enthalten ist. Analog zu Max Frischs Roman „Homo Faber“ müssen Sie aufpassen, Herr Oettinger, dass Sie nicht der „Homo Laber“ in der Landespolitik werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Draußen Sachen versprechen und hier drin nichts machen, das geht nicht.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Staatshaushaltsplans für die Jahre 2005 und 2006 dokumentiert zum einen eine gewaltige Anstrengung, trotz schwierigster Voraussetzungen einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Gleichzeitig aber ist festzustellen, dass all diese Anstrengungen bei weitem noch nicht ausreichend sind, misst man sie an dem, was notwendig ist, um den Haushalt durchgreifend zu konsolidieren.

Eine Politik immer weiterer Verschuldung nimmt künftigen Generationen Freiheits- und Gestaltungschancen. Unser Ziel wird es deshalb bleiben, das strukturelle Defizit des Landshaushalts, das bei über 3 Milliarden € liegt, tatsächlich abzubauen und die „Neuverschuldung null“ nicht nur anzuvisieren, sondern tatsächlich auch zu erreichen.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Von diesem Ziel sind wir mit diesem Haushalt leider noch ein ganzes Stück weit entfernt. Dass wir aber einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen, ist eine Leistung, die wir uns auch nicht kleinreden lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Dieser Haushalt stellt eine Zwischenetappe dar: eine Etappe, bei der es Baden-Württemberg als einem von ganz wenigen Ländern in äußerst schwieriger Lage gelungen ist, die Grenzen der Neuverschuldung einzuhalten, die die Verfassung vorgibt. Das müssen Sie einfach einmal im Ländervergleich – egal, wohin Sie schauen – zur Kenntnis nehmen. Im Haushalt 2005/2006 war dazu eine Deckungslücke von mehr als 3,3 Milliarden € zu schließen. Wir haben dies geschafft, wenn auch – das gebe ich zu – mit äußerster Eleganz. Andere mögen das Tricks nennen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ehrlich! Eine ehrliche Aussage!)

Das hat übrigens auch der Finanzminister selbst mit etwas Bauchweh dargestellt. Ich denke zum Beispiel an den Forderungsverkauf aus der stillen Beteiligung an der LBBW. Die Vorwegnahme von Einnahmen, die dem Haushalt später natürlich fehlen und ihm nicht mehr zufließen, tragen wir nur unter der Maßgabe mit, von strukturellen Einsparungen nicht nur zu reden, sondern zumindest die Weichen dafür erkennbar zu stellen. Dies wird die FDP/DVP-Fraktion nicht erst nach dem Wahltag 2006 tun.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Kollege Drexler,

(Abg. Drexler SPD: Ich höre zu! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

bei aller entspannten Atmosphäre in einer Haushaltsstrukturkommission: Wenn Sie strukturelle Veränderungen bewirken wollen, dann wird Ihnen doch wohl klar sein, dass die häufig nicht sofort haushaltswirksam werden.

(Abg. Drexler SPD: Ja! Das bestreitet doch niemand!)

Wollen Sie denn im Bereich Personal – das wird eine der zentralen Fragen sein – von heute auf morgen neue Sonderopfer beschließen?

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Das wollten wir nicht. Wir wollten strukturelle Änderungen.

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie es doch!)

Die müssen wir jetzt sauber und im Konsens mit den Betroffenen vorbereiten.

(Abg. Drexler SPD: Sie sind doch schon acht Jahre dran!)

Oder nehmen Sie das Beispiel Landeserziehungsgeld. Sie wissen doch, dass dort die Zusagen schon für zwei Jahre gelten! Änderungen würden also gar nicht sofort haushaltswirksam.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: 30 Millionen €!)

Deswegen muss man so etwas sauber vorbereiten.

(Dr. Noll)

(Abg. Drexler SPD: Sie könnten das aber schon jetzt beschließen, wenn Sie das wollen!)

Man darf beim Thema Privatisierung eben nicht hektisch und kurzfristig das Tafelsilber verscherbeln, sondern muss Privatisierungen vernünftig vorbereiten, um damit eben nicht das Stopfen von Haushaltslöchern zu bewerkstelligen,

(Abg. Drexler SPD: Acht Jahre!)

sondern selbstverständlich möglichst strukturelle Veränderungen – auch bei dem Beispiel, das Sie genannt haben: „Staatsanzeiger“ – vorzubereiten.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das bereiten Sie vor? – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine verehrten Damen und Herren, knapp 1 Milliarde € an Kürzungen in den Ressorts und zusätzlich etwa 550 Millionen € an Einsparungen bei den Personalausgaben sind nicht nichts, sondern stellen eine ganz erhebliche Leistung zur Konsolidierung dieses Haushalts dar. Dass diese Einsparungen tatsächlich zu spürbaren Einschnitten führen, zeigt ja die Flut von Protestbriefen, die vermutlich jeder und jede von uns erhalten hat.

(Abg. Drexler SPD: Es geht um die Struktur!)

Herr Drexler, dass sich eine Opposition leichter tut, jedem zu sagen: „Selbstverständlich werden wir alles zurücknehmen“,

(Abg. Drexler SPD: Das machen wir doch gar nicht! Wer macht denn das? Das macht niemand! – Abg. Kretschmann GRÜNE: So macht ihr es in Berlin, aber nicht wir in Stuttgart! – Abg. Drexler SPD: Ihr bestreitet in Berlin alles, wir hier nicht!)

ist klar; das ist, glaube ich, das Spiel zwischen Opposition und denen, die Verantwortung tragen und Argumente, die vorgetragen werden, tatsächlich ernst nehmen.

Lassen Sie mich dazu eines klarstellen. Von den Eckdaten des Haushalts werden wir nicht abrücken. Das heißt jedoch nicht,

(Abg. Drexler SPD: Jetzt!)

dass wir als Parlament – Sie und wir alle als Fraktionen – uns nicht vorbehalten, Veränderungen des Regierungsentwurfs zu beschließen.

(Abg. Drexler SPD: Nachher machen wir zusammen eine Sitzung!)

Wir sind alle gut beraten, uns nachvollziehbaren Argumenten nicht zu verschließen, ohne das Ziel eines verfassungsgemäßen Haushalts zu gefährden.

Bei den derzeitigen Strukturen aller Länderhaushalte – übrigens auch unseres Landeshaushalts – mit direkten Personalkosten in Höhe von über 42 % – wenn man die indirekten Personalkosten aufgrund von Fördermitteln an freie Träger hinzurechnet, von über 50 % – sind die Personalausgaben der Dreh- und Angelpunkt jeder erfolgreichen Konsolidierungspolitik.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! So ist es!)

Ein Blick auf die Entwicklung der Personalausgaben in den letzten 35 Jahren zeigt die besonderen Schwierigkeiten, vor denen wir in diesem Bereich stehen. Die Zahl der Beamtenstellen im Lehrerbereich hat sich in diesem Zeitraum um knapp 60 % erhöht,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

im Polizeibereich – so viel zu dem Vorwurf, wir würden da abbauen – um 55 %, bei der Justiz um etwa 35 % und bei der Steuerverwaltung um knapp 20 %. Beim „Rest“ hingegen, also in der gesamten allgemeinen und technischen Verwaltung, wurden kontinuierlich Stellen abgebaut.

Wer die aus der Personalentwicklung folgende drastische Erhöhung des Anteils der Versorgungsausgaben im Landeshaushalt beklagt, kann sich, wenn er ehrlich bleiben will, nicht auf die Tatsache beziehen, dass diese Stellen weitestgehend im Konsens der Fraktionen auch dieses Hauses in den Schwerpunktbereichen der Landespolitik überhaupt erst geschaffen worden sind, sondern äußerstenfalls darauf, dass es die Landespolitik – in der großen Koalition übrigens auch unter Ihrer Beteiligung – versäumt hat, und zwar in Jahrzehnten versäumt hat, Vorsorge für die daraus folgenden Pensionszahlungen zu treffen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Auch in den letzten zehn Jahren ist in der allgemeinen und technischen Verwaltung eine konsequente Politik des Stellenabbaus betrieben worden. Allerdings steht der Einsparung von 10 000 Stellen bis zum Jahr 2006 die Schaffung von 12 000 neuen Stellen gegenüber. Der allergrößte Teil davon entfällt auf den Lehrerbereich, und Sie wollen, wie Sie vorhin ja gesagt haben, diese Zahl noch weiter erhöhen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Einige wenige zusätzliche Stellen entfallen auf die Polizei und auf die Hochschulen.

Wie die Landesvorsitzende der SPD vor diesem Hintergrund am vergangenen Wochenende zu der Aussage kommen konnte, die Regierungskoalition habe an den Bildungsausgaben geknappst, ist schlichtweg unverständlich.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die kennt sich nicht aus in Baden-Württemberg!)

Denn 5 500 zusätzliche Lehrerstellen allein in dieser Legislaturperiode kosten am Ende eben pro Jahr 250 Millionen € zusätzlich.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es nun auch wieder!)

Dies zeigt, dass die Personalstellen und die Personalausgaben des Landes nicht das Ergebnis eines Anwachsens der allgemeinen Verwaltung sind, sondern die Folge landespolitischer Schwerpunktsetzungen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! So ist es!)

zu denen wir stehen, in den Bereichen Bildung und Wissenschaft sowie der inneren Sicherheit bei Justiz und Polizei.

(Dr. Noll)

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Eine sachliche Argumentation!)

Weil das eben so ist, gibt es auch keine Patentrezepte dafür, wie wir die steigenden Pensionslasten meistern können. Rein rechnerisch wäre das einfach. Wir müssten über 20 Jahre hinweg etwa 60 000 Stellen abbauen oder das gesamte Gehaltsniveau des öffentlichen Dienstes um 20 % kürzen, um den mit der steigenden Zahl der Versorgungsempfänger verbundenen Anstieg der Personalausgaben zu kompensieren. Beides ist erkennbar unrealistisch.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Realistische Politik wird deshalb aus einem Mix mehrerer Ansätze bestehen müssen. Bestandteil dieses Haushalts sind eine Reihe von Stellenabbauprogrammen, mit denen bis zu den Jahren 2008 bzw. 2011 mehr als 5 200 Stellen eingespart werden. Ohne die Einführung der 41-Stunden-Woche und ohne die Verwaltungsstrukturreform wäre dies nicht möglich. Deswegen ist klar: Beides war richtig, und beides war unausweichlich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dieser Stellenabbau wird fortgesetzt werden müssen. Wir brauchen Reformen, um Stellenabbau zu ermöglichen. So kann zum Beispiel eine Steuerreform, die tatsächlich ein einfacheres und transparenteres Steuersystem schafft, die den Mut hat, ganze Steuerarten zu streichen, zum Beispiel die Kfz-Steuer, auch zu einem Stellenabbau in der Steuerverwaltung führen. Der Stellenabbau wird, wenn der Höhepunkt der Schülerzahlen im Jahr 2007 überschritten ist, auch den Bildungsbereich einbeziehen müssen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

Wir müssen im Übrigen das tatsächliche Pensionseintrittsalter noch deutlicher erhöhen, als das in den vergangenen Jahren schon gelungen ist. Wir haben ja jetzt für Beamte den Weg dafür geöffnet, freiwillig länger zu arbeiten. Für die Zukunft dürfen wir auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit über die heutige gesetzliche Altersgrenze hinaus nicht tabuisieren. Ich denke, wir sollten auch das Angebot, von dem gerade heute in den „Stuttgarter Nachrichten“ zu lesen war, im Gespräch mit dem Beamtenbund über neue, flexiblere Möglichkeiten über die gesamte Lebensarbeitszeit hinweg zu diskutieren, aufgreifen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden schließlich gar nicht daran vorbeikommen, parallel zur sukzessiven Absenkung des Rentenniveaus auch das Niveau der Pensionen schrittweise abzusenken. Ich warne nur davor – an Stammtischen wird ja immer noch oft von der „13. Pension“ und solchen Dingen geredet –, dabei Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Auch da gilt: Sorgfalt, Gespräche mit den Betroffenen und nachvollziehbare Entscheidungen sind richtiger und wichtiger als Schnellschüsse, die von den Betroffenen dann in der Tat als ungerechte Eingriffe in lebenslang erworbene Rechte empfunden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Man muss kein Prophet sein, um feststellen zu können, dass wir die drei geschilderten Wege alle gleichzeitig beschreiben werden müssen. Nur so wird es zu erreichen sein, dass die Personalausgaben insgesamt nicht einen immer stärker steigenden Anteil unseres Haushalts in Anspruch nehmen.

(Beifall der Abg. Theurer und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Gleichzeitig aber gilt: Wir brauchen, gerade wenn wir einen schlanken, starken Staat wollen, einen leistungsfähigen, motivierten öffentlichen Dienst, einen öffentlichen Dienst, der auch gegenüber dem privatwirtschaftlichen Bereich konkurrenzfähig ist und bleibt. Dies schließt aus – und hier komme ich noch einmal auf das zuvor Gesagte zurück –, dass der öffentliche Dienst zur beliebigen Manövriermasse der Haushaltspolitik wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Hervorragend!)

Wir müssen auch da Verlässlichkeit gewährleisten, und dies muss gerade dann gelten, wenn im Zuge einer Reform des Federalismus die Zuständigkeit für weite Teile des Beamtenrechts einschließlich des Rechts der Besoldung und Versorgung nicht mehr zentral beim Bund, sondern im Wesentlichen bei den Ländern liegen sollte. Wir werden gut beraten sein, diese Reform nicht gegen die Betroffenen, sondern mit den Betroffenen und deren Vertretern anzugehen. Ich bin mir sicher, dass sich die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes sehr wohl bewusst sind, dass nicht alles beim Alten bleiben kann. Sie brauchen aber das Signal, dass sie zur Mitgestaltung eingeladen und aufgefordert sind. Im Übrigen brauchen sie auch ein Signal, dass nicht nur bei den Indianern, sondern auch bei den Häuptlingen gespart wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Drexler und Abg. Stickelberger SPD: Vier Regierungspräsidenten!)

In diesem Kontext, Herr Drexler, durch einen sinnvollen Neuzuschnitt der Ressorts eine Verschlinkung des Kabinetts vorzunehmen, ist für uns keine unverbindliche Absichtserklärung, sondern klare Zielvorgabe. Spätestens im Jahr 2006 wollen wir versuchen, das umzusetzen.

(Abg. Drexler SPD: Da sind Sie doch in der Opposition! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

– Dann machen Sie es in einer großen Koalition.

(Abg. Drexler SPD: Das können wir schon machen! – Abg. Hofer FDP/DVP: In der großen Koalition, da kommt es bestimmt raus! – Abg. Kurz CDU: Handarbeitsministerium!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Verlässlichkeit und faire Partnerschaft sind auch Stichworte, die das Verhältnis des Landes zu seinen Kommunen kennzeichnen müssen. Uns allen ist bewusst, dass die kommunalen Landesverbände dies durch die Maßnahmen des Haushaltsstrukturgesetzes 2005 verletzt sehen. Beide, Land und Kommunen, haben unter den wegbrechenden Steuereinnahmen der letzten Jahre schwer zu leiden gehabt.

(Dr. Noll)

Ich kann deshalb gut nachvollziehen, dass sich jeder Bürgermeister, jede Oberbürgermeisterin und jeder Landrat, die ohnehin schon genügend Schwierigkeiten damit haben, einen gesetzeskonformen und ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, heftig dagegen zur Wehr setzen, wenn das Land die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen zu seinen Gunsten verändern will. Ich kann nachvollziehen, wenn die Kommunen auf steigende Leistungsverpflichtungen, insbesondere im Bereich gesetzlicher Sozialleistungen, vor allem auch bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und im Bereich der Jugendhilfe, hinweisen. Aber diesen Ausgabenverpflichtungen auf kommunaler Ebene, die der Bund gesetzlich geregelt hat und die auch schwer zu steuern sind, stehen natürlich entsprechende Pflichten des Landes in den Bereichen Bildung, Betreuung, Wissenschaft und innere Sicherheit gegenüber.

(Abg. Drexler SPD: Aber!)

Die steigenden Kosten, insbesondere bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, machen es unabdingbar, auf ein Bundes-Leistungsgesetz hinzuwirken, das den Kommunen diese Aufgabe, die früher einmal ein kleinerer Teil der Sozialhilfe war, nicht allein überlässt. Wir müssen einen bundesgesetzlichen Rahmen schaffen – übrigens auch im Interesse der behinderten Menschen –, der ein eigenes Leistungsgesetz des Bundes beinhaltet und damit natürlich auch die Finanzierung nicht allein den Kommunen aufbürdet, sondern festlegt, dass diese möglichst vom Bund wahrgenommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich kann auch nachvollziehen, dass die Kommunen sich dagegen wehren, dass ihre deutlich geringere Verschuldung als Argument dafür herangezogen wird, ihnen zusätzliche Lasten aufzuerlegen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es halt! – Abg. Drexler SPD: Die haben Investitionskraft!)

Das ist nicht in Ordnung. Denn dass die Kommunen sich frühzeitiger um die Konsolidierung ihrer Haushalte gekümmern

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Die haben Strukturen!)

und, auch bedingt durch das kommunale Haushaltsrecht, weniger Schulden angehäuft haben, darf ihnen jetzt nicht zum Nachteil gereichen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Warum machen Sie es dann? – Abg. Drexler SPD: Aber Sie machen es! Sie schwächen die Investitionskraft!)

– Ich sage es Ihnen gleich. – Als Maßstab für – ich will nicht sagen: Gerechtigkeit – Fairness im Umgang miteinander taugt aber letztlich wohl nur die Entwicklung der Nettosteueranteile von Land und Kommunen nach allen Finanzverteilungssystemen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie preisen die Fairness und sind selbst unfair!)

In diesem Jahr liegt der Anteil der Kommunen nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai bei etwa 41,8 %. Er liegt damit in etwa beim gleichen Prozentsatz wie 1993. Da waren Sie mit an der Regierung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Er liegt zwar unter dem Anteil, der den Kommunen zwischen 1998 und 2002 zugeflossen ist, aber über dem Anteil, der ihnen in den Jahren 1994 bis 1997 zur Verfügung stand. Wir müssen diese Relation im Auge behalten und sie auch zu dem Maßstab machen, der dann von allen akzeptiert werden kann.

Auch nach der Berücksichtigung der Entnahme von je 350 Millionen € aus den kommunalen Finanzmassen in den kommenden beiden Jahren bleibt dieser Anteil in etwa gleich. 2005 liegt er knapp unter, 2006 knapp über dem Wert von 2004. Dies resultiert daraus, dass die Steuerschätzung vom Mai, bestätigt durch die Novemberschätzung, den Kommunen eine deutlich bessere Einnahmeperspektive zuschreibt als dem Land.

(Abg. Schmid SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Heiterkeit bei den Grünen)

– Nur der Präsident erteilt das Wort.

Diese Daten stehen nicht etwa nur auf dem Papier, sondern haben sich im Laufe des Jahres bestätigt. Nach Angaben des Statistischen Landesamts gab es in den ersten drei Quartalen dieses Jahres eine Steigerung um 1,4 % beim Land und eine Steigerung um über 15 % bei den Kommunen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Schmid.

Abg. Schmid SPD: Herr Dr. Noll, glauben Sie nicht, dass auch dieser Maßstab insofern politisch falsch ist, als alle Fraktionen gemeinsam im Bundesrat und im Bundestag beschlossen haben, die Steuerkraft der Kommunen in diesem Jahr zu stärken, zum Beispiel durch die Änderungen bei der Gewerbesteuer? Deshalb kann dieser Maßstab auch nicht als Begründung dafür herangezogen werden,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

den Kommunen in die Tasche zu greifen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Drexler SPD: Das war das bewusste Wollen aller politischen Parteien! – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau diese Veränderung, die wir ja mit betrieben haben, ist Ausfluss dieses Verteilungsschlüssels. Ohne diesen Schlüssel wäre es natürlich noch sehr viel schlechter. Das ist also überhaupt kein Widerspruch.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

Das liegt genau im Rahmen dieser Maßgabe.

(Dr. Noll)

Wir wissen sehr wohl, dass diese bessere Steuerentwicklung bei den Kommunen natürlich sehr unterschiedlich verläuft – beim Gewerbesteueraufkommen erhalten die Kommunen teilweise bis zu 37 % mehr –

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

und dass sich damit der Unterschied zwischen wieder etwas finanzstärkeren und finanzschwachen Kommunen eher verstärkt hat.

(Abg. Birzele SPD: Das war doch politisch gewollt!)

Wir haben uns deshalb bemüht, diese Tatsache bei der konkreten Umsetzung der Kürzung der kommunalen Finanzmassen so weit wie möglich zu berücksichtigen, indem der Ausgleichsstock und die Schlüsselzuweisungen von Kürzungen weitgehend verschont und auf zwei Jahre befristet werden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig! Sehr richtig!)

Dafür greifen wir stärker – und dazu stehen wir – ordnungspolitisch in den Kommunalen Investitionsfonds ein und setzen damit zum Beispiel bei der Pflegeheimförderung ordnungspolitisch richtige Signale. Alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, mit denen ich gesprochen habe, sagen: Ja, der Markt ist inzwischen, was die rein bauliche Situation anbetrifft, so, dass wir keine Subventionierung mit mehr als 50 Millionen € pro Jahr brauchen. Das Problem ist nicht die Frage der Finanzierung, sondern die Frage der Betreuung.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Und was machen Sie mit dem Sanierungsbedarf?)

Und das hat mit der Pflegeheimförderung überhaupt nichts zu tun. Das ist daher ein ordnungspolitisch richtiger Schritt und im Konsens mit den Kommunen so geplant.

(Abg. Drexler SPD: Sanierung ist natürlich noch ein wichtiges Thema!)

– Wir werden sie auch nicht auf null kürzen, Herr Drexler. Etwa 10 Millionen € werden zurückgenommen. Da bleibt natürlich noch eine ganze Menge für Sanierungen übrig.

Das Land hat selbstverständlich auch auf der Bundesebene die Interessen der Kommunen noch nachdrücklicher zur Geltung zu bringen. Die Gemeinden sind darauf angewiesen – und wir wollen das –, dass das Konnexitätsprinzip nicht nur in der Landesverfassung, sondern auch im Grundgesetz verankert wird. Die Gemeinden sind weiter darauf angewiesen, dass alle Leistungsgesetze, ob bundes- oder landesrechtlich unterfüttert, daraufhin überprüft werden, inwieweit einkommens- und vermögensunabhängige Leistungen tatsächlich zwingend geboten sind. Auch hier müssen wir Mittel auf diejenigen konzentrieren, die wirklich bedürftig sind. Die Gießkanne hat ausgedient. Gezielte Förderung ist angesagt. Soweit das Land betroffen ist, streben wir ein Gesetz zur Entlastung der Kommunen an und wollen den hierzu begonnen Dialog mit den kommunalen Landesverbänden möglichst rasch zu einem positiven Abschluss bringen.

Denken Sie an das Moratorium bei der Abwasserkanalsanierung und ähnliche Themen.

Meine Damen und Herren, auch dieser Haushalt dokumentiert: Es gibt nicht den einen Königsweg, mit dem das strukturelle Defizit des Landeshaushalts behoben werden könnte, ohne dass Einschnitte bei einer Vielzahl von Leistungen notwendig werden, die das Land erbringt, und zwar über alle Einzelpläne des Haushalts hinweg. Wir brauchen mehr Wachstum, das ist unbestritten. Aber ich will jetzt nicht eine bundespolitische Debatte führen, sondern ich will sagen: Auch bei einem dauerhaften und angemessenen Wachstum wird das nicht ausreichen, um das strukturelle Defizit dieses Haushalts zu beheben.

Angesichts der Größe dieser Aufgabe gilt: Kein Bereich kann von vornherein von Anstrengungen ausgenommen werden, auch die Bereiche nicht, die zu Recht landespolitisch hohe Priorität genießen. Denn es kann keinen einzigen Bereich geben, der nicht immer wieder neu daraufhin überprüft werden muss, ob die dort erbrachten Leistungen nicht effizienter und kostengünstiger erbracht werden können, ob die dort erbrachten Leistungen nicht effizienter, bürgernäher erbracht werden können, wenn sie nach unten delegiert werden, ob etlichen Leistungen noch die Bedeutung zukommt, die man ihnen bei ihrer Einführung zugebilligt hat, oder ob manche Leistungen nicht einfach entfallen können, und schließlich, ob etliche Leistungen nicht besser, effizienter und kostengünstiger auch privat erbracht werden können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Hofer FDP/DVP: Eine wohlthuend sachliche Rede im Gegensatz zur vorherigen!)

Manches davon ist mit der Verwaltungsstrukturreform und der Justizreform auf den Weg gebracht. Klar ist aber auch – und das hat unser Kollege Hofer, der ja unser Spezialist bei der Verwaltungsreform war,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So sind wir eben!)

immer wieder gesagt –: Der Beschluss und das Inkrafttreten der Verwaltungsstrukturreform ist kein Endpunkt, sondern eigentlich erst der Anfang dieses Weges der Aufgabenkritik.

Dabei kann es nicht darum gehen, weiterhin rasenmäherartig alles zu kürzen, sondern da müssen wir wirklich Prioritäten und auch Nachrangigkeiten setzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein weiterer Subventionsabbau ist zwingend erforderlich. Meine Damen und Herren, der Subventionsbegriff des Bundes allerdings, der auch dem Finanzhilfbericht des Landes zugrunde liegt, hilft uns da für die Zukunft nicht weiter. Er ist wesentlich zu eng gefasst. Es müssen sämtliche Leistungen und Fördermaßnahmen des Landes auf den Prüfstand.

Trotz aller Schwierigkeiten, deren sich viele leider immer wieder nur bei den Haushaltsberatungen bewusst werden, haben wir keinen Anlass, alles grau in grau oder gar schwarz in schwarz zu malen. Unser Land steht in vielen Bereichen gut da, im Ländervergleich sogar hervorragend.

(Dr. Noll)

Ich möchte Wissenschaft und Forschung nennen. Sie gehören zu den zentralen Aufgabenfeldern, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von entscheidender Bedeutung sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Unsere Hochschulen stehen in Lehre und Forschung immer stark im nationalen und internationalen Wettbewerb.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Und immer auf den ersten Plätzen!)

Die Hochschulreform und die jetzt veränderten Strukturen rüsten unsere Hochschulen für diesen Wettbewerb. Mit dem in der letzten Woche verabschiedeten neuen Landeshochschulgesetz setzen wir diesen Weg konsequent fort.

Leitlinie bleibt, Qualität durch Autonomie und Wettbewerb zu fördern. Dazu gehört aus unserer Sicht auch die Schaffung eines Modells sozialverträglicher nachlaufender Studiengebühren. Wir streiten ja vor dem Bundesverfassungsgericht, damit das Verbot von Studiengebühren fällt. Wir wollen nach einem für uns positiven Urteil die Hochschulen möglichst rasch in die Lage versetzen, Studienentgelte, die selbstverständlich in vollem Umfang den Hochschulen zur Verfügung stehen müssen, festzusetzen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Aha!)

Ich stelle erfreut fest, dass über alle Fraktionen hinweg doch zunehmend die Frage gestellt wird: Warum finanzieren wir eigentlich ein kostenfreies Hochschulstudium für Akademiker, die später durchaus bessere Verdienstmöglichkeiten haben als mit der dualen Ausbildung?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Während wir sonst Kindergartenbeiträge erhöhen!)

Wir verlangen sogar am Beginn der Bildungskarriere, nämlich im Kindergarten, Gebühren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Also auch da, glaube ich, sind ein Stück weit die ideologischen Grenzen aufgebrochen worden.

(Abg. Drexler SPD: Bei der Kopfprämie macht es die CDU aber auch, in der Gesundheit!)

– Zur Kopfprämie sage ich Ihnen noch etwas.

Mehr Qualität durch Autonomie und Wettbewerb gilt auch für die Schulen. Was hier versäumt wird, lässt sich später nur schwer oder gar nicht nachholen.

Wir haben die Unterrichtsversorgung unserer Schulen auf eine stabile Grundlage gestellt. Der Haushaltsentwurf beweist ja: Es bleibt bei den 5 500 zusätzlichen Lehrerstellen. Das war und ist vor dem Hintergrund der Krise der öffentlichen Finanzen ein außerordentlicher Kraftakt. Das beweist aber auch: Wir tun das, was für unsere Schulen angesichts immer noch steigender Schülerzahlen unabdingbar notwendig ist. Das gilt in quantitativer, aber in gleichem Maße auch in qualitativer Hinsicht.

Die Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen, die Herausbildung eigener Profile, der Wettbewerb der Schulen untereinander, die Reduzierung der in den Lehrplänen verbindlich vorgegebenen Inhalte sind Leitziele baden-württembergischer Bildungspolitik.

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit lebenslangen Lernens sind wir dabei, die Erstausbildungszeiten zu verkürzen, den jungen Menschen einen früheren Eintritt in Beruf oder Studium zu ermöglichen. Die Flexibilisierung des Schuleingangs gehört ebenso dazu wie die Einführung des achtjährigen Gymnasiums.

Wir fördern die Schulen in freier Trägerschaft. Alle Schulen profitieren vom Wettbewerb, gerade auch vom Wettbewerb zwischen öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sind da zugegebenermaßen noch nicht am Ziel. Aber wir wollen und werden dahin kommen, die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft schrittweise auf den Kostendeckungsgrad von 80 % der echten Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule anzuheben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wann?)

Basis wird dabei das so genannte Bruttokostenmodell sein, das übrigens im Konsens mit den privaten freien Trägern entwickelt wurde. Das leider immer wieder gehörte Argument, dies würde zunächst einmal zu Mehrausgaben des Landes führen, halten wir für sehr kurzfristig. Denn mittelfristig wird es natürlich zu einer Entlastung kommen.

Adam Riese sagt uns: 80 % sind immerhin weniger als 100 %. Wenn wir Schüler zu 80 % fördern, dann ist das auch unter finanziellen Gesichtspunkten – unabhängig von der Qualität – ein Gewinn für uns.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So einfach ist das! – Abg. Drexler SPD: Dann hätten Sie aber unserem Gesetzentwurf vor drei Monaten zustimmen können! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wann machen Sie das? Wo ist das im Haushalt? Wann beginnen Sie damit?)

– Wir sind in einer krisenhaften Situation. Wir werden – das habe ich Ihnen gerade noch einmal deutlich gemacht – dieses Ziel schrittweise umsetzen. Auch das ist übrigens mit den Verbänden so abgesprochen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und wann beginnen Sie? – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP: Sobald es möglich ist!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle – weil Sie das auch angeführt haben – den Bereich des zweiten Bildungswegs bzw. der Erwachsenenbildung ansprechen. Dieser Bereich unterscheidet sich tatsächlich insofern von den Schulen in freier Trägerschaft – zum Beispiel den Waldorfschulen –, als es da im Wesentlichen gar keine staatlichen Alternativen gibt. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen.

(Abg. Drexler SPD: Zum Beispiel!)

(Dr. Noll)

Dieses bieten also nur die freigemeinnützigen privaten Träger an. Wenn wir diese Argumente aufnehmen, müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um vorhandene Strukturen nicht zu gefährden. Das bedeutet auch – wir haben Gespräche dazu geführt –, dass man sich die unterschiedlichen Formen – Kollegs, Abendrealschule, Abendgymnasium – noch einmal genau ansieht. Man kann nicht von vornherein bestimmte Kürzungen für tabu erklären. Man muss aber andererseits natürlich darauf achten, dass keine Strukturen wirklich massiv gefährdet werden und damit das passiert, was Sie an die Wand gemalt haben:

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Die sind doch schon durch das Haushaltsstrukturgesetz massiv gefährdet!)

dass diese Menschen sozusagen nur noch außer Landes die Chance haben, dem Motto nachzukommen: Kein Abschluss ohne Anschluss! Das müssen wir gerade in diesem Bereich noch einmal genau unter die Lupe nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Die sind doch schon gefährdet!)

In besonderer Weise muss Schule heute auch veränderten gesellschaftlichen und vor allem veränderten familiären Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Im Rahmen des Programms „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ haben wir die Förderung von Betreuungsangeboten rund um die verlässliche Grundschule weiter ausgebaut und ergänzende Betreuungsangebote an Hauptschulen in die Landesförderung aufgenommen.

Die Ganztagschule muss kontinuierlich ausgebaut werden. Allerdings, Herr Drexler –

(Abg. Drexler SPD: Ohne Personal!)

– Nein, nicht ohne Personal. Aber völlig unter Ausschluss, so wie Sie das darstellen, zum Beispiel des Engagements von Vereinen, Musikschulen usw.

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich nicht gesagt! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das sagt niemand!)

wird es nicht laufen. Aber in dieser Form, in der sich Schule auch ein Stück weit öffnet für die Gesellschaft, wollen wir massiv vorankommen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Gerade an Schulen mit besonderen pädagogischen Problemstellungen ist Schulsozialarbeit eine unverzichtbare

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

und, wie man weiß, erfolgreiche Ergänzung der Arbeit der Schule. Wir wollen die Förderung der Schulsozialarbeit durch das Land auch über das laufende Schuljahr hinaus erhalten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Im Übrigen wäre es den Kommunen auch nicht vermittelbar, sie mit einer vom Land initiierten und angestoßenen

Aufgabe drei oder vier Jahre später plötzlich alleine zu lassen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Genau das führt doch zum Verdross bei den Kommunen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

wenn sich das Land immer wieder einmal Dinge überlegt – Jugenquete, Schulsozialarbeit – und nachher die Kommunen das alles alleine schultern sollen. So kann es natürlich nicht gehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wir arbeiten daran, die Bildungschancen von Kindern, und zwar unabhängig von sozialem Status und Herkunft, zu verbessern. Entsprechende Maßnahmen müssen so früh wie möglich ansetzen. Der Kindergarten ist keine Verwahranstalt, sondern ein Ort der Erziehung und Bildung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Also!)

Dabei gilt dem Spracherwerb oberste Priorität; da sind wir uns völlig einig.

(Abg. Drexler SPD: Also! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Wo ist das im Haushalt?)

Ein erster Schritt, Herr Drexler, ist ja getan. Es gibt ein flächendeckendes Angebot von Sprachstandsdiagnosen ein bis eineinhalb Jahre vor Schuleintritt

(Abg. Drexler SPD: Landesstiftung! Freiwillig! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Landesstiftung!)

– über die Landesstiftung – und ein entsprechendes Förderangebot für Kinder mit Problemen in der Entwicklung der Sprachkompetenz.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ab drei Jahren! – Abg. Drexler SPD: Freiwillig! Das muss verpflichtend geschehen!)

– Ja. Warten Sie ab, liebe Kollegin Lösch. Genau da sind wir wieder an dem Punkt, dass ich sage: Wir können die Kommunen bei der Erfüllung des Bildungsauftrags im Kindergarten und schon vor dem Kindergarten nicht alleine lassen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Es wird Ihnen hoffentlich nicht entgangen sein, dass wir im Gegensatz zu Ihnen nicht einfach mehr Geld fordern, sondern das unter anderem durch die Umschichtung eines Programms, das ein großes Volumen in diesem Sozialetat ausmacht, nämlich des Landeserziehungsgelds, mit den Kommunen zusammen finanzieren.

(Abg. Drexler SPD: Da müssen Sie aber noch lange warten! Dann warten Sie bis 2010! – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

(Dr. Noll)

Mit dem Programm „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ hat das Land auch den Einstieg in die Förderung von Kleinkindgruppen vollzogen. Gleichzeitig wird die Infrastruktur des Angebots der Vermittlung und Qualifizierung von Tagesmüttern weiter ausgebaut. Auch da gilt bitte schön: Auch da, wo Ehrenamtliche dieses Angebot erst möglich machen, müssen wir doch sehr genau hinschauen, ob wir mit Kürzungen vergleichsweise geringer Mittel Strukturen kaputtmachen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Deshalb kürzen Sie bei den Tageseltern! – Abg. Drexler SPD: Deswegen kürzen Sie!)

Ich sage Ihnen zu: Auch dies wird Thema unserer Fraktionsklausur sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sind bereit, da die Anstrengungen noch einmal deutlich zu erhöhen. Denn wir glauben, es ist in der Tat so: Es lohnt sich, in andere Länder zu schauen. Was die Bereitschaft und den Wunsch, Kinder zu haben, massiv beeinflusst, ist nicht so sehr die Höhe der finanziellen Transfers, sondern die Frage, ob man Beruf und Familie vereinbaren kann.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig! Das ist der entscheidende Punkt! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Daher denke ich, dass wir mit all dem, was wir in der Familienpolitik tun, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen müssen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Das ist ein unerlässlicher Bestandteil moderner Familienpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Am Rande: Wenn wir die Nachteile des zeitweiligen Berufsausstiegs zum Zwecke der Kindererziehung beklagen und dies nicht akzeptieren wollen, dürfen wir nicht ein Programm wie „Kontaktstellen Frau und Beruf“, in dem mehrere Träger zusammen mit dem Land Angebote machen, gänzlich streichen.

(Zurufe der Abg. Kretschmann und Brigitte Lösch GRÜNE)

– Ich sage ja, wir behalten uns vor, in den Haushaltsberatungen solche Dinge noch einmal auf den Prüfstand zu stellen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Auch im Bereich des Arbeitslebens ist übrigens noch viel zu tun. Da ist nicht allein das Land gefordert. Es müssen Modelle angeboten werden, die Anreize setzen, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Es darf zum Beispiel bei Führungsfunktionen nicht als Nachteil angesehen werden, wenn man aufgrund einer Familienphase teilzeitbeschäftigt ist.

Wir müssen noch mehr tun, um die Qualifikationen zu erhalten und den Wiedereinstieg, zum Beispiel durch die „Kontaktstellen Frau und Beruf“, zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

All diese Anstrengungen tragen dazu bei, die Freiheit der Wahl zwischen zwei unterschiedlichen Lebensentwürfen tatsächlich zu gewährleisten. Eine Beschränkung der Wahl – hier die Rolle als Familienfrau unter Inkaufnahme von dauerhaft nicht mehr aufholbaren beruflichen Nachteilen, dort die berufliche Karriere unter Verzicht auf Kinder – darf es weiterhin nicht geben. Diese Beschränkung darf es nicht geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Verwaltungsreform sind wir uns einig, dass wir das Thema Aufgabenkritik noch sehr viel stärker gemeinsam mit den Kommunen angehen müssen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Stärker? Bis jetzt ist noch gar nichts da!)

Wir werden in Zukunft noch stärker darauf angewiesen sein, dass sich Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich engagieren. Auch dazu sage ich, um es abzukürzen: Überall da, wo wir die Struktur von Verbänden – Landesfrauenrat, Tagesmütter usw. –

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Tageseltern!)

und wo wir bürgerschaftliches Engagement durch die Einsparung vergleichsweise geringer Mittel gefährden, sind wir bereit, die Argumente noch einmal vorurteilsfrei anzuschauen

(Beifall bei der FDP/DVP)

und gemeinsam ein Paket zu schnüren. Denn Schulterklopfen allein nützt dem Ehrenamt nichts.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Da sind wir gespannt!)

Übrigens: Bürger, die sich engagieren und auch mitwirken wollen, werden hoffentlich zur Kenntnis nehmen, dass wir jetzt einen Knopf an das Thema „Mehr Bürgerbeteiligung“ gemacht haben. Wir werden dazu im Frühjahr einen Gesetzentwurf, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, vorlegen.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht von 30 auf 25 %, sondern richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Bei aller notwendigen und ernsthaften Diskussion um die Daten dieses Haushalts sind wir alle gut beraten, uns klar zu machen: Wo stehen wir, wohin wollen wir, und welche Signale geben wir mit diesem Haushalt? Bei der Beantwortung dieser Fragen erhoffen wir uns Hilfe auch von unserer Enquetekommission „Demografischer Wandel“, die uns Hinweise für das Land, für die Kommunen geben kann.

Aber eines muss schon jetzt klar sein – ich bin sicher, die Bevölkerung dieses Landes versteht das –: Wie im privaten

(Dr. Noll)

Haushalt dürfen wir als Staat nicht dauerhaft mehr ausgeben als wir einnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

So einfach ist das. Denn auf Schuldenbergen können Kinder nun einmal nicht spielen.

Ich habe jüngst Altbundeskanzler Schmidt bei Beckmann gehört und gesehen. Er hat mehr Tapferkeit der Politiker angemahnt, hat allerdings hinzugefügt, dass solche Politiker in einer Demokratie bei Wahlen häufig bestraft werden. Aber ich denke, die Botschaft kann nicht nur lauten, dass wir der Bevölkerung so genannte schmerzhaft Einschnitte zumuten. Vielmehr muss es doch auch als Chance begriffen werden, wenn wir Aufgabenkritik mit einem Abbau von Standards und Bürokratie verknüpfen und damit Entlastung und Freiheitschancen für die Menschen im Land schaffen, die nicht etwas unterlassen, sondern etwas unternehmen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Übertragung von Aufgaben an Private ist doch ein Signal an Freiberufler, Mittelständler, Handwerker im Land, dass sich für sie neue Betätigungsfelder, aus denen sich der Staat zurückzieht, eröffnen und damit auch neue Arbeitsplätze entstehen, die gerade der Mittelstand schafft.

(Abg. Drexler SPD: Wo?)

Das ist eine bessere Mittelstandsförderung als jedes Eröffnen irgendwelcher neuer Fördertöpfe.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wo machen Sie das? – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements: Ist es denn nicht ein Signal an unsere Bürgerinnen und Bürger, dass wir ihnen zutrauen, dass sie ihre Angelegenheiten wieder stärker selbst in die Hand nehmen und nicht alles Heil vom Staat erwarten? Ist eine moderne Familienpolitik, die alte Zöpfe abschneidet und Programme auch einmal auf den Prüfstand stellt

(Abg. Kretschmann GRÜNE und Abg. Drexler SPD: Ja dann macht es doch!)

und Eltern einen verlässlichen Rahmen dafür schafft, dass sie mit dem Erziehungsauftrag nicht allein gelassen werden,

(Zurufe der Abg. Kretschmann und Brigitte Lösch GRÜNE)

nicht ein Signal an junge Menschen in diesem Land, das ihnen Mut macht, sich wieder für mehr Kinder zu entscheiden? Diesen Weg, die Krise als Chance zu begreifen, werden wir entschlossen und, wenn Sie so wollen, im Sinne von Altbundeskanzler Schmidt tapfer fortführen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Tapfer! Jetzt nehmen Sie auch schon den alten Schmidt als Kronzeugen für Ihre beschissene Politik! Das hat der Helmut Schmidt nicht verdient, aber wirklich nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann soll er nicht zu Beckmann gehen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Mein Gott, wer geht schon zu Beckmann? Alle!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der von der Landesregierung vorgelegte Haushalt ist ein Dokument der Perspektivlosigkeit und der Unfähigkeit dieser Landesregierung, auf neuen Wegen und mit mutigen Entscheidungen dieses Land voranzubringen.

Herr Finanzminister, Sie haben den Karren, den Ihre Partei ja in den letzten 30 Jahren in den Dreck gefahren hat, noch einmal notdürftig zusammengeflickt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kübler CDU: Oh!)

Aber ein Fahrzeug für die Zukunft, mit dem man aus dem Sumpf herauskommt, ist das natürlich nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ihre ganzen Finanzierungstricks zeigen: Es handelt sich um ein Schiff, das weiter in die Schuldenfalle trudelt, weil niemand weiß, wer eigentlich der Kapitän ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Teßmer SPD: Die haben halt nur noch Leichtmatrosen!)

Der zukünftige Kapitän geht unter Deck,

(Abg. Drexler SPD und Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unter Wasser!)

geht unter Deck spazieren und lässt hier seinen Maat reden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Leichtmatrose! – Abg. Drexler SPD: Hilfsmaat!)

Der Obermaat Noll redet sehr sachlich, an der Sache orientiert.

(Abg. Drexler SPD: Aber vorbei!)

Das muss ich einräumen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Aber bei Ihren Ausführungen denkt man eigentlich, Sie seien in der Opposition.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Man muss Mehrheiten organisieren!)

(Kretschmann)

Anstatt dass Sie den Haushalt, den Sie gemeinsam mit der Union einbringen, erläutern und verteidigen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Habe ich doch!)

kritisieren Sie diesen Haushalt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein!)

Warum bringen Sie ihn dann überhaupt ein?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Um ihn zu verändern! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Herr Scheffold, Sie haben hier noch einmal erläutert, warum die Karre im Sumpf steckt. Was Sie gemacht haben, ist Haushaltskonsolidierung im Konditional:

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Was machen denn Sie?)

Was wäre, wenn jemand anderes regieren würde? Was wäre, wenn wir keinen Länderfinanzausgleich hätten? Was wäre, wenn wir mehr Wachstum hätten? Genau dieser Konditional und der Glaube an dieses „Was wäre, wenn“ sind der Grund, warum wir in dieser Situation sind, nämlich weil Sie sich nicht den Realitäten stellen, wie sie sind, sondern sie sich so hindrehen, wie Sie sie sich wünschen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der erste Teil Ihrer Rede war ein reines Wolkenkuckucksheim. Es gibt nun einmal einen Länderfinanzausgleich. Wir sind nun einmal an der Regierung, und wir haben das Wachstum, das wir haben, und das wird sich in Bälde auch nicht groß verändern. Das sind die Tatsachen. Die erste Grundlage der Haushaltspolitik heißt, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Scheffold?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein. Jetzt fange ich erst einmal zu reden an.

(Abg. Drexler SPD: Er hat ja noch gar nicht gesprochen! – Gegenruf des Abg. Dr. Scheffold CDU: Aber er hat schon so viel gesagt! – Abg. Drexler SPD: Das ist die Qualität! – Heiterkeit – Lebhaftige Unruhe – Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Scheffold hat viel geredet und nichts gesagt!)

Dass es so nicht weitergehen kann, ist klar. Teufel hinterlässt einen noch nie da gewesenen Schuldenstand von 40 Milliarden € – das ist mehr als das Volumen des Haushalts – und einen noch nie da gewesenen Berg von Pensionsverpflichtungen mit einem Barwert von 80 Milliarden €, für die Sie in 30 Jahren keine Vorsorge getroffen haben. Sie haben steigende und erschreckende Personalkosten, allein mit einer Steigerung von 6 % bis September im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Der Finanzminister kann nur noch durch Substanzverkäufe und Schattenhaushalte formal die Verfassungsmäßigkeit des

Haushalts herstellen. Sie ist tatsächlich nur formal gegeben, weil man natürlich die verdeckten Schulden, etwa durch die Verkäufe der Zinserwartung der LBBW, nicht dazuzählt. In Wirklichkeit sind das natürlich Schulden, die nur woanders liegen. Deswegen ist der Haushalt in Wirklichkeit eigentlich nicht mehr verfassungsgemäß, sondern nur noch formal verfassungsgemäß. Bemerkenswert hat dies eine Ratingagentur, die gerade Ihr Kreditrating heruntergestuft hat, was uns die Verpflichtung zu höheren Zinszahlungen bringen wird. Das haben Sie übrigens mit keinem Wort in Ihrer ganzen Rede erwähnt. Das sind nun objektive Maßstäbe von außen, und denen müssen Sie sich stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das heißt, das alles sind Anzeichen einer Abwärtsspirale, und das bedeutet eine reduzierte Bonität, höhere Schuldzinsen, eine noch größere Schuldenlast, ja noch mehr Schulden. Sie haben so schön gesagt: Der Hauptgrund für die Schulden sind die Schulden.

(Abg. Drexler SPD: Das ist eine schöne Formulierung!)

Die Kreditaufnahme reicht ja nicht mehr aus, um die Schuldzinsen des Landes zu bezahlen. Wehe, wenn die Zinsen steigen. Dann kracht das Kartenhaus vollends zusammen. Und wo ist Oettinger in einer solchen Situation? Unter Deck. Das muss man sich einmal vorstellen!

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist peinlich!)

Derjenige, von dem jetzt alle im Land und im Haus darauf warten, welche Akzente er im Haushalt nach seiner Kandidatenkür, bei der er ja Versprechungen ohne Ende gemacht hat, setzt, fehlt einfach.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist echt unglaublich!)

Aus der Haushaltsstrukturkommission, in der er Mitglied ist, kommt kein einziger substanzieller Vorschlag zur Änderung der Strukturen, die uns in diese Situation geführt haben. Man spricht ja vom Königsrecht des Parlaments. Wir hätten das. Jetzt ist der Fraktionschef der stärksten Fraktion zugleich designierter Ministerpräsident. Jetzt besteht also nicht mehr die Situation, in der er sagen muss: Ja, wir müssen unserer Regierung den Rücken freihalten. Jetzt könnte er wirklich einmal zeigen, was das Parlament kann, und die Akzente setzen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist sehr durchsichtig!)

Wo ist er? Gar nicht da.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Er muss nachdenken!)

Dabei dürfte er nicht in die Fußstapfen seines Vorgängers Teufel treten, nicht weil ihm die zu groß oder zu klein sind, sondern weil sie in eine falsche Richtung gehen. Die Verschuldung des Landes betrug beim Amtsantritt von Teufel 40 Milliarden, und sie beträgt bei seinem Abgang wieder 40 Milliarden, nur damals in D-Mark und jetzt in Euro.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

(Kretschmann)

Das hinterlassen Sie dem Land, Herr Ministerpräsident Teufel.

(Abg. Hauk CDU: Das ist das, was Rot-Grün in zwei Jahren hinterlassen hat! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Keine Ahnung! Sie haben keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Die Landesschulden sind über viele Jahre schneller gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Deswegen sind wir in dieser Situation. Sie haben offensichtlich resigniert, nachdem Sie in den letzten Haushaltsberatungen noch vollmundig die Nullverschuldung angekündigt haben.

Was brauchen wir? Wir brauchen ein strategisches Konzept, das den Trend der letzten Jahre bricht. Das bedeutet ganz konkret: Das Ausgabenwachstum darf lediglich 0,7 % im Jahr betragen. Das muss die Peilung sein. Das bedeutet gegenüber den letzten Jahren: Wir bekommen die strukturelle Haushaltslücke von 3 bis 4 Milliarden € nur dann in den Griff, wenn wir jedes Jahr 300 bis 400 Millionen € strukturell einsparen, also Einsparungen vornehmen, die dauerhaft sind.

(Beifall bei den Grünen)

Da die Hälfte des Haushalts Personalkosten sind, wie wir alle wissen, haben wir gesagt: Das entspräche 20 000 Stellen, die wir streichen müssen oder durch andere Maßnahmen ersetzen müssen, nämlich eine Umstrukturierung des ganzen öffentlichen Dienstes. Das ist also nur eine Maßzahl. Das müssen wir machen und zugleich strategiefähig bleiben – das ist die Herausforderung –, indem wir Prioritäten setzen für Bildung und Forschung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die ökologische Modernisierung dieses Landes.

Herr Oettinger meinte nun, er müsste das toppen, und sprach von 30 000 bis 40 000 Stellen. Wo sind die Vorschläge, wie man zu diesen Einsparungen kommt? Sie sind nicht vorhanden,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das geht nicht von heute auf morgen!)

genauso wenig wie Herr Oettinger selber in dieser Debatte.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mit dieser Art, fette Luftballons steigen zu lassen und zu hoffen, dass sie hinter dem Horizont verschwinden und

(Abg. Fischer SPD: Sie niemand mehr sieht!)

niemand darüber redet, kommen wir jedenfalls nicht zu einer Konsolidierung des Haushalts.

Heute ist der Zeitpunkt da, zu sagen: Wo sollen die Stellen gestrichen werden, in welchem Zeitraum, in welchen Bereichen, mit welchen Veränderungen bei Organisation und

Aufgaben? Wir können ja nicht Stellen streichen ohne Aufgabenkritik

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

und Aufgabenreduktion. Was sagt Herr Oettinger dazu? Nichts!

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Drexler und Fischer SPD)

Der Finanzminister hat ja preisgegeben, wie er seinen Haushalt versteht: als einen Brückenhaushalt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Brücken? Krücken! – Abg. Drexler SPD: Wohin?)

Auf meine Zwischenfrage, wohin die Brücke führen soll, sagte er dann: „Die Brücke wird nach der gewonnenen Landtagswahl in eine gute Zukunft führen.“ Genau das ist es: sich bis zur nächsten Landtagswahl

(Abg. Drexler SPD: Durchwursteln!)

wieder durchmogeln, über die Runden retten, möglichst viele wolkige Formulierungen verwenden, großspurige Ankündigungen machen, die nachher im Orkus verschwinden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hauptsache, sie verschwinden!)

Das ist Ihre Politik, mit der Sie versuchen, Mehrheiten in diesem Land zu gewinnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Oettinger sagt jetzt auf einmal: „Stopp der Verschuldung in meiner Generation“.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Schön!)

Was bitte soll denn das heißen?

(Abg. Drexler SPD: 2030!)

Was soll denn das für ein Zeitraum sein, wenn wir ihm doch wohl ein langes Leben wünschen?

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hauk CDU: Immerhin!)

Mit solchen wolkigen Formulierungen kann man gewiss keine Strukturen verändern. Wir müssen an die Strukturen herangehen. Die notwendigen Veränderungen werde ich Ihnen jetzt vortragen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber nicht mit der Axt!)

Wir meinen, dass es angesichts der dramatischen Haushaltslage vertretbar ist, die Pensionen der Ruhestandsbeamten ein Stück weit zurückzunehmen. Wir sehen uns gezwungen, die Streichung der 13. Monatspension der Pensionäre vorzuschlagen. Dabei wollen wir eine soziale Komponente berücksichtigen. Unser Vorschlag geht dahin, die 13. Monatspension für die Beamten des höheren und des gehobenen Dienstes entfallen zu lassen und für die Besoldungsgruppen darunter beizubehalten.

(Kretschmann)

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So viel zum Thema Verlässlichkeit!)

Das gibt eine nachhaltige Entlastung der Pensionslawine um ca. 8 %. Das ist nun einmal gerade nicht wenig und hat einen Barwert von etwa 6 Milliarden €. Ohne solche Maßnahmen können wir die Handlungsfähigkeit der Politik nicht erhalten.

Oettinger macht genau das Falsche. Sie wollen das Weihnachtsgeld der jungen Beamten drei Jahre lang aussetzen. Das ist genau das Gegenteil dessen, was Oettinger groß und vollmundig verkündet hat: Wir müssen mehr für die jungen Beamten tun

(Abg. Fischer SPD zur CDU: Aber ihr tut es auch dort nicht!)

und bei den Pensionären etwas abschmelzen. Nun wird von Ihnen das Gegenteil gemacht. Das ist reiner Klientelismus.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Deswegen geht es um ein Gesamtkonzept!)

Zweitens: Wir schlagen aus Gründen der Entschärfung der Pensionslasten vor, dass Lehrer in Zukunft nicht mehr als Beamte, sondern nur noch als Angestellte eingestellt werden,

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

da wir weitere, zusätzliche Lehrer brauchen. Der Rückgang der Schülerzahl beginnt ja erst später. Dies ist Bestandteil unserer Schulreform: Wir wollen eine Schule für alle bis zur neunten Klasse; ich werde darauf später noch eingehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist absolut rückschrittlich!)

Dann können wir die Besoldung für den gesamten Sekundarstufenbereich I an den Gymnasien um eine Gehaltsstufe senken. Damit können wir die Umstellung von Beamten auf Angestellte weitgehend finanzieren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das kostet uns ja mehr Geld!)

Drittens wollen wir ein leistungsorientiertes Besoldungssystem, wenn die Föderalismuskommission zum Erfolg führt. Eigenverantwortung und Motivation müssen gestärkt werden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Auch Sie sagen „wenn“! Also können wir es jetzt noch gar nicht machen!)

Wir brauchen mehr Durchlässigkeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Dazu gehört auch die Wahl in Führungsfunktionen auf Zeit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Kollege, auch Sie haben es konditioniert!)

– Kollege Noll, ich bin in der Föderalismuskommission und tue etwas dafür, dass das so kommt. Das können Sie schon glauben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja! Dafür danken wir Ihnen!)

Viertens: Jetzt kommen wir zur Eigenheimzulage. Wir brauchen eine mutige Aufgabenkritik. Das kann nur heißen, dass die Eigenheimzulage gestrichen werden muss, weil sie im Kern aus nichts anderem besteht als aus Mitnahmeeffekten für diejenigen, die ohnehin Wohnungen bauen können. Herr Oettinger hat sich jetzt positioniert, allerdings je nach Zeitung unterschiedlich. Mal will er sie nur abschmelzen; in der Sendung „Sabine Christiansen“ hat er gesagt, sie müsse erhalten werden, damit „die sozial Schwachen“ Wohnungen bauen könnten. Das muss man sich einmal vorstellen!

(Lachen bei den Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Übermorgen im Bundesrat schlägt die Stunde der Wahrheit. Wollen Sie jetzt an solche Subventionsstrukturen heran oder nicht? Wir sprechen hier in einer Übergangsphase nämlich immerhin von einem Betrag in Höhe von 500 Millionen € in acht Jahren für das Land. Setzen Sie sich also übermorgen im Bundesrat dafür ein, dann setzt die Entspannung für den Landeshaushalt sofort ein, schon im nächsten Jahr.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Nächster Punkt: Aufgabenkritik in der gesamten Wirtschaftsförderung. Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg muss wettbewerbsfähig bleiben. Das ist die Grundlage auch für das Steueraufkommen und für die Aufgabenerfüllung durch das Land. Nur meinen wir, dass sich die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit in zwei verschiedenen volkswirtschaftlichen Ebenen entscheidet: In der einen, bezogen auf das einzelne Unternehmen, geht es um den wettbewerbsfähigen und in der anderen, der staatlichen Ebene, um den vorwettbewerblichen Bereich. Zum ersten Bereich gehören Verkauf, Marketing, Produktentwicklung zur Serienreife, alles, was mit Produktion und Verkauf zu tun hat. Zum zweiten Bereich gehören Grundlagenforschung, Bildung, Qualifizierung, kurz gesagt: Schulen, Hochschulen, Forschung, lebenslanges Lernen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! So ist es auch richtig!)

Wir sind der Ansicht, dass sich der Staat aus dem ersten Bereich zurückziehen muss, und wir sind der Auffassung, dass wir unsere Anstrengungen im zweiten Bereich, nämlich der Bildung, deutlich verstärken müssen.

Herr Baumann, der Präsident der IHK Stuttgart, hat es dieser Tage deutlich gesagt. Ich zitiere wörtlich:

Die Unternehmen erwarten von der Politik neue Ansätze zur individuellen Förderung der Schüler und zur Lehrerweiterbildung.

Das kann ich nur unterstreichen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, also!)

Wir sollten uns ernsthaft die Frage stellen, ob nicht im Interesse einer verbesserten Effizienz der Wirtschaftsförderung im gerade genannten Sinn das Wirtschaftsministerium aufgelöst werden sollte. Sein Etat umfasst gerade noch ein Fünfundsechstel des Landeshaushalts.

(Kretschmann)

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wie bitte? – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Es gibt aber noch kleinere Ministerien! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das Landwirtschaftsministerium!)

Es ist völlig absurd, dafür ein eigenes Ministerium zu haben. Die Wirtschaftsförderung ist bei der L-Bank in guten und besten Händen, und das, was man bei Betriebsjubiläen machen muss – Reden hören, Kontakte im Ausland knüpfen und Ähnliches –, könnte ein ehrenamtlich tätiger Staatsrat aus der Wirtschaft genauso gut machen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drexler SPD: Aber nicht so ein Staatsrat mit Äpfeln! – Abg. Schmid SPD: Das macht Herr Döring nebenbei! – Heiterkeit bei der SPD)

Es gibt aber auch große Posten: Der Landesanteil von 250 Millionen € auf einen Schlag für den Bau der neuen Messe ist die zehntgrößte Subvention des Landes Baden-Württemberg. Messen zu bauen gehört nicht zu den Kernaufgaben des Landes, und was wir im deutschen Messewesen haben, ist ein ruinöser Subventionswettbewerb: immer größer, immer teurer.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Der Industrieökonom Robert von Weizsäcker hat kürzlich in einem Beitrag in der FAZ die Fakten benannt:

Seit 1998 ist die vermietete Ausstellungsfläche in Deutschland um 6 % zurückgegangen. Gleichzeitig wurden die Hallenkapazitäten um 13 % ausgebaut. Im Jahr 2002 wurden in Deutschland 109 Messen angekündigt. Jede fünfte wurde schon vor Beginn wieder abgesagt.

Ich sage Ihnen: Wir werden unter enormen Druck kommen und noch mehr als bisher die Defizite und Folgekosten zu tragen haben. Die Schuldzinsen haben wir schon. Das Gleiche gilt übrigens für die Stadt Stuttgart. Sie tragen dafür die Verantwortung, dass Sie ein neues Subventionsloch mit diesen Folgekosten aufmachen, das die zukünftigen Haushalte wieder enorm belasten wird.

(Beifall bei den Grünen)

Ich komme aus aktuellem Anlass zum Thema Energiepolitik.

(Abg. Drexler SPD: Oje!)

Wir haben die betreffenden Fragen mit den OEW ja schon diskutiert. Ich stelle an Sie als Vertreter der Union jetzt einfach die Frage: Wollen wir eine Energiepolitik in diesem Land machen, die sich um die Monopole kümmert – um die vier Monopolunternehmen, von denen eines die EnBW ist; wir wissen, dass die Erwartungen, die wir in Bezug auf einen liberalisierten Strommarkt hatten, nicht erfüllt worden sind: die EnBW erhöht wieder die Preise –, wollen wir uns um die Monopole kümmern – hier geht es schließlich um sehr viel Geld, um Beträge von einer halben Milliarde –, oder wollen wir ein strategisches Bündnis mit unseren Städten und Gemeinden schließen, mit ihren Stadtwerken und dem Mittelstand? Das ist die Entscheidung, um die es hier geht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wollen wir Geld in die EnBW stecken – Herr Ministerpräsident, Sie haben ja hier treffend gesagt: „Was weg ist, ist weg“ –, machen wir weiter diese Luftnummer, oder gehen wir in das strategische Bündnis mit den Kommunen? Was meint Oettinger dazu?

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Es gibt hervorragende Beispiele für eine dezentrale mittelständische Energiewirtschaft, etwa das der Stadtwerke Schwäbisch Hall, die heute über 50 % des Stroms und der Wärme, die in der Stadt verbraucht werden, aus zehn Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen liefern. In Baden-Württemberg gibt es fast 80 Städte dieser Größenordnung, dazu kommen die Großstädte. Was wir brauchen, ist eine strategische Kooperation mit den Kommunen und ihren Stadtwerken, um eine kommunale und mittelständische Energieversorgung aufzubauen.

(Beifall bei den Grünen)

Die Stadtwerke Schwäbisch Hall haben übrigens der EnBW angeboten, auf dem Gelände in Obrigheim ein GuD-Kraftwerk mit einer Leistung von 400 Megawatt zu errichten. Die EnBW hat das abgelehnt –

(Abg. Sakellariou SPD: Unglaublich!)

so viel zum Erhalt des Energiestandorts Baden-Württemberg mit der Politik, die Sie gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Darum, Herr Oettinger,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der ist doch immer noch nicht da!)

müssen wir uns kümmern und nicht um die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken. Wir müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine kommunale mittelständische Energieversorgung verbessern, etwa beim Anschluss- und Benutzungszwang für die Kommunen. Das kostet kein Geld. Dazu müssen wir nur die Gemeindeordnung ändern, damit eine solche Versorgung den Kommunen auch dann möglich ist, wenn sie von überörtlichem Interesse ist – und das trifft ja auf den Klimaschutz nun wirklich zu.

(Beifall bei den Grünen)

Ich komme zu weiteren Strukturänderungen und möchte einmal drei Modernisierungslücken nennen. Bayern hat durch frühzeitigen Personalabbau und dadurch, dass es die Einnahmen aus Barverkäufen in die Schuldentilgung gesteckt hat, heute lediglich eine halb so hohe Pro-Kopf-Veranschuldung wie Baden-Württemberg. Das geht – Stichwort Landesstiftung – noch einmal an Ihre Adresse.

Ein anderes Beispiel: Das Land Schleswig-Holstein hat die Kulturförderung konzeptionell neu geordnet. Dort wird nicht mehr mit der Gießkanne gearbeitet, sondern es gibt ganz klare Schwerpunktsetzungen. Darauf warten wir hier seit langem.

(Beifall bei den Grünen)

Auch da ist ein Neustart überfällig, Herr Oettinger.

(Kretschmann)

Das Land Hessen ist uns bei bestimmten Reformvorhaben in der Verwaltung gute fünf Jahre voraus. Ich nenne das Stichwort „Reform der Hochbauverwaltung“. In diesem Bereich hat Hessen 20 % der Stellen eingespart. Auf Baden-Württemberg übertragen wären das fast 500 Stellen. Sie haben es letzte Woche im Plenum abgelehnt, dass auch der neue Landesbetrieb „Vermögen und Bau Baden-Württemberg“ eine Effizienzrendite von 20 % erbringen muss, wie Sie sie den Kommunen im Rahmen des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes aufs Auge gedrückt haben. So machen Sie Politik, um den Haushalt zu sanieren. Ihre Devise ist: einfach weggucken und weitermachen wie bisher. Sie trauen es sich nicht zu, die Effizienzrendite, die Sie anderen zumuten, in der eigenen Verwaltung zu erbringen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD – Abg. Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr! Herr Kretschmann, in den letzten zehn Jahren haben wir doch bereits 20 % erbracht! Das haben wir doch schon!)

So ist es haargenau: Sie haben unseren Antrag abgelehnt.

Was natürlich nicht geht, ist, durch Haushaltskürzungen nach dem Rasenmäherprinzip Strukturen zu zerschlagen, so, wie Sie es dauernd machen.

(Abg. Drexler SPD: 8 000 €!)

Mit Kürzungen von Klein- und Kleinstbeträgen wird die Arbeitsfähigkeit von Initiativen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern gefährdet. Was Sie hier machen, ist doch angesichts der Herausforderungen durch den demografischen Wandel vollkommen verantwortungslos. Wir brauchen Werte für den Werktag und nicht nur Werte für den Feiertag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es hat doch keinen Sinn, ständig das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu loben, gleichzeitig aber mit jedem neuen Haushalt die Grundfinanzierung um weitere 10 % zu kürzen – so lange, bis die Strukturen kaputtgehen. Ein Beispiel ist der Landesfrauenrat, wo Sie durch Kürzungen von Kleinstbeträgen in der Größenordnung von 8 500 € – das muss man sich einmal vorstellen – eine ehrenamtliche Struktur kaputtmachen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Abwarten! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Warum machen Sie es denn erst?)

Ähnliches haben wir bei Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, und die Schulsozialarbeit ist davon ganz zentral betroffen.

Bei der Streichung der Förderung der Übungsleiter der Sportvereine müssen Sie jetzt schon zurückrudern.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Warten Sie doch mal ab! – Abg. Drexler SPD: Rudern gehört auch zum Sport!)

Ich sage Ihnen: Da stimmen die Strukturen nicht. Warum stimmen sie nicht? Sie kürzen bei Institutionen und Projek-

ten immer mehr mit dem Rasenmäher. Das heißt, die Regelförderung wird immer stärker abgesenkt. Dagegen werden in der Landesstiftung ständig neue Projekte generiert,

(Abg. Drexler SPD: Ehrenamtspreis!)

die in drei Jahren natürlich vor demselben Problem stehen, wenn Sie das da auch machen. Das ist eine völlig verfehlt Politik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Jetzt komme ich zu den Kommunen.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Alle Politik ist am Ende lokal, wie wir wissen, weil die Probleme nun einmal örtlich verschieden sind. Herr Finanzminister, Sie sanieren Ihren Haushalt auf Kosten der Kommunen. Haben Sie sich eigentlich einmal die Frage gestellt, was es bedeutet, wenn Mittel für die Kommunen von Ihnen als Steinbruch benutzt werden?

(Widerspruch des Abg. Dr. Scheffold CDU – Abg. Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr! Vergleichen Sie mal brutto und netto! – Abg. Schneider CDU: Krokodilstränen!)

Haben Sie einmal erläutert, was das bedeutet?

(Unruhe)

Reden Sie einmal mit den Kommunen, was das bedeutet. Es bedeutet dasselbe wie das vorhin Genannte: Sie müssen Institutionen schließen, die zum Beispiel auch für die Bildung sehr wichtig sind. Ich nenne einmal die Musikschulen. Wir wissen heute aus der Hirnforschung – Frau Kollegin Schavan wird das bestätigen –, dass frühkindliche Musikerziehung das Beste ist, was man zum Wecken von Begabungen machen kann.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: In der Tat! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Sehr einverstanden!)

Bei Gemeindebüchereien ist es genau dasselbe. Wie wollen Sie es hinbekommen, dass unsere Kinder wieder mehr lesen, wenn Sie das bei den Gemeinden auflaufen lassen?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Singen! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und sich bewegen!)

Wenn diese Sachen auflaufen und zweitens die Initiativen, die die Gemeinden durchführen und an die das bürgerschaftliche Engagement angedockt ist, eingestellt werden, dann kommt das nicht mehr wieder. Wissen Sie, was das bedeutet? Mit kleinen Eingriffen viel kaputtmachen. Das ist genau das, was es bedeutet. Deswegen, finde ich, geht das, was Sie da mit den Kommunen tun, überhaupt nicht. Sie lassen die Kommunen gerade in dem Bereich, der für das kommunale Selbstverständnis wichtig ist, an die Wand fahren.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Widerspruch des Abg. Dr. Scheffold CDU)

(Kretschmann)

Ich sage Ihnen: Wir sind nicht bereit, mit die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Sie 30 Jahre lang eine solche Finanzpolitik machen und die Kommunen jetzt an die Wand fahren lassen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Allerdings können wir natürlich in der jetzigen Situation auch keinen vollständigen Ausgleich vornehmen. Wir schlagen deswegen vor, dass die 90 bis 100 Millionen € aus der Kürzung der 13. Monatspension dazu benützt werden, um die Eingriffe in die FAG-Masse, die Sie planen, zu reduzieren. Wir schlagen vor, das Landeserziehungsgeld in Stufen von jetzt 30 Millionen € ansteigend auf 80 Millionen € umzuwidmen, damit wir die Ziele der Kleinkindbetreuung erreichen können, die die Kommunen vornehmen müssen. Denn auch das gehört zur strategischen Aufstellung des Landes: endlich etwas dafür zu tun, dass wir die Frauen wieder ermutigen, Kinder zu bekommen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und die Männer! –
Abg. Hauk CDU: Auch die Männer! – Abg. Stichelberger SPD: Gerade die Männer!)

Das ist das A und O. Wir müssen Prioritäten setzen. Diese müssen wir in der Betreuung setzen. Aber über Prioritäten zu reden ist immer leicht. Schwierig wird es bei den Posterioritäten. Das heißt, das geht nur, wenn wir das Landeserziehungsgeld umwidmen. Anders ist das nicht zu finanzieren.

(Beifall bei den Grünen)

Auch die Mittel, die durch Streichung der Eigenheimzulage gewonnen würden, könnten wir den Kommunen zuschlagen. Wir wollen die Förderung der Schulsozialarbeit beibehalten. Wir werden zur Gegenfinanzierung Anträge zum Haushalt einbringen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir wollen die Kommunen insbesondere von weiteren Aufgaben entlasten.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Jetzt komme ich noch einmal zur Schulpolitik. Auch die Schulpolitik hat nicht nur einen pädagogischen, sondern auch einen fiskalischen Aspekt. Das Großartige ist: Beides fällt zusammen. Wenn wir jetzt eine neue Schulpolitik machen, nach der wir unsere Kinder länger gemeinsam unterrichten, dann tun wir das Beste, was wir für sie tun können, nämlich alle Kinder nach ihrer individuellen Fähigkeit auszubilden und damit aufzuhören, sie auszusortieren. Wenn wir zum Beispiel das Sitzenbleiben abschaffen, bedeutet das schon einmal die Einsparung von 1 000 Lehrerstellen.

Wir haben aber schon heute 300 Minihauptschulen mit weniger als 60 Schülern. Das können wir uns nicht leisten. Sie werden sich bei der demografischen Entwicklung – bis 2020 verlieren wir 250 000 Schüler – dieses dreigliedrige Schulsystem überhaupt nicht mehr leisten können.

(Abg. Hauk CDU: Wollen Sie die Schulen im ländlichen Raum gänzlich aufgeben?)

Deswegen gehört das zu den ganz zentralen Strukturen, die geändert werden müssen, damit wir für unsere Kinder das Beste machen – und daneben auch für unseren Haushalt.

(Beifall bei den Grünen)

Dasselbe gilt für den Ausbau der Ganztagschulen, für eine Kinderbetreuung im Kindergarten, die einem Bildungsauftrag folgt, letztlich mit dem Ziel, das Herr Oettinger ja auch genannt hat, das letzte Kindergartenjahr unter Umständen verpflichtend zu machen. Aber auch das ist nur ein Luftballon. Es wird nicht gesagt, welche Konzeption dem zugrunde liegen soll.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und vor allen Dingen, welche Finanzierung!)

Es wird nicht gesagt, wie es finanziert werden soll. So geht es nicht weiter, Herr Oettinger.

(Beifall bei den Grünen)

Wir können, was die Bundespolitik betrifft, aber auch Vorschläge machen, wie wir sehr viele Stellen einsparen. Jetzt machen wir den Tausch zwischen der Versicherungsteuer und der Kfz-Steuer. Wenn die Kfz-Steuer wegfällt bzw. auf die Mineralölsteuer umgelegt wird, können wir mindestens 600 Stellen einsparen, haben aber denselben ökologischen Effekt. Es hat doch keinen Sinn, wieder Luftballons über eine Pkw-Maut steigen zu lassen, ohne zu sagen, was das bedeutet. Davon haben wir nichts. Erst einmal heißt es Abschaffung nach Tausch, Umlegung auf die Mineralölsteuer, dann sammeln wir damit Erfahrung und können uns schließlich auch seriös über eine Pkw-Maut unterhalten. Vorher ist das ein Luftballon.

(Beifall bei den Grünen)

Lassen Sie mich zum Schluss, Herr Finanzminister, noch Folgendes sagen. Wir müssen auch auf der Einnahmeseite etwas machen. Sie haben in Ihrer Rede in Bezug auf die Steuerhinterziehung von der „Abwanderung in illegale Verhaltensweisen“ gesprochen. Das klingt so, als sei Steuerhinterziehung etwas Ähnliches wie ein Grundrecht auf Freizügigkeit. Ich würde doch etwas klarere und deutlichere Worte von Ihnen erwarten, ähnlich hart wie die, die Sie auf anderen Gebieten gern benutzen.

Es ist klar: Bei den massiven Steuerausfällen, die wir haben – bei den Umsatzsteuern schätzungsweise 20 Milliarden € –,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber den Steuerrahmen machen Sie im Bund!)

aber auch mit Blick auf die Kapitalerträge geht es nicht anders, als dass Sie neue Leute in den Finanzämtern einstellen. Wenn Sie 500 Leute einstellen, bringt das 500 Millionen €.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wie rechnen Sie das? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Jeder bringt eine Million! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Machen Sie lieber einfachere Steuergesetze!)

(Kretschmann)

Wie können wir das rechnen? Wenn wir auf eine Steuererklärung umstellen, die nur alle zwei Jahre abgegeben werden muss, können wir etwa 2 900 Stellen einsparen. Das ist erstens eine Dienstleistung für den Bürger, und zweitens können wir von diesen 2 900 Stellen 500 Stellen für Betriebsprüfungen einsetzen. Dann kommen wir zu den 500 Millionen und tun etwas für die Kasse. Wir tun aber auch etwas für das Gerechtigkeitsempfinden in diesem Land, wenn erkennbar wird, dass auch die, die viel Steuern zahlen müssten, diese Steuern tatsächlich auch bezahlen, und man nicht nur den kleinen Leuten das Geld wegnimmt, während man die anderen laufen lässt. Das geht so nicht weiter, und da sind Sie gefragt.

(Beifall bei den Grünen)

Ich habe unsere Strukturmaßnahmen, die wir schon nach unserer Sommerklausur vorgeschlagen haben, heute noch einmal erläutert. Alle konnte ich nicht nennen, zum Beispiel die ganzen Umstrukturierungen in der Landwirtschaftsverwaltung. Nur ein Beispiel: Unternehmensflurbereinigungen 30 %, Flurneuordnung 70 %. Es ist nicht Kernaufgabe des Staates, den Bauern ihre Äcker zu sortieren. Das können wir in Zukunft nicht mehr machen. Wenn wir das lassen, bedeutet das eine Einsparung in der Größenordnung von 700 Stellen. Das sind die Strukturvorschläge, die wir brauchen, wenn wir das Verhältnis von Staat, Markt und Bürgergesellschaft neu ordnen. Wir sind mutig an die Strukturen herangegangen, haben Vorschläge gemacht.

(Abg. Hauk CDU: Nur zulasten der Kleinen!)

Wir warten darauf, was Sie dazu sagen, und wir warten darauf, dass der künftige Regierungschef in dieser Richtung einen Neuanfang für dieses Land macht,

(Abg. Drexler SPD: Auch im Haushalt!)

weil wir sonst politikunfähig werden, weil sonst nur die Tatsachen regieren und nicht mehr die Politik regiert.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Tatsachen regieren immer!)

Das kann nicht unser Interesse sein. In erster Linie stehen Sie dafür in der Verantwortung. Den Neuanfang haben wir vermisst. Der, der ihn machen sollte, war überhaupt nicht anwesend – was ich noch einmal in aller Schärfe kritisieren möchte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir bieten Ihnen eine faire und eine konstruktive Opposition an. Aber bei den Versäumnissen und angesichts dessen, was Sie vorgelegt haben, kann dies nur heißen: eine beinharte Opposition.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält der Herr Finanzminister.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Reden der beiden Oppositionsführer haben das Land auch nicht nach vorne gebracht.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Fischer SPD: Er hat „auch nicht“ gesagt!)

Im letzten Jahr habe ich zwischen den beiden Oppositionskulturen unterschieden, habe Herrn Kretschmann dabei gelobt und erklärt, dass Herr Drexler die alte Art der Opposition gemacht hat. Herr Kretschmann, dieses Lob für Sie kann ich heute nicht mehr aussprechen. Sie haben sich Herrn Drexler angepasst.

(Abg. Teßmer SPD: Der will gar nicht gelobt werden! – Abg. Stickelberger SPD: Das Lob wollen wir nicht!)

Herr Drexler, ein Lob muss ich Ihnen aussprechen: Sie waren als Büttenredner beeindruckend. Sie haben wirklich viele Gags gebracht.

(Abg. Drexler SPD: Drei!)

– Nein, Sie haben am laufenden Band Gags gebracht.

(Abg. Drexler SPD: Nein, nein!)

Sie haben aber relativ wenig zum Inhalt gesagt. Eines war ganz typisch: Den Beifall, den Sie bekommen haben, haben Sie nicht für den Inhalt bekommen, sondern für die Kunst Ihrer Rede.

(Abg. Gall SPD: Das wissen Sie doch gar nicht! – Zuruf von der SPD: Logopäde!)

Ich muss das einfach einmal vorausschicken.

Ansonsten haben Sie doch immer Folgendes gesagt: Wir hätten zu viel gekürzt. Sie haben jede einzelne Kürzung kritisiert. Gleichzeitig haben Sie gesagt, wir hätten zu wenig gespart. Wie dies zusammengehen soll, haben Sie uns leider nicht verraten.

(Abg. Drexler SPD: Das sage ich Ihnen gleich! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das war bei uns nicht so pauschal! – Abg. Blenke CDU: Das ist das Geheimnis des Herrn Drexler!)

Sie haben immer wieder gesagt, wir dürften Baden-Württemberg nicht mit anderen Ländern vergleichen, wir seien hier im Landtag von Baden-Württemberg. Dies ist in einer Hinsicht richtig. Aber auf der anderen Seite ist Baden-Württemberg keine Insel, sondern voll in die Bundesrepublik Deutschland eingebunden, ein Teil ihrer Gesellschaft,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Keiner hat es gewusst!)

und gehört vor allem mit zu den Leidtragenden der Politik, die in Berlin gemacht wird. Das müssen wir doch einmal mit aller Deutlichkeit feststellen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Teßmer SPD: Das galt auch vor 1998!)

Ich muss es noch einmal sagen: Unsere Zahlen sind schlecht; das gebe ich ehrlich zu. Aber die Zahlen von 14 anderen Ländern sind halt noch viel schlechter. Auch das muss bei dieser Gelegenheit gesagt werden.

(Abg. Junginger SPD: Mit Ausnahme von Bayern!)

(Minister Stratthaus)

In der Tat haben wir nicht mehr das beste Rating. Aber die anderen 14 Länder haben es auch nicht. Die allermeisten – außer Hessen – haben ein wesentlich schlechteres Rating. Hessen ist auf unserer Ebene, hat allerdings wesentlich mehr Schulden, ist also stärker gefährdet als wir, dieses Rating zu verlieren. Lediglich Bayern hat noch das AAA. Das wollen wir doch auch einmal festhalten.

Vorhin ist gesagt worden, wir würden in drei Jahren 6 Milliarden € Schulden machen. Es ist schlimm, dass wir so viel Schulden machen müssen. Aber das Land Nordrhein-Westfalen wird allein in diesem Jahr 7 Milliarden € Schulden machen. Das muss man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen dürfen.

(Abg. Teßmer SPD: Gerade wie es passt!)

– Ich muss das vergleichen.

Dann muss ich Sie ökonomisch noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Wir haben unter anderem auch deswegen Schulden machen müssen, weil wir in der Tat für Schulen und für Hochschulen mehr ausgeben als alle anderen Länder.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist wahr!)

Es ist auch eine Tatsache, dass wir das beste Lehrer-Schüler-Verhältnis haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist wahr!)

Ich muss Ihnen auch sagen: Als Finanzminister stehe ich dazu. Es ist doch überhaupt keine Frage, dass wir auf der einen Seite Reformen brauchen, damit wir unsere Fesseln sprengen können, dass wir auf der anderen Seite aber nur über Bildung und Forschung in der Lage sind, die Zukunft zu meistern. Deswegen ist es richtig, dort zu investieren.

Unsere Investitionen bringen doch auch Vorteile: dass wir die niedrigste Arbeitslosigkeit haben, dass bei uns unter den Ländern – die Stadtstaaten einmal außen vor gelassen – der höchste Wohlstand herrscht. Das ist eine Tatsache, die kürzlich wieder festgestellt worden ist. All dies ist auch auf unsere Bildungs- und Forschungspolitik zurückzuführen. Deswegen haben wir natürlich auch höhere Steuereinnahmen als die anderen. Aber jetzt kommt's: Die Steuereinnahmen, die das Ergebnis unserer Investitionen sind, werden uns im Länderfinanzausgleich weggenommen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das sind 3,5 Milliarden €, wenn man die Umsatzsteuer noch dazunimmt.

Dann haben Sie vorhin gesagt, wir sollten den Länderfinanzausgleich nicht immer wieder kritisieren, das sei bestehendes Gesetz. Mit der Aussage, es sei bestehendes Gesetz, haben Sie Recht.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Es gibt aber laufend den Drang, den Länderfinanzausgleich noch zu verstärken. Sie wissen, dass zurzeit die Diskussion über den nationalen Stabilitätspakt läuft.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Was die Bundesregierung hierzu vorgesehen hat, würde einen zusätzlichen Länderfinanzausgleich auf Kosten von Baden-Württemberg bedeuten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann müssen wir klagen!)

Deswegen ist es wirklich notwendig, dass wir uns immer wieder dagegen wehren. Wir müssen hier einfach darauf hinweisen, dass der größte Teil unserer Einnahmen durch die Bundespolitik bestimmt wird, dass auch viele Ausgaben durch die Bundespolitik bestimmt werden; ich darf an verschiedene Ausgaben im Bereich der Sozialpolitik erinnern. Darin sind wir eingebunden. Deswegen müssen wir uns mit den anderen Ländern vergleichen dürfen.

Sie haben darauf hingewiesen – das finde ich auch unheimlich gut –, dass das Land Rheinland-Pfalz einen Pensionsfonds habe

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

und wir nicht. Jetzt muss ich Ihnen einmal vorlesen, wie die das machen. In einer Beschreibung des Fonds von Rheinland-Pfalz steht:

Nach einer logischen Sekunde leiht der Fonds alle Gelder, die ihm eingezahlt werden, als Kredit an den Landeshaushalt weiter.

Das muss man sich einmal überlegen! Dieser Fonds wird überall gelobt. In Wirklichkeit ist es eine verdeckte Verschuldung. Ich muss Ihnen sagen, die Bildung – –

(Abg. Schmid SPD: Nein, nein, nein! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Natürlich! Kreditfinanziert!)

– Hören Sie: Ich habe hier diesen Text von Rheinland-Pfalz.

Sie haben übrigens von „tricksen“ gesprochen. Ich kann Ihnen da einmal etwas sagen:

(Abg. Schmid SPD: Fragen Sie einmal den Landesrechnungshof!)

Die haben eine Gesellschaft in den Niederlanden gegründet. Diese hat eine GmbH & Co. KG gegründet, die in einem anderen Land sitzt, und die leihen sich untereinander Geld. Also eines muss ich sagen: Tricksen können die besser als wir.

(Abg. Junginger SPD: Wer schreibt das denn, Herr Minister? – Abg. Teßmer SPD: Wo steht denn das?)

– Das kommt vom Land Rheinland-Pfalz.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Uns interessieren nur Ihre Tricks! Wir sind nur für Ihre Tricks zuständig! – Abg. Junginger SPD: Nennen Sie doch einmal den Absender! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Noch einmal, um das deutlich zu sagen: Ein Fonds für Pensionen hat doch so lange keinen ökonomischen Sinn, wie wir uns verschulden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

(Minister Stratthaus)

Denn weil nun einmal in unserer Gesellschaft die Sollzinsen höher sind als die Habenzinsen,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

würden wir auf der einen Seite für viel Zinsen Geld leihen und es auf der anderen Seite für weniger Zinsen anlegen. Die beste Form der Anlage sind Staatsanleihen. Deswegen kaufen die in Rheinland-Pfalz mit ihrem Fonds ihre eigenen Staatsanleihen. Das ist natürlich lustig. Den Fonds sollten Sie wirklich nicht mehr als Beispiel nennen.

(Zurufe der Abg. Schmid und Schmiedel SPD)

Das könnten wir auch jederzeit machen: Auch wir könnten unsere Schulden auslagern und sie dann zurücknehmen. Ich wollte das nur sagen, weil da immer wieder solche alten Kamellen kommen, die einfach nicht der Wirklichkeit entsprechen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Sie haben vorhin gesagt, wir würden keine gute Integrationspolitik betreiben. Meine Damen und Herren, die niedrigste Arbeitslosigkeit ist die beste Integrationspolitik, die es überhaupt gibt. Das wollen wir bei dieser Gelegenheit auch einmal feststellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Sie haben gesagt, wir hätten nicht genügend Personalkosten abgebaut. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen: Hier mussten wir kämpfen, als Sie noch vor zwei Jahren die Altersteilzeit einführen wollten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Heute wollen Sie – zumindest die Grünen – die Sonderzuwendung, also diese 13. Zahlung, die es in dieser Form gar nicht mehr gibt, den Pensionären streichen. Auf der anderen Seite wollten Sie damals die Altersteilzeit einführen, was viel teurer gewesen wäre.

Übrigens: Sie haben einen schlimmen Fehler gemacht, Herr Kretschmann, weil Sie meinen Brief nicht gelesen haben. Sie haben gesagt, die Personalkosten wären bis September um 6 % gestiegen. Das ist klar. Denn bisher haben wir im Dezember die volle Weihnachtzahlung geleistet. In der Zwischenzeit wird sie gezwölfelt,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

und bis zum September sind bereits Zahlungen in Höhe von neun Zwölfeln angelaufen.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das ist jetzt nicht tragisch. So ein Fehler kann einmal passieren. Nur: Bevor man mit Stentorstimme die anderen verdammt, sollte man erst einmal die Briefe lesen.

Sie haben wieder einmal vorgebracht – ich muss auf solche Einzelheiten eingehen –, zur Finanzierung solle man Rothaus verkaufen. Ich glaube, Rothaus haben Sie schon zehnmal verkauft und verbraucht.

(Zurufe von der SPD: Die ist doch immer noch da!)

– Im Geiste. In jeder Haushaltsrede haben Sie einen Verkauf von Rothaus gefordert.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Eines müssen wir doch mit aller Klarheit sagen: Wenn Rothaus heute an einen Konzern verkauft wird, gibt es zwar auch in zehn Jahren noch „Tannenzäpfle“, aber keine Arbeitsplätze mehr in Grafenhausen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Das ist der Punkt!)

Das wollen wir jetzt einmal mit aller Klarheit hier feststellen. Dies ist auch der Grund, warum wir Rothaus nicht verkaufen werden.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Dieses Unternehmen wird in keiner Weise anders geführt als jedes privatwirtschaftliche Unternehmen. Deswegen wäre es Unsinn, dieses Unternehmen aus strukturpolitischen Gründen zu verkaufen.

Sie haben weiterhin darauf hingewiesen, wir sollten eventuell Anteile an der LBBW verkaufen. Dies hielte ich auch für schlecht und für verhängnisvoll.

(Abg. Schmiedel SPD: Was sagt denn jetzt die FDP?)

Baden-Württemberg – das ist schon unter Ministerpräsident Späth vor vielen Jahren immer wieder gesagt worden – hat eine hervorragende Struktur und ist schlecht aufgestellt, was Dienstleistungen betrifft, zum Beispiel im Bereich Banken und Versicherungen. So war es noch vor zehn, zwölf Jahren. Mit der LBBW haben wir in Baden-Württemberg inzwischen die viertgrößte und bald die drittgrößte Bank Deutschlands. Das hätte vor zehn Jahren kein Mensch für möglich gehalten.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Deswegen ist es richtig, dass diese Bank vom Land mehrheitlich – mit dem Sparkassenverband und der Stadt Stuttgart – gehalten wird.

Wenn Sie „staatlich“ sagen: Diese Bank ist voll dem Wettbewerb ausgesetzt.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Seit dem 17. Juli dieses Jahres gibt es auch die Gewährträgerhaftung nicht mehr. Folglich wird diese Bank auch nicht anders arbeiten können als jede andere Bank. Ich sehe deswegen keinen Grund, da etwas zu machen.

(Lachen des Abg. Schmiedel SPD)

Sie schlagen immer wieder vor, Beamte zu Angestellten zu machen. Meine Damen und Herren, unter rein finanzpolitischen Gesichtspunkten bringt eine solche Maßnahme nichts. Im Gegenteil, es käme zunächst zu einer stärkeren Belastung.

(Abg. Teßmer SPD: Das wissen wir doch auch!)

(Minister Stratthaus)

Wir müssten dann nämlich nicht nur für die Beamten, die in Pension sind und in Pension gehen, die Pensionen zahlen, sondern wir müssten auch die Beiträge zur Rentenversicherung zahlen. Jetzt könnte man natürlich einwenden, ein solcher Weg würde mehr Transparenz schaffen. Darüber würde ich mit mir reden lassen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Aber billiger ist die angesprochene Maßnahme nicht; sie ist zunächst einmal teurer.

(Abg. Teßmer SPD: Das wissen wir doch! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Zunächst einmal!)

– Moment! Jetzt doch noch einmal eine volkswirtschaftliche Betrachtung. Sie sagen laufend, zur Zahlung der Beamtenpensionen seien keine Rücklagen geschaffen. Das ist richtig. Zur Begleichung der Verpflichtungen aus der Rentenversicherung sind aber auch keine Rücklagen geschaffen worden.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch ein völlig anderes System!)

Das heißt, wir haben den gleichen Effekt: Wir haben in jedem Fall ein Umlageverfahren. Die laufenden Pensionen müssen immer aus den laufenden Steuereinnahmen finanziert werden, und die laufenden Renten müssen aus den laufenden Zahlungen an die Rentenversicherung finanziert werden, wobei hier inzwischen auch schon ein Anteil von über 35 % aus Steuern hineinfließt. Insofern ist dieses Argument, glaube ich, nur noch zum Teil richtig.

Darüber, dass man genauer ausweisen sollte, welche Verpflichtungen das Land in der Zukunft hat, sind wir uns einig. Ich habe in der Länderfinanzministerkonferenz den Antrag gestellt, finanzmathematisch auszurechnen – so wie die Bürgschaften in den Bilanzen unter dem Strich ausgewiesen werden –, was es eigentlich bedeutet, dass wir diese Pensionszahlungen leisten müssen. Leider habe ich dafür bisher keine Zustimmung gefunden. Wir überlegen uns, ob wir dies allein für Baden-Württemberg ausrechnen. Aber dann würde uns das wahrscheinlich bei jeder Gelegenheit vorgehalten, einfach weil die anderen keinen entsprechenden Ausweis vornehmen. Dennoch bin ich der Meinung: Man sollte das Ganze ausrechnen, denn es ist keine Frage, dass wir uns auf der einen Seite über das Maß der öffentlichen Verschuldung erregen, dass auf der anderen Seite die Verpflichtungen durch Pensionen und Leistungen zur Rentenversicherung ein Mehrfaches dessen betragen, was die reine Staatsverschuldung ausmacht.

Hier sind noch eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen aufgezählt worden – Hartz zum Beispiel. Der Staatssekretär im Finanzministerium hat gesagt, alle Länder außer Nordrhein-Westfalen würden genauso verfahren wie wir. Nordrhein-Westfalen geht in der Tat etwas anders vor; dieses Land holt das Geld aber auch bei den Kommunen. Wir geben es netto an die Kommunen, während Nordrhein-Westfalen es brutto an sie gibt – Sie können mich beim Wort nehmen und nachfragen – und es anschließend über den kommunalen Finanzausgleich wieder einsammelt. Alle verhalten sich gleich. Im Übrigen ist Herr Clement im damaligen Vermittlungsverfahren – das erkennen sogar der Ge-

meinde- und der Städtetag an – davon ausgegangen, dass es so gehandhabt wird.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Da ist aber die Frage, wie man es netto ausrechnet! – Abg. Schmiedel SPD: Man kann auch beim Netto bescheißen!)

– Das Wort „bescheißen“ ist unparlamentarisch.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

– Ja, ja. Sie würden so etwas nie sagen.

(Abg. Drexler SPD: Aber es trifft die Situation sehr gut!)

Ich muss Ihnen, liebe Frau Dederer, sagen: Das, was Sie sagen, stimmt nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wissen in der Zwischenzeit, dass die Bruttoentlastung keine 133 Millionen € ausmacht, sondern wesentlich weniger. Wir dürften also den Kommunen eigentlich nur weniger überreichen. Sie wissen doch genau, wo die Belastungen von 99 Millionen € herkommen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Ja, die sind sicher!)

Die kommen aus genau dem gleichen Zusammenhang. Die östlichen Länder – zugegebenermaßen die A- und B-Länder –, die in einer anderen Situation sind als wir, haben dem Vermittlungsverfahren nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass sie 1 Milliarde € mehr von der Umsatzsteuer bekommen. Unser Teil an dieser Milliarde sind eben die 99 Millionen €. Also genau in diesem Zusammenhang haben wir hier die Minderung bekommen. Ich muss Ihnen sagen: Sie haben Recht, die Zahlen stimmen nicht; in Wirklichkeit werden wir viel weniger entlastet. Spätestens im Februar wird das Innenministerium in der Lage sein, uns diese Zahlen genauer mitzuteilen.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht mehr auf Einzelheiten eingehen, weil wir ja noch zwei weitere Diskussionen haben werden. Ich muss einfach feststellen: Ich habe leider von den beiden Oppositionsreden heute nichts mitnehmen können.

(Abg. Teßmer SPD: Sie haben ja gar nicht zugehört!)

– Ich habe sehr gut zugehört. Ich habe heute nichts mitnehmen können. Es tut mir Leid. Aber ich hoffe, dass die Abgeordneten der Opposition in den Ausschüssen noch mit ihren genialen Vorschlägen kommen werden. Jeder Vorschlag, der dem Land weiterhilft und realisierbar ist, wird zumindest von mir mit Freude aufgenommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Aber nicht umgesetzt!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Finanzminister, Sie haben wieder genau das Gleiche gemacht: Sie haben dem Parlament nicht erzählt, wie Sie von dieser hohen Verschuldung kurz-, mittel- oder langfristig herunterkommen wollen. Kein Wort da-

(Drexler)

zu. Gleichzeitig haben Sie alle Strukturüberlegungen abgelehnt: Das mit der LBBW geht nicht. Sie könnten aber auch auf einen Anteil von 25,1 % heruntergehen und 2 oder 2,5 Milliarden € erwirtschaften. Selbst darüber denken Sie nicht einmal nach. Über den „Staatsanzeiger“ sagen Sie gar nichts.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist ein gutes Zeichen, wenn er nichts sagt!)

Wenn es bei Rothaus um die Arbeitsplätze geht, könnten Sie das machen, was Sie in den Achtzigerjahren auch gemacht haben, nämlich Rothaus der L-Bank zu verkaufen. So etwas haben Sie ja früher auch schon gemacht. Aber das machen Sie auch nicht. Warum nicht? Zu den Flughäfen haben Sie überhaupt nichts gesagt. Sie wollen offensichtlich nicht an die Privatisierung heran. Damit haben Sie sich selber überhaupt den Weg versperrt, mittelfristig diese hohe Verschuldung des Landes, die uns mit den Zinsen auffressen wird, abzubauen. Das kann ich nur zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Zum Pensionsfonds sagen Sie einfach, die Belastung werde zwar von 2,3 auf 7,4 Milliarden € steigen. So lange dauert das gar nicht mehr. Das ist in 15 Jahren so. Da gehen Sie davon aus, dass das Land mit weniger Beschäftigten trotz des demografischen Faktors so viel erwirtschaften wird, dass Sie eine Verdreifachung der Pensionslast im Haushalt bewältigen können, sage ich einmal. Das ist eine tolle Annahme, die aber durch nichts begründet ist, wenn man die ganzen Szenarien in unserer Beschäftigungssituation heranzieht.

Jetzt will ich noch etwas zur Frage des Länderfinanzausgleichs sagen. Wenn ich richtig informiert bin, ist der Länderfinanzausgleich vor zwei Jahren verändert worden, und Herr Ministerpräsident Teufel hat seine Unterschrift darunter gesetzt. Wir haben immer dazu aufgefordert, zu klagen. Wir haben dauernd gesagt: Klagt, klagt. Dann wurde alles Mögliche gemacht. Dann hat man sich geeinigt. Das Bundesverfassungsgericht hat zur Änderung aufgefordert. Dann kam vor zwei Jahren eine Einigung zustande.

Wenn Sie jetzt wieder sagen, der Länderfinanzausgleich müsse neu verhandelt werden, dann machen Sie es doch. Aber davon den großen Milliardensegen zu erwarten ist nicht angebracht. Ich glaube nicht, dass da eine solche Entlastung stattfinden wird. Wir werden vielleicht ein bisschen hinkriegen. Aber da 11 von 16 Ländern Nehmerländer sind, können Sie sich ausrechnen, wie stark der Drang ist, eine Veränderung hinzubekommen. Das ist nur ein Wolkenkuckucksheim. Ich höre es von der FDP/DVP und von Herrn Pfister. Aber es bringt uns nicht weiter, der Bevölkerung immer zu erzählen, man warte auf eine Änderung des Länderfinanzausgleichs.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber was Recht ist, muss man immer wieder sagen!)

Ich habe nichts von NSI gehört. Herr Finanzminister, wenn man so in den Schulden drinsteckt, hätte man von Ihnen wenigstens etwas zu NSI hören können. Auch dazu haben

Sie nichts gesagt. Das war ein Millionengrab. Ob das nun 150 Millionen €, 200 oder 300 oder 400,

(Abg. Schmiedel SPD: 500!)

vielleicht sogar 500 Millionen € waren, werden wir noch sehen, weil sich dies ja der Rechnungshof jetzt vornehmen und das untersuchen wird.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Universitäten sagen, damit das nicht so arg glanzvoll wird.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Na, na, na!)

Wenn ein Gastwissenschaftler aus den USA nach Konstanz kommt und dort zwischen Weihnachten und Neujahr in die Bibliothek will oder sonst etwas machen will, was in anderen Ländern üblich ist, hängt in Konstanz ein Schild: „Geschlossen“, und zwar deswegen, weil die Universität das Geld für Heizung, Lüftung und Licht nicht hat und einfach die Universität zumachen muss. Ich spreche hier nicht über eine Universität irgendwo in einem dritten Land, ich spreche über Universitäten in Baden-Württemberg – um das einmal deutlich zu sagen –, und Sie stellen sich hier hin und sagen: Wir sind ganz toll aufgestellt.

Der Rechnungshof hat festgestellt, dass der Forschungs- und Lehrbetrieb an manchen Universitäten nur noch mit baulichen Notmaßnahmen weitergeführt werden kann; bei manchen Gebäuden sei ein Zustand erreicht, der eine Schließung notwendig machen würde. Das ist der bauliche Zustand. Wenn ich sehe, dass wir allein einen Grundsaniierungsbedarf von 2,4 Milliarden € haben – Grundsaniierung, nicht die Kür –, dann muss ich Ihnen einfach sagen: Sie haben halt in guten Zeiten, als das Geld da war, es nicht in die Grundsaniierung gesteckt. Die Landesstiftung ist dafür auch eine Fehlkonstruktion, weil sie nur neue Maßnahmen durchführen und das Geld nicht zur Substanzerhaltung verwenden kann. Insofern zeigt sich wieder, dass diese Landesstiftung eine Fehlkonstruktion war. Ich wollte Ihnen nur sagen: Ruhen Sie sich da nicht aus, denn Sie haben da erhebliche Fehler gemacht.

Heute war auch überhaupt noch nicht der Tag, Herr Finanzminister, um unser Konzept vorzulegen. Wir haben über Ihr Konzept gesprochen. Es ist ja schön, dass Sie wenigstens bei dem einen oder anderen Gag aufgewacht sind und mir zugehört haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Vorgeschlagen wird, die beiden Gesetzentwürfe an den Finanzausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:42 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:02 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Türen zu schließen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes – Drucksache 13/3680

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/3825

Berichterstatter: Abg. Birzele

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele als Berichterstatter.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus der Beschlussempfehlung Drucksache 13/3825 können Sie entnehmen, dass ich Ihnen eine redaktionell geänderte Fassung vorgeschlagen habe.

Nach nochmaliger Überprüfung schlage ich Ihnen vor, dass wir die eigentlich nur drucktechnische Formulierung „in der rechten Spalte“ streichen. Es ist nicht Aufgabe des Gesetzgebers, die Drucklegung mitzubestimmen. Dann kann im Druck hinterher immer noch so verfahren werden wie in der gegenwärtigen Form – wo mit linker und rechter Spalte gearbeitet wird – oder wie im Landtagshandbuch.

Meine Bitte lautet also, bei der Beschlussempfehlung jeweils die Worte „die rechte Spalte“ zu streichen. Die gleiche Bitte gilt bezüglich des Änderungsantrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/3876-2.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf und den Änderungsanträgen der Regierungsfractionen, die einerseits bereits im Ständigen Ausschuss eingebracht und dort mehrheitlich verabschiedet wurden und andererseits heute für die fehlenden Wahlkreise vorliegen, genügen wir einerseits unserer Landesverfassung und andererseits auch den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts. Damit stehen wir auf der sicheren Seite.

Es ist festzuhalten, dass die Chancengleichheit bei der Landtagswahl im Jahr 2006 in einem besseren Umfang gegeben sein wird als im Jahr 2001, wenn dieser Gesetzentwurf heute mit Mehrheit verabschiedet wird.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will aber nicht verhehlen, dass wir vonseiten der CDU-Fraktion uns auch andere Lösungen hätten vorstellen können.

(Lachen des Abg. Drexler SPD – Abg. Drexler SPD: Hätten Sie doch mit uns gesprochen!)

– Lieber Kollege Drexler, hämisches Lachen ist nicht angesagt. Sie waren ebenfalls einmal in einer Koalition und haben in der großen Koalition als der kleinere Koalitionspartner immer auch – wie ich denke, zu Recht – darauf beharrt, dass der Koalitionsvertrag hinsichtlich gemeinsamer Anträge und Abstimmungen eingehalten wird.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich sage ganz offen, dass die jetzigen Lösungen für uns in Teilbereichen unbefriedigend sind

(Abg. Drexler SPD: Sie benachteiligen massiv!)

und wir uns auch andere Lösungen hätten vorstellen können. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zwei Beispiele dafür anführen.

(Abg. Drexler SPD: Hätten Sie es doch gemacht!)

Das eine Beispiel betrifft die Wahlkreise im Landkreis Göppingen und im Landkreis Esslingen.

(Abg. Drexler SPD: Blödsinn!)

Der Wahlkreis Nürtingen ist relativ groß,

(Abg. Drexler SPD: Ach!)

der Nachbarwahlkreis Kirchheim ist etwas kleiner. Wir hätten uns schon vorstellen können, dass wir aus dem Wahlkreis Nürtingen – und zwar sogar auf längere Sicht gesehen – unter Umständen die eine oder andere Gemeinde in den Wahlkreis Kirchheim hinüberziehen, um den Verlust von Reichenbach an den Wahlkreis Göppingen auszugleichen.

(Abg. Drexler SPD: Das haben wir doch besprochen!)

Meine Damen und Herren, an der CDU-Fraktion lag es nicht, dass eine solche Lösung nicht zustande kam.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: An uns lag es schon gar nicht! – Abg. Drexler SPD: An uns auch nicht! – Unruhe)

– Herr Kollege Kretschmann, dazu sage ich jetzt lieber einmal gar nichts.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich war bereit, von „meinem“ Wahlkreis etwas abzugeben!)

Das zweite Beispiel, das ich erwähnen will, ist die Diskussion um den Stadtkreis Heilbronn.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, es ist unbestritten, dass der Stadtkreis Heilbronn mit über 25 % Abweichung Änderungsbedarf hat und dringend Gemeinden, und zwar dort, wo der Zuwachs stattfindet, aus dem Landkreis Heilbronn braucht.

(Abg. Drexler SPD: Sehr schön!)

(Hauk)

Ich will auch gar nicht verhehlen, dass es da in den Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner nicht einfach war, eine Lösung hinzubekommen. Die Lösung, die jetzt vorliegt, ist für uns eine unbefriedigende Lösung.

(Abg. Drexler SPD: Richie Drautz!)

Wir stimmen ihr zu, weil das die einzige Lösung war, für die wir für das Gesamtpaket die Zustimmung der FDP/DVP erhalten haben

(Abg. Drexler SPD: Unglaublich!)

und wir nicht riskieren wollten, dass die Landtagswahl im Jahr 2006 angefochten und womöglich sogar mit Erfolg angefochten wird. So bekommen wir eine Lösung für Heilbronn hin.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist auch klar: Logischer wäre es gewesen, aus dem Wahlkreis Eppingen, der größer ist als der Wahlkreis Heilbronn, nicht nur eine oder zwei, sondern mehrere oder gar größere Gemeinden – ich denke beispielsweise an Bad Rappenau oder Siegelbach im Norden von Heilbronn – dem Stadtkreis Heilbronn zuzuschlagen. Dann hätten wir für den Stadtkreis Heilbronn eine vernünftige Lösung erreicht, die auch für die nächsten Jahre und vielleicht sogar Jahrzehnte getragen hätte.

(Glocke der Präsidentin)

So bewegen wir uns auf einem relativ engen Pfad.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Drexler, bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Kollege Hauk, können Sie mir erklären, warum Sie einen Wahlkreis, der jetzt die Größe von genau 100 % des Durchschnittswerts hat, verkleinern? Was steckt dahinter? Denn jeder sagt, die Größe von 100 % sei in Ordnung. Jetzt machen Sie einen Wahlkreis, der exakt so groß ist wie der Durchschnitt aller Wahlkreise in Baden-Württemberg, kleiner.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Drexler, die Antwort darauf ist ganz einfach. Es lag nicht an uns.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: An wem lag es denn dann? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich weiß gar nicht, worüber es sich da aufzuregen gibt.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie sind doch ein erwachsener Mann!)

– Langsam! – Wozu die Aufregung? Wir haben fünf Wahlkreise, die zwingend verändert werden mussten. Nach

d'Hondt hat die FDP/DVP bei einem ein dominierendes Mitspracherecht, und das hat sie bei Heilbronn ausgeübt.

(Lachen bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie machen sich ja lächerlich! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abg. Haller?

Abg. Hauk CDU: Bitte schön, Herr Haller.

Abg. Haller SPD: Herr Abg. Hauk, Herr Staatsminister Müller hat kürzlich erklärt: Hund bleibt Hund, Schwanz bleibt Schwanz.

(Abg. Blenke CDU: Wuff!)

Abg. Hauk CDU: So ist es.

Abg. Haller SPD: Folgt die CDU nun nicht mehr dieser Linie? Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage: Sie sprachen von „Unlogik“. Worin liegt denn die personifizierte Unlogik der FDP/DVP begründet? Könnten Sie uns dies vielleicht einmal erklären und erläutern.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Haller, wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie meine Intention schon gespürt.

(Zuruf von der CDU: So ist es! Sehr gut!)

Eines ist klar, und ich habe es gerade eben bereits erklärt: Nach d'Hondt steht der FDP/DVP bei mindestens einem Wahlkreis ein, wenn man so will, dominanter Einfluss zu. Darum geht es aber gar nicht.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Fischer: Doch, darum geht es!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Drexler, tun Sie doch nicht so scheinheilig! Tun Sie doch nicht so, als wären Sie nie in einer Koalition gewesen.

(Abg. Drexler SPD: Darum geht es doch gar nicht! Sie können doch Wahlkreisreformen nicht nach Koalitionen machen!)

Sie würden sich ja nach den Jahren von 1992 bis 1996 zurücksehnen, wenn Sie einen Koalitionsvertrag hätten. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sagen Sie mal, wo leben Sie eigentlich? Gehen Sie mit dieser Auffassung zurück in den Wald! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

Abg. Hauk CDU: Im Augenblick gestatte ich keine weiteren Zwischenfragen, weil ich das im Zusammenhang erläutern möchte.

(Hauk)

(Abg. Drexler SPD: Das ist auch besser so! Sie haben doch zugesagt, dass Sie alle Fraktionen einbinden! Eine Unverschämtheit! Keine Zusage nehmen wir euch mehr ab! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Meine Damen und Herren, wir hätten uns eine Lösung innerhalb des Stadt- und Landkreises Heilbronn vorstellen können und hätten dazu natürlich den deutlich größeren Wahlkreis Eppingen für eine Zuwanderung in Richtung Stadtkreis Heilbronn innerhalb des Wahlkreises vorgesehen. Dieses ist – ich sage es eindeutig, weil in der Öffentlichkeit offenbar auch andere Meldungen herumgeistern – nicht an der CDU, sondern an unserem Koalitionspartner gescheitert.

(Abg. Fischer SPD: Aber ihr hättet das nicht zu machen brauchen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie sind die größere Fraktion!)

Wir stimmen trotzdem dem Begehren des Koalitionspartners aus vorgenannten Gründen zu, und zwar nicht aus Überzeugung in der Sache, sondern aus Staatsräson, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Das ist noch schlimmer! – Abg. Fischer SPD: Das darf doch nicht wahr sein! – Unruhe)

Denn eines ist doch klar, meine Damen und Herren: Andernfalls wäre diese Wahlkreisreform gescheitert, und Sie, Herr Kollege Drexler, hätten weder an unserer noch an Ihrer Stelle –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Hauk!

(Abg. Drexler SPD: Dann soll er es auch nehmen!)

Abg. Hauk CDU: Auch Sie, Herr Kollege Drexler, hätten weder an unserer noch an Ihrer Stelle die Verantwortung für eine vorgezogene Neuwahl übernommen.

(Abg. Drexler SPD: Ihr wolltet es doch nicht!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Takte zu dem Entschließungsantrag von SPD und Grünen sagen. Wenn ich mir diesen Antrag ansehe, dann muss ich schon sagen, dass da auch ein Stück weit Heuchelei mit drinsteckt. Vergleichen Sie diesen Antrag einmal mit dem Entschließungsantrag, der im Ständigen Ausschuss – ohne Begründung, aber einschließlich der Begründung, die damals diesem Antrag zugrunde lag – verabschiedet wurde.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

In diesem Entschließungsantrag der CDU und der FDP/DVP gibt es zwei Komponenten, nämlich die Landesregierung zu ersuchen, einen Bericht des Statistischen Landesamtes vorzulegen, welche Auswirkungen a) eine weitestmögliche Angleichung der Wahlkreisgrößen und b) eine Abweichung von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße um nicht mehr als 15 % nach unten oder oben hätte. Jetzt frage ich natürlich schon, warum denn der Punkt a, nämlich

eine weitestmögliche Angleichung der Wahlkreisgrößen – sprich: um die 100 % herum – in Ihrem Antrag nicht mehr zu finden ist.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Weil wir es so besprochen hatten! Weil wir es so in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz besprochen hatten! Das ist der Grund! – Abg. Drexler SPD: Weil wir es so besprochen hatten!)

Auf Ihre Antwort, Herr Kollege Drexler, bin ich schon gespannt. Denn wenn man schon eine größere Wahlkreisreform unternimmt, dann kann man auch den Versuch unternehmen, sich den 100 % anzunähern und nicht nur einer Abweichung von maximal 15 %.

(Abg. Birzele SPD: Sie stehen ja im Nebel! Sie sehen ja Ihr eigenes Manuskript nicht mehr!)

Ich sage ein Zweites dazu, Herr Kollege Kretschmann: Sie ist auch deshalb ein Stück weit heuchlerisch, weil innerhalb der Fraktionen – und zwar unabhängig davon, ob es sich dabei um die Koalitionsfraktionen handelt – kein Einvernehmen für eine weiter gehende Lösung für das Jahr 2006 erzielt wurde, sondern, wenn überhaupt ein Einvernehmen, dann erst für das Jahr 2011.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Kriegen Sie das bis dahin noch hin? – Abg. Drexler SPD: Das machen wir doch auch! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das steht doch drin!)

Ich habe Ihnen bei der letzten Debatte schon einmal gesagt: Die CDU-Fraktion wäre bereit gewesen, auch für das Jahr 2006 bereits eine deutlich weiter gehende Lösung zu treffen als die, die heute verabschiedet wird.

(Abg. Drexler SPD: Das können Sie immer behaupten! Sie machen es nicht!)

Wir wären dazu bereit gewesen.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht! Ist doch gar nicht wahr!)

Die Verhinderer waren in erster Linie die kleinen Fraktionen im Parlament und in zweiter Linie ein Stück weit auch die SPD.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist eine absolute Lüge! Der lügt im Parlament! Herr Hauk war doch beim Fraktionsvorsitzendengespräch gar nicht dabei! Er soll sich einmal sagen lassen, was wir besprochen haben! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Sie blamieren sich sehr, Herr Drexler!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Hauk hat gerade ein bemerkenswertes Werk von Geschichtsklitterung vorgelegt.

(Abg. Drexler SPD: Wie immer!)

Ich werde im Einzelnen darauf eingehen.

(Birzele)

Ich will aber in Erinnerung rufen: Zu Beginn dieser Legislaturperiode – es hätte also genügend Zeit bestanden –,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

vor über vier Jahren, haben wir einen Antrag vorgelegt mit dem Begehren, der Landtag möge eine interfraktionelle Kommission einsetzen, die die vorhandenen Probleme unseres Landtagswahlrechts besprechen sollte.

Ich will Ihnen noch einmal kurz ins Gedächtnis rufen: Wir haben einen beschämend geringen Frauenanteil von 22,6 %. Wir haben im Gegensatz zum Bundestagswahlrecht kein Zweitstimmenwahlrecht, was bei den Wählern auch immer wieder zu Irritationen führt

(Abg. Herrmann CDU: Schaffen wir es doch bei der Bundestagswahl ab!)

und was – das haben Sie, Herr Kollege Hauk, schon beim letzten Mal nicht richtig gesehen – zu mehr Entscheidungsfreiheit bei den Wählern führen würde. Wir haben eine falsche Berechnung der Überhang- und Ausgleichsmandate auf der Ebene der Regierungsbezirke, weshalb Sie als stärkste Partei über das d'Hondt'sche Verfahren jeweils den vierfachen Vorteil erhalten, anstatt diesen Vorteil einmal zu erhalten.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Herr Dr. Walter Döring, einfacher Abgeordneter der FDP/DVP, der leider gerade nicht da ist,

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

hat dies kürzlich in einem bemerkenswerten Zeitungsinterview – außer dem, was heute Morgen von Herrn Drexler zitiert wurde – auch erneut angemahnt.

Wir haben das Problem sehr stark schwankender Sitzzahlen: in der vorletzten Legislaturperiode 145, in der letzten 155 und in dieser Legislaturperiode 128 Mandate.

Aus diesen Problemen ergibt sich: Wir dürfen jetzt nicht nur Wahlkreisgrenzen ändern, sondern wir müssen durchgreifend eine neue Struktur unseres Wahlrechts schaffen. In jedem Fall müssten wir eines tun: Wir müssten die Zahl der Wahlkreise von gegenwärtig 70 auf höchstens 60 reduzieren, damit wir wenigstens einen Gleichstand zwischen der Zahl der Wahlkreise und der Zweitmandate hätten. Denn dann hätten wir eine wesentliche Ursache für die stark schwankenden tatsächlichen Sitzzahlen eingedämmt.

Aber das gravierendste Problem, das wir in unserem Landtagswahlrecht haben, sind die sehr stark von der Durchschnittsnorm von 104 000 Wahlberechtigten abweichenden Wahlkreisgrößen. Die Differenz zwischen dem kleinsten und dem größten Wahlkreis beträgt gegenwärtig über 55 %. Das sind 55 200 Wahlberechtigte. Bei der Struktur unseres Wahlrechts, bei dem Zweitmandate über die absoluten Stimmzahlen vergeben werden, ist ganz eindeutig, dass hier ein erhebliches – ich sage es zunächst einmal ganz zurückhaltend – verfassungsrechtliches Problem besteht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der Gesetzgeber muss nach dem Prinzip der Wahlgleichheit vorgehen. Er muss gewährleisten, dass der Erfolgswert der Stimmen der Wählerinnen und Wähler möglichst gleich ist. Bei unserem Wahlrecht kommt noch hinzu: Er muss auch berücksichtigen – weil die Größenverhältnisse für die absoluten Stimmzahlen mit entscheidend sind –, dass auch die Chancengleichheit der Bewerberinnen und Bewerber möglichst gleich geregelt wird. Beides ist bei der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung nicht gegeben.

Deshalb war und ist die Hauptforderung der SPD-Fraktion, die Wahlkreise so einzuteilen, dass maximal 15 % Abweichung bestehen. Natürlich sollte die Größe möglichst genau um 100 % herum sein. Wir sind uns aber alle darüber im Klaren, dass sich dies nicht immer erreichen lässt. Aber die maximalen Abweichungen sollten 15 % nach oben oder unten nicht überschreiten.

Wenn Sie sich die jetzigen Wahlkreise anschauen, muss ich noch einmal darauf hinweisen: Es geht nicht nur um die fünf Wahlkreise, die Sie jetzt in Ihren Änderungsantrag aufgenommen haben, sondern es geht um insgesamt 20 Wahlkreise, deren Größe um mehr als 15 % nach oben oder unten abweicht. Die fünf Wahlkreise sind Heilbronn und Geislingen mit mehr als minus 25 % Abweichung und die drei Wahlkreise Leonberg, Biberach und Bietigheim-Bissingen mit Abweichungen von mehr als plus 25 %. Die weiteren sechs Wahlkreise, die um mehr als 15 % nach unten abweichen, sind Stuttgart I, Stuttgart IV, Backnang, Schwetzingen, Pforzheim und Freudenstadt. Mehr als 15 % Abweichung nach oben haben die neun Wahlkreise Nürtingen, Aalen, Enz, Tuttlingen-Donaueschingen, Lörrach, Waldshut, Reutlingen, Tübingen und Bodensee.

Sie – Sie von der CDU; dafür können Sie sich nicht auf Ihren Koalitionspartner herausreden, Herr Hauk – haben sich entschieden, lediglich fünf Wahlkreise zu verändern, also der Minimalanforderung gerecht zu werden, und meinen, schon damit verfassungsrechtlich auf der sicheren Seite zu sein. Aber das sage ich Ihnen: Da täuschen Sie sich.

Bei dem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden wurde vereinbart, dass man gemeinsam darüber nachdenkt, und von den Oppositionsparteien, von der SPD und von den Grünen, kam überhaupt kein einziger Vorschlag, der eine Reform verhindert hätte – im Gegenteil. Sie haben sich nicht an das gehalten, was in der Fraktionsvorsitzendenrunde besprochen wurde. Sie haben Anträge vorgelegt, die hier vorher überhaupt nicht abgeklärt worden sind.

(Abg. Drexler SPD: So ist es nämlich! – Abg. Fischer SPD: Und viel schlimmer!)

Sie machen es ja auch heute noch einmal so mit dem vorliegenden Änderungsantrag.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich will einmal entsprechend der Beschlussempfehlung vorgehen: Wahlkreis 6 – Leonberg. Dazu heißt es in dem Papier des Innenministeriums:

Es ist kaum zu erwarten, dass der Wahlkreis bis zum Jahr 2006 wieder unter die 25-%-Grenze absinkt – bei der Europawahl waren es plus 27,9 % –, vielmehr ist mit einer Zunahme der Abweichung zu rechnen.

(Birzele)

Also hat das Innenministerium einen Ausgleich innerhalb des Wahlkreises vorgeschlagen, nämlich durch Zuordnung der Verwaltungsgemeinschaft Ehningen/Gärtringen mit zusammen 12 695 Wahlberechtigten zum Wahlkreis 5 – Böblingen – den Wahlkreis Böblingen zu stärken und den Wahlkreis Leonberg erheblich abzuschmelzen. Das hätte bedeutet: Leonberg hätte eine Abweichung von 14,4 % gehabt, Böblingen eine über 15 % liegende Abweichung von 17,9 %. Jetzt auf einmal der Beschluss: nur Ehningen, nicht Gärtringen. Warum?

(Abg. Drexler SPD: Nicht besprochen! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Gucken Sie mal auf die Landkarte, dann werden Sie es sehen!)

Das sind die ersten 10 % der FDP/DVP, die das verhindert haben, nämlich Frau Berroth. Frau Berroth hat das Märchen in die Welt gesetzt, Frau Kipfer sei daran interessiert gewesen, dass der Wahlkreis Gärtringen nicht verändert wird.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das habe ich so nicht gesagt!)

– Das haben Sie gesagt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich werde Ihnen nachher zeigen, was ich gesagt habe!)

Tatsache ist: Wenn man das Wahlergebnis 2001 zugrunde legt, hätten Sie bei dieser Änderung Ihren Sitz nicht gehabt. Deshalb haben Sie sich dagegen gewehrt, auch wenn im Ausschuss etwas anderes behauptet worden ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt nicht!)

Die Folge dessen, dass Sie nur halbherzig vorgehen, ist, dass der Wahlkreis Leonberg auch nach der Änderung eine Abweichung um 21,7 % hat.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Nächstes Beispiel: Wahlkreis 11 – Geislingen. Der Herr Kollege Hauk hat gerade zu Recht gesagt: Dort ist das Ziel überhaupt nicht erreicht worden. Geislingen wird durch Heiningen und Eschenbach lediglich auf 83 162 Wahlberechtigte vergrößert.

(Abg. Drexler SPD: Weit unter Durchschnitt!)

Das ist immer noch eine Abweichung um minus 20,4 %.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Viel zu klein!)

Wenn Sie eine vernünftige Änderung hätten machen wollen, hätten Sie selbstverständlich stärker in den Bereich Kirchheim eingreifen müssen mit der Folge, auch in den Bereich Nürtingen einzugreifen. Warum haben Sie das nicht getan? Auch das haben Sie schön dargelegt. Es ist mit einem Namen zu verknüpfen: Dr. Noll, die zweiten 10 %.

(Widerspruch bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Quatsch! Wissen Sie, um wie viel ich vor den anderen liege, Herr Birzele? Ich brauche am wenigsten Angst zu haben!)

– Herr Noll, wenn Sie all dies für Quatsch erklären, warum haben Sie dann nicht mit uns gemeinsam über eine Neuauf-

teilung der Wahlkreise gesprochen? Wir sind noch heute dazu bereit. Wir können das Gesetz heute absetzen, uns über Weihnachten und Neujahr darüber unterhalten und im Februar einen anständigen Vorschlag machen. Ab 1. März kann nominiert werden, und dann können Sie immer noch ordnungsgemäß nominieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Schäbig, schäbig!)

Nächstes Beispiel: Wahlkreis 66 – Biberach. Nach der Neueinteilung hat der Wahlkreis Biberach plus 19,6 %, der Wahlkreis Wangen minus 4,6 %.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie schön! Wie schön!)

Herr Hauk, das hat jetzt weder mit FDP/DVP noch mit Grünen, noch mit SPD zu tun. Hier hätten Sie selbst handeln können und die von Ihnen aufgestellte Zielmarke 100 % wenigstens annäherungsweise bei 110 % erreichen können.

Nächstes Beispiel – und damit komme ich zu den heute vorliegenden Anträgen – ist der Wahlkreis 14 – Bietigheim-Bissingen –: Gegenwärtige Abweichung von Bietigheim-Bissingen 25,5 %, Sachsenheim soll umgegliedert werden. Das bedeutet hinterher für den Wahlkreis 14 – Bietigheim-Bissingen – 14,6 %, für den Wahlkreis 13 – Vaihingen – minus 1,8 %.

Das ist der einzige Punkt, bei dem man sagen kann, dass Sie sich bemüht haben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Note 4!)

Warum ist Ihnen das dort gelungen? Weil Sie offensichtlich bei der kleinen Partei, Ihrem Koalitionspartner, niemanden hatten, der Sie an diesem Schritt gehindert hat.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Zu viel der Ehre!)

Bei diesem Wahlkreis sind Sie wenigstens unter die 15 % gekommen.

Nun komme ich zu dem interessantesten Punkt, nämlich zum Wahlkreis Heilbronn.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt kommt die Staatsräson!)

Wenn ich lese, was das Innenministerium zu Ihrem Vorschlag, den Sie zu diesem Wahlkreis gemacht haben, ausgeführt hat, dann halte ich dies schon für außerordentlich bemerkenswert. Dazu heißt es nämlich bezüglich der Zuordnung der Gemeinde Erlenbach – 3 474 Wahlberechtigte – zum Wahlkreis 18 – Heilbronn – ich zitiere –:

Im Gegensatz zum Wahlkreis 19 (Eppingen) gerät der Wahlkreis 20 (Neckarsulm) bereits bei einer Abgabe einer Gemeinde in den Minusbereich (minus 2,1 %).

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Bei Erlenbach wären außerdem die Grenzen des Verwaltungsraums berührt und würde keine wirkungsvolle Stärkung des Wahlkreises 18 (Heilbronn) erreicht.

(Birzele)

Denn Heilbronn hat danach minus 22,9 %.

(Abg. Drexler SPD: Das ist unglaublich!)

Es spricht manches für eine Überschreitung der 25-%-Grenze im Jahr 2006.

Vernichtender kann man den Vorschlag, den Sie uns heute vorlegen und dem Parlament zumuten, nicht beurteilen. Das sind die restlichen 30 %,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Spricht manches für eine solide Grundlage!)

verknüpft mit dem Namen Drautz, aber nicht nur verknüpft mit dem Namen Drautz, sondern dort hat sich, wie ich voll Interesse der Diskussion in den Zeitungen entnommen habe, auch ein heftiger Kampf der beiden Staatssekretärinnen ereignet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aha! – Abg. Capezuto SPD: Da schau her! – Unruhe bei der CDU – Abg. Fischer SPD: So steht das in der Zeitung!)

Sie sind sich den Zeitungsberichten zufolge vehement in die Haare geraten.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis ist: Heilbronn wird nach wie vor der kleinste Wahlkreis sein. Er hat lediglich 80 543 Wahlberechtigte. Der Abstand zum größten Wahlkreis beträgt 49 123 Stimmberechtigte.

(Abg. Fischer SPD: Unmöglich!)

Das ist eine Abweichung von 47 %. Sie sind, verfassungsrechtlich gesehen, mit Ihren Vorschlägen voll gescheitert.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung anfügen. Wir haben noch eine ganze Reihe von Wahlkreisen, die sogar um mehr als 20 % abweichen, die Sie ohne weiteres hätten korrigieren können. Ich nehme ein Beispiel heraus: den Enzkreis. Er hat eine Abweichung von 23 %. Da sind Sie jetzt nicht durch die FDP/DVP gehindert worden, Herr Hauk, sondern

(Abg. Drexler SPD: Mappus!)

durch Ihren Kollegen Mappus. Der Enzkreis hätte beispielsweise um die Gemeinden Engelbrand, Neuenbürg und Straubenhardt zugunsten von Pforzheim verändert werden können. Dann würde Pforzheim 101 768 Stimmberechtigte haben und etwas unter dem Durchschnitt liegen. Der Enzkreis läge mit 112 000 immer noch über dem Durchschnitt.

(Abg. Scheuermann CDU: Das würden wir aber schon gerne unter uns selber ausmachen! – Lachen bei der SPD – Lebhaftes Zurufe von der SPD – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe)

Dies haben Sie verhindert. Deshalb ist festzuhalten, meine Damen und Herren: Sie haben völlig willkürlich gehandelt – mit Ausnahme eines Wahlkreises. 15 weitere Wahlkreise, die um mehr als 15 % abweichen, haben Sie überhaupt nicht in Angriff genommen.

Was unseren Antrag betrifft, wollen wir damit erreichen, dass in dieser Legislaturperiode die Wahlkreisreform zumindest auf verfassungsrechtlich sichere Füße gestellt wird.

Wenn Sie sagen, wir wollten 15 %, haben Sie nicht richtig gelesen. Dort heißt es, dass alle Wahlkreise nicht um mehr als 15 % nach oben oder unten vom Durchschnitt abweichen sollen. Das heißt natürlich: möglichst genau dem Durchschnitt entsprechen.

(Abg. Drexler SPD: Das können wir ja hineinschreiben, wenn es Herr Hauk will!)

Ich erinnere Sie und die FDP/DVP, die sich jetzt so vehement geweigert hat, noch einmal daran: Sie hatten in der Koalitionsvereinbarung von 1996 als Grenze eine 5-%-Abweichung vorgesehen.

(Abg. Fischer SPD: So war es! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben doch einen Antrag eingebracht!)

Lassen Sie uns mit dieser Zielsetzung arbeiten. Stellen wir dieses Gesetz zurück und erarbeiten bis zum Februar eine anständige Wahlkreisreform!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Unruhe – Abg. Schmiedel SPD: Bei der Wahrheit bleiben!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute habe ich so richtig den Eindruck, dass wir einen Sturm im Wasserglas erleben.

(Lachen des Abg. Fischer SPD)

Ich will mich bemühen, einmal sachlich vorzutragen.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Machen wir!)

Wir sind uns sicherlich alle einig, dass es heute um einen zwar wichtigen, aber wirklich nur ersten Schritt zur Novellierung des Landtagswahlgesetzes geht. Ich glaube, darüber könnten wir noch Einigkeit im Saal erzielen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Das ist einer zurück!)

Jetzt sofort müssen in wenigen Wahlkreisen Veränderungen vorgenommen werden, nämlich da, wo eine Über- bzw. Unterschreitung der durchschnittlichen Wahlkreisgröße um mehr als 25 % besteht.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Ich sage es jetzt so, wie ich es mir aufgeschrieben habe, weil ich nach wie vor dazu stehe: Erfreulicherweise ist es uns gelungen, eine Lösung zu finden, die allen Abgeordneten, die jetzt diesem Landtag angehören und für die nächste Legislaturperiode wieder kandidieren wollen, eine reelle Chance gibt, diesen Sitz auch wieder zu erringen.

(Heiderose Berroth)

(Lebhafte Unruhe – Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Was ist denn das für eine Aussage? – Weitere lebhafte Zurufe von der SPD und den Grünen)

Ich betone ausdrücklich: Das gilt für alle.

(Anhaltende lebhafte Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Teßmer SPD: Das ist ja noch schlimmer, als die Polizei erlaubt! – Abg. Göschel SPD: Das sind ja ulkige Zustände!)

– Es stürmt wirklich im Wasserglas. Ihre Reaktion ist sehr, sehr scheinheilig.

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein, ich möchte mich jetzt nicht unterbrechen lassen.

Sie wissen ganz genau, dass es bei weiter gehenden Regelungen nicht nur einen getroffen hätte, sondern mehrere, . . .

(Anhaltende Unruhe – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Ja und? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: . . . und zwar nicht nur in der FDP/DVP-Fraktion, sondern in allen Fraktionen hier links von der Mitte.

(Abg. Drexler SPD: Ja und?)

– Ja gut, wenn Ihnen das für Ihre Fraktion egal ist, Herr Drexler, dann müssen Sie das einmal mit Ihrer Fraktion besprechen.

(Abg. Drexler SPD: Es geht nicht um Personen, es geht um die Sache!)

– Es geht genau um die Sache, und dazu werde ich auch weiter vortragen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Fischer SPD: Nein! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Peinlich, Frau Berroth! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Teßmer SPD: Sie haben doch gesagt, es ist ein Privategoismus!)

– Ich lasse Sie sich halt austoben.

Herr Hauk, zu Ihnen, weil ich dazu direkt Ihre Auskunft will.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Sie haben gesagt, Sie hätten sich auch andere Lösungen vorstellen können. Auch wir haben uns andere Lösungen vorstellen können. Wenn Sie den Bereich Nürtingen ansprechen: Ich weiß sehr genau, dass unser Fraktionsvorsitzender im Gespräch mit dem Fraktionsvorstand gesagt hat: „Ich

habe mich in diesem Bereich Nürtingen/Geislingen/Göppingen sehr bewusst herausgehalten, damit mir da nachher kein Vorwurf gemacht wird.“

(Abg. Drexler SPD: Was? – Abg. Dr. Birk CDU: Was?)

Also wenn da jemand entschieden hat, dann war es die CDU und nicht die FDP/DVP,

(Unruhe bei der CDU – Zurufe von der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Jetzt wird es ja noch besser!)

denn die FDP/DVP hat in diesem Bereich nichts eingefordert.

Sie haben sich ja auch selber deutlich geäußert.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt wisst ihr es!)

Herr Hauk, Sie haben sich an späterer Stelle deutlich geäußert und haben gesagt, nach d'Hondt hätte die FDP/DVP nur in einem Wahlkreis etwas zu sagen gehabt. Dann kann es also im Bereich Geislingen/Nürtingen/Göppingen nicht der Fall gewesen sein.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Lasotta?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein. Ich gestatte jetzt keine Zwischenfragen. Ich bin durch diese Lautstärke hier schon genug gestört.

(Abg. Göschel SPD: Nicht nur durch die Lautstärke!)

Ich betone noch einmal: Wir haben eine Lösung gefunden, die den Abgeordneten aller Fraktionen und aller Regionen kurzfristig die Chance gibt, wieder in den Landtag einzuziehen.

Ferner muss ich sagen: Es lag nicht an der FDP/DVP, dass diese Debatte erst jetzt geführt wird.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zurufe von der SPD: Nein! Überhaupt nicht!)

Wir haben das seit langer Zeit angemahnt. Aber da war es der „Hund“, der nicht wollte.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Seit wann ist der Arbeitgeberpräsident im Landtag? – Abg. Oelmayer GRÜNE: Da wedelt doch der Schwanz mit dem Hund!)

Eine Bemerkung noch, Herr Kollege Lasotta: In der „Heilbronner Stimme“ lese ich heute,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das versteht auch Frau Berroth!)

dass Sie von Erpressung reden.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ja!)

(Heiderose Berroth)

Nun weiß ich nicht, worin eine Erpressung besteht, wenn eigentlich ganz klar ist, dass man in der CDU in der Regel nicht den Wahlkreis bei der Wahlhandlung gewinnen muss, sondern dass man da die Nominierung gewinnen muss.

(Abg. Drexler SPD: Was? – Zuruf des Abg. Capezuto SPD)

Das gilt auch für Ihren Wahlkreis. Das heißt, . . .

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Nein.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: . . . Ihr Mandat ist durch diese Veränderung mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gefährdet.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Darum geht es ja gar nicht! Es geht um sachgerechte Lösungen, Frau Berroth! – Abg. Drexler SPD: Um das geht es doch gar nicht! – Zurufe von der SPD und den Grünen – Unruhe)

Wenn Sie aber als alleinige Veränderung den Wahlkreis des Kollegen Drautz gekürzt hätten, dann wäre er der Einzige im ganzen Landtag gewesen, der unter dieser Regelung gelitten hätte. So etwas, meine Damen und Herren, trage ich nicht mit. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Und da meine ich: Eine CDU, die uns so einen Vorschlag macht, die ist erpresserisch, und nicht andersherum.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zurufe von der SPD: Oi!)

Ich mache noch einmal deutlich, dass ich dieses Wort nur gewählt habe, weil der Kollege Lasotta dieses Wort in der „Heilbronner Stimme“ gebraucht hat.

(Zurufe der Abg. Birzele SPD und Brigitte Lösch GRÜNE)

Herr Hauk, Sie haben gesagt, dass es bei bestimmten Kollegen – und das hört man ja auch – Aufruhr gebe. Jetzt sage ich Ihnen eines: Das ist eine sehr scheinheilige Argumentation.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Verfolgen Sie einmal, was der Kollege Herrmann in den letzten Wochen in den Ludwigsburger Zeitungen bis hin zur „Leonberger Zeitung“ abgespult hat: Alles, was den Wahlkreis Ludwigsburg durchbrochen hätte, hätte zu dem gleichen Aufstand geführt. Ich meine, da müssen wir jetzt durch. Wir haben aus unserer Sicht eine sachgerechte Lösung für den Moment gefunden; sie gilt ja maximal für die nächste Wahl.

Denn besonders wichtig ist uns das,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt zuhören!)

was ja im Ständigen Ausschuss bereits beschlossen wurde: der vom Kollegen Hauk bereits angesprochene Antrag der Koalitionsfraktionen, den wir ja heute hier bestätigen werden und mit dem wir von der Landesregierung einen Be-

richt anfordern, der unter Hinzuziehung möglicher Prognosen des Statistischen Landesamts darstellen soll,

(Unruhe)

wie denn Wahlkreise aussehen könnten, die so zugeschnitten sind, dass sie zum einen nicht mehr als 15 % nach oben oder nach unten von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße abweichen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Diese 15 % gehen – das wissen Sie alle – auf die entsprechende Regelung für die Bundestagswahlkreise zurück, die wir mit Sicherheit auch für die Landtagswahlkreise einführen müssen.

Zum anderen wird in diesem Antrag aber danach gefragt, wie die Wahlkreise aussehen könnten, wenn eine weitestmögliche Angleichung der Wahlkreisgrößen stattfindet.

Ich habe mich sehr gefreut, dass Herr Kollege Hauk diese Lösung jetzt so nach vorne puscht und erfreut darstellt. Wenn wir nicht so hartnäckig gewesen wären, hätte diese Lösung ja nicht in dem Antrag gestanden.

Das Letztere aber, die weitestgehende Anpassung, ist für uns die wirklich wichtige Frage. Wir wollen nämlich nicht immer nur notwendige Veränderungen vornehmen und ihnen hinterherhecheln. Vielmehr meinen wir, dass es richtig ist, bald eine grundlegende Revision der Wahlkreise anzugehen, damit an dieser Front schließlich auch wieder einmal für eine Weile Ruhe herrscht.

(Abg. Birzele SPD: Warum lehnen Sie dann unseren Antrag ab?)

– Darauf werde ich noch eingehen.

Wenn wir von dem Notwendigen immer nur das Wenigste ändern, sind wir immer an diesem Thema. Wir müssen wieder einmal zu einer grundlegenden Revision der Wahlkreiseinteilung kommen. Dafür haben wir den angesprochenen Bericht angefordert. Denn wir meinen, alle Abgeordneten müssen langfristig wissen, wie ihr Wahlkreis zugeschnitten ist,

(Unruhe)

und alle Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis müssen wissen, wer für sie zuständig ist.

Erstaunlicherweise – das ist auch mir aufgefallen – greift der nun erneut vorliegende Entschließungsantrag der Oppositionsfraktionen . . .

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen draußen zu führen.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: . . . diese weitestgehende Möglichkeit gar nicht auf und ist deshalb aus meiner Sicht viel zu kurzfristig gedacht.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

(Heiderose Berroth)

Auch die FDP/DVP hält es für sinnvoll, die Vorbereitungen für eine Neuordnung der Landtagswahlkreise – wohlge-merkt: weitestgehende Angleichung – noch in dieser Legis-laturperiode abzuschließen, damit sie dann ab 2011 gültig werden kann.

(Abg. Drexler SPD: Also, dann wollen Sie nächstes Jahr beschließen?)

– Es erscheint uns allerdings nicht förderlich, Herr Drexler, dass wir uns dabei auf ein Datum festlegen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grü-nen – Abg. Drexler SPD: Also, dann wollen Sie es doch nicht!)

Wir wollen eine sinnvolle Lösung. Da kommt es unter an-derem auch auf die konstruktive Mitarbeit der Opposition an, ob wir sie rechtzeitig erreichen oder nicht.

Weil wir uns also nicht auf ein Datum festlegen wollen und weil wir eine weitestgehende Lösung wollen – nicht nur 15 % –, werden wir den Oppositionsantrag ablehnen. Das wird uns aber nicht daran hindern, das Thema Landtags-wahlrecht insgesamt intensiv weiterzuerfolgen.

Nun zu der Frage: Warum ändern wir heute nur fünf Wahl-kreise? Das ist ganz einfach, Herr Birzele. Wenn wir alles entsprechend Ihren Vorschlägen geändert hätten – darüber ist bei uns sehr wohl auch diskutiert worden –,

(Abg. Drexler SPD: Gar nichts ist diskutiert wor-den!)

dann hätten wir heute eine Änderung, die auch nur stümper-haft wäre, weil damit eben nicht alles bedacht wird,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

sondern auch nur von oben herunter die jetzigen Prozent-zahlen angeguckt werden. Aber eine grundlegende Novel-lierung wäre dadurch in weite Ferne gerückt. Das wollen wir nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Kleinmann FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Einer bei der FDP/DVP hat geklatscht! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema heißt eigentlich „Wahlrechtsre-form“. Wahlrecht heißt: Das ist die Grundlage für die Kon-stituierung dieses Landtags. Das, was die Kollegin Berroth hier abgeliefert hat – das muss man einfach vorweg sagen –, ist eine Blamage für das gesamte Parlament.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abge-ordneten der CDU)

Denn es muss für alle Kolleginnen und Kollegen, aber auch für die Zuhörer im Land und hier im Saal der Eindruck ent-standen, als würden Mandate durch Geschacher vergeben und nicht durch ernsthafte, ehrliche politische Arbeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abge-ordneten der CDU)

Insofern möchte ich diese Ausführungen ganz entschieden zurückweisen und zur Sache selber kommen.

Meine Damen und Herren, führen Sie sich allein einmal das Verfahren der Wahlrechtsreform, das Sie an den Tag gelegt haben, vor Augen. Ich habe mir das Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes angeschaut. Es soll dazu dienen, das Landtagswahlgesetz mit den im Bundes- und Europa-recht geltenden Wahlrechtsregelungen zu harmonisieren. Im Rahmen der Ausschussberatungen, zuletzt am 14. De-zember, legten Sie Änderungsanträge hinsichtlich einzelner Wahlkreise vor. Das ist kein sachgerechtes Verfahren. Das ist kein ordnungsgemäßes parlamentarisches Verfahren. Al-lein deshalb müssen wir die von Ihnen angedachte Minimal-reform ablehnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein verfassungsrechtlicher Punkt: Der Kollege Birzele hat dankenswerterweise sehr präzise ausgeführt, was denn die Motivationen für die jetzt vorgesehenen Änderungen wa-ren, und man hätte eigentlich erwarten können, dass der Kollege Hauk dazu Stellung nimmt. Der Kollege Birzele hat eindeutig dargetan – dem kann man sich nur anschlie-ßen –, dass Sie geschachert und nicht reformiert haben. Das ist eigentlich die Blamage für das Parlament,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

dass Sie dazu nicht in der Lage sind

(Abg. Zimmermann CDU: Und euer Fraktionsvor-sitzender hat mitgemacht!)

– der nimmt nachher noch selber dazu Stellung, Kollege Zimmermann, bevor solche Verleumdungen im Raum ste-hen bleiben –, obwohl Sie vor Jahren, nämlich im Jahr 1996, selber festgeschrieben haben, dass wir eine Wahl-rechtsreform brauchen, und zwar deshalb – das ist das ver-fassungsrechtliche Argument –, weil die Gleichheit der Stimmen bei den Landtagswahlen einfach nicht mehr ge-währleistet ist.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Jetzt kommen Sie mit solchen Ad-hoc-Verfahren. Wenn man jetzt Wahlkreise innerhalb von wenigen Stunden än-dert und dies noch im Wege des Schacherns macht, hat es mit Reform nichts zu tun. Da muss der Eindruck entstehen – und dieser Eindruck wurde von der Kollegin Berroth ein-drucksvoll bestätigt –,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

dass Sie die Wahlrechtsreform nach persönlichen Bedürf-nissen oder persönlichen Interessen betreiben. Das ist kein adäquates Wahlrechtsreformverfahren. Das entspricht nicht dem Geschäftsgebaren in diesem Landtag.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auf eines möchte ich auch noch abheben – der Kollege Bir-zele hat es auch getan –: Seit ich diesem Parlament angehö-re – das sind jetzt acht Jahre –,

(Abg. Walter GRÜNE: Bald neun!)

(Oelmayer)

legen wir immer zu Beginn einer Wahlperiode Anträge auf Einsetzung von Kommissionen oder von Arbeitskreisen, die sich mit dieser Wahlrechtsreform befassen, vor, weil wir natürlich wissen – auch das ist uns bewusst; wir alle sind von dieser Reform betroffen, wenn man sie richtig angeht –, dass man eine solche Reform nur dann richtig unter Dach und Fach bringt, wenn man alle Betroffenen mit ins Boot nimmt, aber nicht so, wie Sie das gestalten, nämlich im Hauruckverfahren im Hinterzimmer. Wenn man sich dann nicht einmal an die Absprachen hält, Herr Kollege Hauk, die in der Vorsitzendenkonferenz gemeinsam verabredet worden sind, dann ist das schäbig. Das ist Heuchelei.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein meines Erachtens ganz wichtiger Punkt: Wir haben natürlich, was die Größe der Wahlkreise betrifft, in diesem Landtagswahlrecht erst recht ein Problem, weil wir ja die absolute Stimmenzahl bei der so genannten Zweitauszählung darüber entscheiden lassen, wer nun das Mandat zugeteilt bekommt. Schauen wir es uns einmal an. Das Innenministerium hat aufgrund der Ausschussberatungen noch eine aktuelle Aufstellung vorgelegt: Aktualisierte Stimmenzahl in den Wahlkreisen anhand der Europawahl.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die stimmt doch aber nicht!)

Jetzt gibt es da ganz wenige Besonderheiten, die nur für die Europawahl gelten. Kollegin Berroth, hören Sie gut zu. Es tut Ihnen gut, wenn Sie zuhören. Es ist einfach so, dass die Zahl der Wahlkreise – sie will nicht zuhören, das ist mir klar –,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich kann schreiben und zuhören, Herr Kollege!)

in denen die Zahl der Wahlberechtigten mehr als 25 % nach unten bzw. oben abweicht, zwischenzeitlich sieben beträgt und nicht mehr nur fünf

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Böblingen und Sindelfingen!)

und dass wir darüber hinaus insgesamt 22 Wahlkreise haben, die nicht mehr in der 15-prozentigen Norm liegen. Insofern hätten Sie natürlich alles daransetzen müssen, diese Wahlrechtsreform jetzt auf dieser Grundlage anzugehen.

Vollkommen unverständlich, Kollege Hauk, ist mir und unserer Fraktion, dass Sie jetzt nicht einmal zu dem bereit sind, was in der Vorsitzendenrunde vereinbart worden ist, nämlich diese Kommission, die die Wahlkreise ändert, jetzt einzusetzen, damit wir im Jahr 2011 eine ordnungsgemäße, sachgerechte und die Gleichheit der Stimmen gewährleistende Landtagswahl durchführen können. Nicht einmal dazu sind Sie bereit. Das ist vollkommen unverständlich, Kollege Hauk. Da muss man wirklich sagen: Der Schwanz hat nicht nur mit dem Hund gewedelt, sondern, um mit den Worten der Kollegin Berroth zu sprechen, der Schwanz erpresst den Hund.

(Zurufe der Abg. Dr. Noll und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Insoweit hätte ich von Ihnen schon mehr Rückgrat erwartet, was den kleinen Koalitionspartner anbelangt, der auch noch offen gelegt hat, was die echten Motive für diese jetzt vorliegende Wahlrechtsreform sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich darf zum Schluss noch zwei, drei Punkte nennen, bei denen nach unserer Auffassung das Wahlrecht geändert werden muss.

Erstens: Geändert werden muss das Einstimmenwahlrecht, das wir haben und das Sie ja offensichtlich grundsätzlich beibehalten wollen. Das soll ja gar nicht in Abrede gestellt werden. Das ist eine politische Diskussion. Darüber entscheidet der Landtag mit Mehrheit. Wenn es aber dabei bleibt, dann hat die Größe der Wahlkreise eine ganz zentrale Bedeutung. Diese Veränderung wollen Sie nicht herbeiführen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Nur minimalistisch wollen Sie die herbeiführen, quasi nach jeweiligem Dafürhalten,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Zuhören!)

nach Berücksichtigung der persönlichen Interessen einzelner betroffener Abgeordneter.

(Abg. Hauk CDU: Das stimmt doch gar nicht! Wer sagt das?)

Das kann keine Wahlrechtsreform sein.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ein zweiter Punkt, den wir mehrfach angemahnt haben und der in anderen Bundesländern, unter anderem in einem, auf das Sie immer verweisen, auch zu Ungerechtigkeiten gerade gegenüber kleineren Parteien führt, ist die mehrfache Anwendung des d'Hondt'schen Auszählverfahrens. Da müssten Sie doch Größe zeigen und müssten sagen: Wir wollen nicht warten, bis unser Staatsgerichtshof die Entscheidung trifft, dass dieses Auszählverfahren nicht mehr angewandt werden darf, sondern wollen wie bei der Bundestagswahl und wie in anderen Bundesländern Hare/Niemeyer auch bei der Landtagswahl anwenden. Das entscheiden wir als Gesetzgeber hier in diesem Haus. Nicht einmal solch kleine Reformvorhaben sind Sie bereit mitzumachen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Ein weiterer und wichtiger Punkt – auch der wurde bereits angesprochen –: Ich kann aus eigener Erfahrung und aus unserer Fraktion berichten – Kollege Hauk, hören Sie gut zu –, dass der Frauenanteil in einer Fraktion nicht unerheblich für deren Verhalten ist, und zwar nicht nur für deren Verhalten innerhalb des Parlaments, sondern auch für die Abstimmungsverfahren, die Meinungsbildung, das Einbringen von Lebenserfahrung. Da haben Sie offensichtlich unheimlich großen Nachholbedarf mit 22 % Frauenanteil in der CDU-Fraktion, Kollege Hauk.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Oelmayer)

Auch hier sollte aus unserer Sicht doch daran gedacht werden, einer Reform,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

die die Frauenanteile und -quoten fördert, zuzustimmen.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

– Kollege Zimmermann, Ihr Wahlkreis und damit auch Ihr Mandat wird eh weg sein mit dem, was Sie heute verabschieden wollen,

(Abg. Zimmermann CDU: So eine Fehleinschätzung!)

es sei denn, Sie würden sich noch eines Besseren besinnen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Kurzum – ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren –: Dieses Verfahren, das Sie heute hier durch den Landtag ziehen wollen, ist nicht sachgerecht. Es erfüllt das Ziel nicht. Es geht nach dem Gusto einzelner Abgeordneter, die ihre Wahlkreise verteidigen und behalten wollen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: FDP/DVP-Abgeordnete!)

Das kann nicht angemessen sein. Es kann nicht richtig sein, wenn der Landtag diesen Gesetzentwurf heute verabschiedet. Deswegen kann ich nur mit dem Kollegen Birzele an Sie appellieren: Lassen Sie die Hände von diesem Gesetz! Verschieben Sie die Reform! Lassen Sie uns das gemeinsam diskutieren!

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und Sie gehen dann vor Gericht, ja?)

– Frau Kollegin Berroth, was den Kollegen Kretschmann anbelangt – wenn ich das einmal sagen darf, weil ich das unbefangen tun kann, da es nicht um meinen Wahlkreis geht –, so hat er uns immer wieder und bis heute glaubhaft berichtet, dass er mitnichten gegen das, was die Fraktionsvorsitzendenrunde vereinbart hat, was dort diskutiert wurde und was den Wahlkreis Nürtingen, nämlich den seinen, anbelangt, argumentiert hat,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Noll auch nicht!)

sondern sich sehr wohl bewusst ist, dass das auch seinen Wahlkreis betreffen kann.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann sollten Sie mal sagen, dass der Kollege Drexler im Interesse der Frau Kollegin Bregenzer argumentiert hat!)

Wenn Sie etwas anderes behaupten, dann sagen Sie die Unwahrheit. Auch wenn Sie noch so laut brüllen, ist es nicht zutreffend. Insofern ist dieses Verhalten – ich habe es eingangs schon gesagt – einfach schäbig.

(Abg. Zimmermann CDU: Dafür gibt es Zeugen!)

Ich appelliere an Sie: Verabschieden Sie diesen Gesetzentwurf heute nicht. Vertagen Sie das Thema. Lassen Sie uns

das ordnungsgemäß aufarbeiten; dann können wir auch den Menschen draußen im Land wieder ins Gesicht schauen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Änderung des Landtagswahlgesetzes ist notwendig. Sie ist sachgerecht, und es ist auch richtig, dass wir sie heute durchführen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber nach der Rede von Frau Kollegin Berroth doch nicht mehr! Dann verantworten Sie das mit! – Gegenruf des Abg. Zimmermann CDU: Es kann doch nicht sein, dass eine Frau alles umwirft! Die Rede streichen wir! – Unruhe)

Wir haben ein prioritäres Problem. Dieses prioritäre Problem liegt, Herr Kollege Oelmayer, in den Abweichungen der Wahlkreise.

(Zurufe von der SPD – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Ich freue mich, Frau Kollegin Berroth, dass Sie so große Aufmerksamkeit genießen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, es gibt für Baden-Württemberg eine klare Vorschrift. Wir sollen bei Abweichungen über 25 % handeln. Wir müssen handeln bei Abweichungen über 33 %.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

In der Zwischenzeit hat das Bundesverfassungsgericht für die Bundestagswahl eine andere Regelung getroffen, nämlich eine Sollvorschrift ab 15 % und eine Mussvorschrift ab 25 %. Wiewohl diese Vorschrift nicht unmittelbar für das Landtagswahlrecht in Baden-Württemberg gilt, waren wir – zu Recht und aus Gerechtigkeitsgründen – bereit, diese Vorschrift anzuwenden.

(Lachen des Abg. Birzele SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Birzele: Aus Gerechtigkeitsgründen?)

– Langsam. Ich möchte das nur einmal voranstellen, Herr Kollege Birzele, damit wir über diese Frage zunächst einmal Einigkeit erzielen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

(Abg. Zimmermann CDU: Gibt's den noch?)

Abg. Hauk CDU: Aber bitte, Herr Kollege Palmer.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Hauk, Sie haben gerade die Rechtslage zitiert. Könnten Sie mir freundlicherweise auch erläutern, wo in der einschlägigen Rechtsprechung steht, dass das d'Hondt'sche Verfahren angewandt werden muss, damit die FDP/DVP ihre Wahlkreisabgeordneten behalten kann?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was? Jetzt liegt er aber völlig daneben! – Unruhe)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Palmer, wir haben es hier mit dem Thema Landtagswahlkreisgrößen zu tun. Das d'Hondt'sche Wahlverfahren legt der Landtag mit Mehrheit fest. Sie können sich dabei gern konstruktiv einbringen.

Halten wir so viel fest: Mit der jetzigen Reform befinden wir uns auf einer verfassungsrechtlich sicheren und sauberen Seite, weil wir für alle Landtagswahlkreise, für die wir nach baden-württembergischer Rechtsprechung und baden-württembergischem Recht handeln sollen, auch handeln. Damit bringen wir sie unter eine Abweichungsgröße von deutlich unter 25 %.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Lasotta?

Abg. Hauk CDU: Aber gerne, Herr Kollege Dr. Lasotta.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt wird's spannend! – Unruhe)

Abg. Dr. Lasotta CDU: Lieber Kollege Hauk, Sie waren bei den Verhandlungen mit der FDP/DVP zur Frage der Wahlkreisreform im Bereich Heilbronn ja dabei. Können Sie bestätigen, dass es im Endeffekt nur einen einzigen Vorschlag gab – nämlich Erlenbach aus dem Wahlkreis Neckarsulm zum Wahlkreis Heilbronn zu bringen –, der für die FDP/DVP akzeptabel war? Oder gab es auch andere Lösungsvorschläge?

(Abg. Drexler SPD: Ja, Frau Berroth!)

Abg. Hauk CDU: Ich kann bestätigen, dass es von mehreren Vorschlägen einen Vorschlag gab, der akzeptiert wurde und der einen gemeinsamen Nenner zwischen CDU und FDP/DVP gefunden hat. Dieser hat Eingang in unseren gemeinsamen Antrag gefunden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, entschieden weise ich die Ausführungen der Kollegin Berroth zurück,

(Abg. Zimmermann CDU: Oi!)

das Landtagswahlgesetz und diese Änderung sei an Personen orientiert zustande gekommen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das habe ich auch nicht gesagt! – Unruhe)

Ich weise das entschieden zurück. Für meine Fraktion, für die CDU-Fraktion, trifft dies nicht zu. Ich kann auch weitergehende Vermutungen nicht bestätigen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Hauk CDU: Im Augenblick nicht.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Zeller SPD: Schade!
– Abg. Blenke CDU: Ist auch besser so!)

Meine Damen und Herren, unser erstes Ziel war es, das Landtagswahlrecht verfassungskonform zu machen und damit eine – bei einer Anfechtung mögliche – Wiederholung der Landtagswahl zu verhindern.

Wir haben gemeinsam – darüber sind sich alle Fraktionen einig – festgestellt, dass dies ein erster Schritt ist. Diesem ersten Schritt wird ein zweiter Schritt folgen müssen. Ich verweise auf den Entschließungsantrag, den unsere Fraktion im Ständigen Ausschuss eingebracht hat

(Abg. Drexler SPD: Der ist aber nicht besprochen gewesen!)

und der, Herr Kollege Drexler, im Grundsatz eher weitergehend ist als der Ihre.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

In diesem vom Ständigen Ausschuss angenommenen Entschließungsantrag wird auch die Prüfung einer Angleichung der Wahlkreisgröße auf etwa 100 % gefordert.

(Abg. Drexler SPD: Der hat ein Holz im Ohr! Einen Spreißel!)

Ich stelle nur fest, dass Sie dies in Ihrem Antrag nicht fordern. Die Bewertung überlasse ich den Damen und Herren dieses Hauses.

Meine Damen und Herren, noch einige Anmerkungen zu den sonstig aufgeführten Vorschlägen.

Zum einen zum Vorschlag der SPD, schwankende Sitzzahlen zu vermeiden: Herr Kollege Birzele, hätte sich die Sitzzahl im Landtag von Baden-Württemberg vom Jahr 1952, also dem Jahr der Landesgründung, bis heute entsprechend der Bevölkerungszahl entwickelt, würden etwa 170 Kolleginnen und Kollegen in diesem Landtag sitzen. Damals gab es etwa 7 Millionen Einwohner und eine Regelgröße von 120 Abgeordneten, heute haben wir 10,5 Millionen Einwohner, aber immer noch eine Regelgröße von 120 Abgeordneten.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Dann hätte man es erst recht verändern müssen, Herr Kollege Hauk! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Zum Thema Gleichheit der Stimmen und Gewicht der Stimmen:

(Abg. Birzele SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin!)

(Hauk)

Das Gewicht der Stimmen, Herr Kollege Oelmayer, ist beim Einstimmenwahlrecht – ich habe das bereits bei der ersten Lesung betont – am größten. Nirgendwo hat der Bürger mit seiner Wahlentscheidung einen größeren Einfluss auf den prozentualen Anteil der Parteien bei der Zusammensetzung des Parlaments – das hat er mit den Zweitstimmen im Bundestag –, und darüber hinaus ist sein Einfluss auf die personelle Zusammensetzung dieses Landtags viel unmittelbarer,

(Abg. Fischer SPD: Aber da müssen doch die Wahlkreisgrößen erst recht stimmen!)

weil jeder Kollege von uns die Zustimmung draußen in den Wahlkreisen braucht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Hauk CDU: Nein, im Augenblick gestatte ich keine Zwischenfragen.

Wenn er die Bürgerhaftung und die Basishaftung verliert, wird er nicht mehr gewählt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das geht doch nur bei gleich großen Wahlkreisen! – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist weit überschritten.

(Abg. Drexler SPD: Schon lange vorbei!)

Abg. Hauk CDU: Ich komme auch demnächst zum Ende, Frau Präsidentin.

(Abg. Drexler SPD: „Demnächst“ geht nicht!)

Zum Zweiten: Ich darf noch ein Letztes zu den Themen Landesliste und Frauen sagen. Meine Damen und Herren, aus dem gleichen Grund, weshalb wir uns für das Einstimmenwahlrecht und auch für ein wesentlich stärkeres Bürger-votum einsetzen, lehnen wir eine Landesliste ab. Wir wollen die Bürgerhaftung und die Bürgerverhaftung der Abgeordneten und nicht in erster Linie die Parteienbindung.

(Abg. Drexler SPD: Sie verhaften die Bürger mit Ihrem Schuldenhaushalt! Das ist richtig! Mit dem Schuldenhaushalt verhaften Sie die!)

Zum Thema „Zahl der Frauen“, Herr Kollege Oelmayer, sage ich: Wohl haben wir in der CDU-Fraktion weniger, aber dafür umso stärkere Frauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Was ist denn das jetzt? – Weitere Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt wird es wieder lustig!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Werte Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber Herr Zimmermann – falls er noch da ist –,

(Abg. Zimmermann CDU: Ja!)

ich werfe nichts um, sondern ich versuche, etwas konstruktiv zusammenzubauen.

Herr Oelmayer, wenn Sie richtig zugehört hätten, hätten Sie gemerkt, dass es nicht ein Geschacher ist.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich sitze hier und muss mir das anhören, was Sie dazu erzählen! Ich fühle mich betroffen!)

– Ja, Sie haben vorhin eine ganze Menge gesagt, was gezeigt hat, dass Sie mir nicht zugehört hatten.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben eine unmögliche Rede gehalten!)

Es war vielleicht auch schwierig, weil es ja immer so laut war.

(Zuruf: Der Rest im Saal hat es genauso gehört wie der Bürger!)

Wir haben jetzt eindeutig eine kurzfristige Lösung zu treffen, und wir wollen, dass sie schnellstmöglich überholt wird durch eine weitestgehende Anpassung der Wahlkreise. Da sind wir uns doch einig. Ich weiß gar nicht, wo da Ihr Problem ist.

(Abg. Drexler SPD: Das machen Sie doch gar nicht! Sie machen es doch nicht! Heilbronn ist das Beispiel!)

Ich darf aber nicht – wenn ich eine kurzfristige Lösung mache und weiß, dass gleich darauf etwas anderes, Besseres kommt – eine Regelung treffen, die nur eine Person hier im Saal negativ betrifft.

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

Dazu stehe ich. Das ist auch nicht auf diese eine Person gemünzt,

(Abg. Drexler SPD: Sondern?)

sondern das bedeutet: Ich habe eine Abwägung zu treffen. Ich muss immer eine Risikoabwägung machen. Ich hätte mich genauso dafür eingesetzt, wenn diese eine Person irgendeiner anderen Fraktion angehört hätte.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Das ist mein Gerechtigkeitsgefühl.

(Abg. Fischer SPD: Das ist ungeheuerlich, was Sie da loslassen! – Abg. Drexler SPD: Schauen Sie doch Neckarsulm an! – Zuruf von der SPD: Das ist ja mit den Füßen getreten! – Weitere Zurufe)

Herr Oelmayer, zum Thema „Wahlberechtigte bei den Europawahlen“: Genau in den beiden Wahlkreisen, die Sie ja da meinen, nämlich den Wahlkreisen Nr. 5 und Nr. 6, woh-

(Heiderose Berroth)

nen außerordentlich viele EU-Bürger. Schauen Sie sich da einmal die Zahl der Wahlberechtigten bei der Regionalwahl an – da sind die nicht drin –, und dann haben Sie die richtigen Zahlen, und die sind bei weitem nicht so extrem. Wir haben einen Industriestandort.

(Unruhe – Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– Ich komme gleich zum Ende. – Die Frage, ob das d'Hondt'sche Verfahren angewandt werden sollte, habe ich bereits in der ersten Lesung angesprochen. Ich habe erklärt, dass das auch für uns ein Thema ist. Das steht aber heute nicht zur Debatte.

Herr Birzele, wenn Sie Ehningen und Gärtringen heute noch einmal anführen, zeigt dies, dass Sie die Wahlkreise Nr. 5 und Nr. 6 nicht kennen. Wenn das so geändert würde, wie Sie es jetzt gewollt haben – –

(Abg. Birzele SPD: Das Innenministerium! Soll ich Ihnen das vorlesen?)

Die Verwaltungsgemeinschaft, die Sie anführen, wird nicht gelebt.

(Abg. Fischer SPD: Sie haben nicht gehört, was der Herr Birzele zitiert hat!)

Ich habe mit beiden Bürgermeistern gesprochen: Diese Verwaltungsgemeinschaft wird nicht gelebt.

(Abg. Drexler SPD: Und wie ist es mit Reichenbach?)

Wenn eine solche Änderung gemacht würde, dann hätten Sie einen Wahlkreis, der mittendrin nur noch 3 Kilometer Durchmesser umfasst –

(Abg. Drexler SPD: Ja und?)

das ergibt die Form einer richtigen 8, die in der Mitte abgeschlossen ist, da es keinen durchgehenden Verkehrsweg oder Ähnliches gibt. Das kann so auch nicht sein, vor allem – –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das wissen Sie doch gar nicht! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Berroth, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Einen ganz kurzen Moment noch. Es kann nicht sein – –

(Unruhe)

– Es ist so viel dazwischengeredet worden, dass ich leider alles dreimal sagen muss. Daher dauert es einfach länger.

(Widerspruch – Unruhe – Abg. Drexler SPD: Nein, es langt einmal!)

Es darf nicht sein, dass ein Wahlkreis abgeschnürt und ihm so viel abgeknipst wird, dass der andere nachher viel größer ist und er deshalb hinterher genauso in Gefahr gerät, aus den Grenzwerten herauszugeraten.

(Abg. Drexler SPD: Nein! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Was? Das ist doch wohl ein Witz!)

Deswegen wollen wir eine grundlegende Neuregelung.

(Abg. Fischer SPD: Wann?)

Nun noch zu der Frage von Herrn Lasotta.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Berroth, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es gab im Vorfeld eine ganze Menge an Vorschlägen, die die FDP/DVP akzeptiert hat und die in der Anhörung waren. Zur letzten Entscheidung wurde uns ein Vorschlag vorgelegt, der nicht in der Anhörung gewesen war. Diesem Vorschlag konnten wir nicht zustimmen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

(Abg. Fischer SPD: Der hat es jetzt aber schwer! – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich will noch etwas vom Hüter der Verfassung hören! – Abg. Fischer SPD: Jetzt sind wir aber gespannt!)

Innenminister Rech: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Zunächst einmal möchte ich auf einen Halbsatz des Kollegen Oelmayer hinweisen, der dankenswerterweise gefallen ist, damit wir uns auf das besinnen, was wir in der ersten Lesung zunächst einmal einvernehmlich beschlossen hatten und nun auch verabschieden sollten, nämlich das Landtagswahlgesetz mit den Veränderungen, die im Einzelnen schon dargelegt wurden;

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Verfahrenstechnisch, ja!)

das ist ja auch im Ständigen Ausschuss verfahrenstechnisch diskutiert worden. Die Änderungen – das sage ich noch einmal – stellen aus der Sicht der Landesregierung eine sinnvolle und notwendige Weiterentwicklung der Verfahrensvorschriften des Landtagswahlrechts dar.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Da sind wir dabei!)

Unabhängig davon sollten die anderen wahlrechtlichen Themen behandelt und beschlossen werden.

Bevor ich auf einzelne Aspekte – nicht auf alle, aber auf einzelne Aspekte – eingehe, möchte ich zunächst einmal sagen, dass natürlich die annähernd gleiche Wahlkreisgröße im Hinblick auf das verfassungsrechtliche Gebot der Wahlrechtsgleichheit besondere Bedeutung hat. Das müssen wir uns verinnerlichen; daran müssen wir uns messen lassen. Aber diese rechtlichen Rahmenbedingungen für die zulässige Wahlkreisgröße sind im Land Baden-Württemberg nicht gesetzlich normiert. Immerhin haben wir aber einen Maßstab, und dieser Maßstab ist die Rechtsprechung des Staats-

(Minister Rech)

gerichtshofs. Der Staatsgerichtshof hat sich bislang an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für die Bundestagswahl orientiert und hat zuletzt 1990 eine Abweichung von mehr als 33 1/3 % verfassungsrechtlich als absolut unzulässig angesehen. Abweichungen von mehr als 25 % sollen – so sagt er – nach Möglichkeit vermieden werden.

Aufgrund dieser Hinweise des Bundesverfassungsgerichts in seinem letzten Urteil hat der Bundesgesetzgeber 1998 im Bundestagswahlgesetz die Grenzen der zulässigen Abweichung herabgesetzt,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Was jetzt?)

nämlich die Abweichung von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße von mehr als 25 % als absolut unzulässig und eine Abweichung von mehr als 15 % als „soll nach Möglichkeit vermieden werden“ bezeichnet.

Der Änderungsantrag der Regierungsfractionen hat diese geänderte Rechtsprechung, diese veränderten Maßstäbe durchaus im Blick und wird ihnen mit den vorliegenden Anträgen auch gerecht.

(Abg. Birzele SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, eine Zwischenfrage!)

Der Vorschlag enthält Neuabgrenzungen von fünf Wahlkreisen, die von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße von 104 483 Wahlberechtigten um mehr als 25 % abweichen – sie sind genannt worden: Leonberg, Geislingen, Bietigheim-Bissingen, Heilbronn und Biberach.

Jetzt muss ich aber sagen –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Innenminister Rech: Ja, sofort, nur noch einen Satz dazu: Diese Minimallösung hat aber schon Auswirkungen auf bis zu sieben weitere Wahlkreise, nämlich Böblingen, Kirchheim, Göppingen, Vaihingen, Eppingen, Neckarsulm und Wangen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Eppingen ist schon draußen!)

Von diesen Vorschlägen wären je nach Alternative bis zu 12 Gemeinden betroffen. Das ist nicht – wie wir an der ganzen Diskussion ja gerade sehen – so mal eben mit der linken Hand zu machen.

Herr Kollege Birzele, gerne.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Birzele, Sie erhalten das Wort.

Abg. Birzele SPD: Herr Innenminister, stimmen Sie der Auffassung zu, dass bei unserem Wahlrecht die zulässigen Grenzen für eine Abweichung von 15 bzw. 25 %, die das Bundesverfassungsgericht nennt, noch enger gefasst werden müssen?

Zweitens: Können Sie mir erklären, bei welchen Wahlkreisen, die eine Abweichung von mehr als 15 % haben sollen, Sie überhaupt Prüfungen unternommen haben und aufgrund welcher Erwägung Sie jede Änderung abgelehnt haben?

Innenminister Rech: Herr Kollege Birzele, auf die Auswirkungen komme ich gleich noch zu sprechen. Aber zum anderen möchte ich schon darauf hinweisen, dass nicht das Innenministerium die Wahlkreisgröße festlegt und es sie auch nicht festzulegen hat.

(Abg. Birzele SPD: Es geht mir um Ihre Meinung!)

Das ist nicht unser Auftrag. Deswegen haben wir alle Varianten geprüft, die uns vorgelegt wurden, und zwar mit allen Alternativen, die überhaupt nur denkbar sind. Aber die Wahlkreisgröße – wo kämen wir da hin! –, das ist in meinen Augen ein falsches Argument. Das ist ein bedenkliches Verfassungsargument.

(Abg. Birzele SPD: Ich will Ihre Meinung wissen!
– Abg. Drexler SPD: Sie haben keine Meinung?)

– Als Abgeordneter habe ich sehr wohl eine Meinung dazu. Aber als Innenminister werde ich mich hüten, dem Landtag vorzuschreiben, wie die Wahlkreise im Einzelnen auszusehen haben. Das wäre ja ein ganz komisches Verständnis.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie können Ihre Meinung sagen! – Abg. Birzele SPD: Aber als Innenminister haben Sie doch eine Meinung, weil Sie für die Verfassung zuständig sind! Ihre Meinung! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Ja, natürlich. Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie sich meine Meinung manifestiert. Sie manifestiert sich in der Frage, welche Abgrenzungsgrundsätze zugrunde zu legen sind. Das ist eine ganz wichtige Geschichte. Da habe ich und hat das Innenministerium klar Folgendes gesagt:

Erstens: Die Regierungsbezirksgrenzen werden wir, wie bisher, uneingeschränkt einhalten.

Zweitens: Die Wahlkreise bestehen aus einem zusammenhängenden Gebiet. Das ist logisch. Das muss ich nicht weiter ausführen.

Drittens: Die Grenzen der Gemeinden sowie der Stadt- und Landkreise werden nach Möglichkeit eingehalten. Ich sage gleich, weshalb es „nach Möglichkeit“ heißt.

Viertens: Die Übereinstimmung von Bundestags- und Landtagswahlkreisen wird angestrebt.

Die Punkte 2 und 3, also das zusammenhängende Gebiet der Wahlkreise und die Grenzen der Gemeinden und der Stadt- und Landkreise nach Möglichkeit einzuhalten, sind im Übrigen auch als Sollgrundsätze im Bundestagswahlgesetz enthalten. Die Berücksichtigung der aktuellen Verwaltungsgrenzen der Kreise ist, denke ich, für alle vorteilhaft, die sich an diesem Wettbewerb beteiligen, nämlich für die örtlichen Parteiorganisationen, zum Beispiel bei der Aufstellung der Bewerber und der wahlberechtigten Mitglieder eines Kreisverbands, für die Wahlorganisation, den Kreiswahlleiter usw. Sie ist natürlich auch für die Rechtsaufsicht

(Minister Rech)

des Landratsamts vorteilhaft, weil diese dann – Stichwort Kreiswahlleiter – für die Gemeinden zuständig ist.

Zum vierten Punkt: Es liegt auch im Landesinteresse, dass die Deckungsgleichheit der Grenzen zwischen Landtags- und Bundestagswahlkreisen zumindest angestrebt werden soll.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich den vom Ständigen Ausschuss angenommenen Entschließungsantrag ansehen, bemerken Sie, dass er beinhaltet, dass die Landesregierung unter Hinzuziehung von Prognosen des Statistischen Landesamts baldmöglichst einen Bericht vorlegen soll zu der Frage, welche Auswirkungen eine Abweichung von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße um nicht mehr als 15 % auf die Festlegung der Landtagswahlkreise hätte. Dies ist schon ein Gewaltakt. Da wird sich hinterher zeigen, wer an einer durchgreifenden Reform interessiert ist.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist aber ohne Konsequenz! – Abg. Drexler SPD: Aber ohne Konsequenz!)

– Ich komme gleich darauf. – Nach einer ersten Einschätzung, Herr Kollege Oelmayer, würde mit einer Abweichungsgrenze von 15 % grundlegend in die bestehende Wahlkreisstruktur eingegriffen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, das ist klar!)

Etwa 25 Wahlkreise dürften unmittelbar betroffen sein und eine weitaus größere Anzahl Folgeänderungen bei den angrenzenden Wahlkreisen auslösen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir dann in zahlreichen Fällen die Landkreisgrenzen nicht mehr einhalten könnten. Diese Dinge sind nicht einfach so mit der linken Hand zu machen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, klar!)

Meine Damen und Herren, zu einzelnen Aspekten. Herr Kollege Birzele, zunächst liegen Sie falsch, wenn Sie meinen, wir könnten den Gesetzentwurf heute en passant absetzen und im neuen Jahr ohne Schaden wieder aufrufen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Nicht en passant!)

Ich zitiere aus der Begründung Ihres Antrags Drucksache 13/3594. Da sagen Sie völlig zu Recht:

Delegierte könnten ab 1. Dezember 2004 gewählt werden, Nominierungsversammlungen ab 1. März 2005 stattfinden. Eine Novellierung des Landtagswahlrechts sollte deshalb möglichst noch in diesem Jahr vorgenommen werden.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Was die Wahlkreisgrößen betrifft, müssen wir eine Entscheidung treffen, und zwar heute, am letztmöglichen Termin.

(Abg. Birzele SPD: Dann wäre es doch sowieso schon zu spät! Sie argumentieren ja unschlüssig!)

– Nein, eben nicht. Ich weiß, worauf Sie hinauswollen. Die Parteien wurden informiert, dass sie vor dem Abschluss

dieser Debatte mit dem heutigen Tage keine Vertreterversammlungen einberufen sollen. Das ist auch in keinem Fall geschehen. Es ist deswegen unschädlich, dass wir nicht schon bis Ende November, sondern erst heute, am 15. Dezember, beschließen. Aber rechtlich gesehen ist völlig klar, dass wir heute den letztmöglichen Zeitpunkt haben, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, dass uns die Geschichte um die Ohren geworfen wird.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Innenminister Rech: Ja, gern.

Abg. Birzele SPD: Herr Innenminister, sind Sie bereit, einzuräumen, dass die Vertreter, die Delegierten in Gemeinden gewählt werden und dass Sie ja als Prinzip vorausgesetzt haben, dass die Gemeindegrenzen nicht durchschnitten werden, sodass bei der Wahl von Vertretern noch kein Problem eintritt, sondern erst bei der Nominierungsversammlung?

Innenminister Rech: Das Problem tritt bereits ein mit den nicht eingehaltenen Fristen für die Wahl der Vertreter. Die Parteien wählen ihre Delegierten, und wenn sie dies am 2. Dezember tun, greifen wir rückwirkend ein.

(Abg. Birzele SPD: Ja, die werden aber in der Gemeinde gewählt! – Abg. Fischer SPD: Und die lesen doch Zeitung! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– Na gut, dann könnten Sie sagen, wir müssten die Wahl verschieben, Herr Kollege Oelmayer. Dies ist aber ebenfalls nicht möglich, denn die Legislaturperiode endet am 31. Mai 2006. Deswegen müssen wir rückwirkend rechnen, mit den 15 und den 18 Monaten. Und da haben Sie schon das Problem.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Lassen Sie mich abschließend noch ganz kurz darauf eingehen, dass hier natürlich einiges gesagt wurde, was durchaus richtig ist. Deswegen kann ich in gewissem Umfang die Erregung verstehen, aber nur in gewissem Umfang.

Tatsache ist eben, dass bei unserem Wahlrecht mit der Zweitauszählung der Stimmen eigentlich nur eine Partei – ich sage das völlig unaufgeregt – keine Probleme hat, und das ist die CDU. Hier sitzt keine Kollegin, sitzt kein Kollege, die ihren oder der seinen Wahlkreis nicht mit der absoluten Mehrheit der Zahl der Stimmen gewonnen hätte.

(Abg. Birzele SPD: Mit der relativen! Nicht übertreiben!)

– Mit der relativen Mehrheit. Bei der CDU hat keiner ein Problem damit. Aber die kleineren Parteien trifft es natürlich schon in erheblichem Umfang, wenn die Größe des Wahlkreises in dem Maße nach oben oder nach unten abweicht, wie es bei uns teilweise der Fall ist.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Trotzdem wollen wir die Reform!)

(Minister Rech)

Um da ein größtmögliches Maß an Gerechtigkeit herzustellen, müssen wir auch ein größtmögliches Maß an Gleichheit der Wahlkreisgrößen herstellen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die Unterhaltungen draußen zu führen.

Innenminister Rech: Dieses Ziel wird also mit dem Entschließungsantrag verfolgt.

Ich bin nach der heutigen Debatte nicht so zuversichtlich, dass alle Kolleginnen und Kollegen überhaupt noch einmal in dieses Parlament kommen wollen,

(Lachen der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

ich bin aber zuversichtlich, dass wir mit dem Entschließungsantrag nicht nur die Richtung aufzeigen, sondern auch das Ziel erreichen werden. Aber das gibt ein hartes Stück Arbeit und wird alle Fraktionen in diesem Hause fordern. Dann wird sich zeigen, wer heute hehre Ziele vor sich herschiebt und wem tatsächlich an einer Chancengleichheit und Wahlgerechtigkeit gelegen ist. Wir werden sehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Abg. Fischer zur Geschäftsordnung.

Abg. Fischer SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage im Namen der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE Zurücküberweisung an den Ständigen Ausschuss.

(Abg. Sieber CDU: Sehr gut! – Allgemeine Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Die Fraktion der SPD und die Fraktion GRÜNE beantragen Zurücküberweisung an den Ständigen Ausschuss. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe von der SPD: Jawohl!)

Gegenprobe! – Das Letztere war die Mehrheit.

(Widerspruch bei der SPD)

– Es war eindeutig die Mehrheit, meine Damen und Herren.

(Abg. Fischer SPD: Wir zweifeln das Abstimmungsergebnis an! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Namensaufruf!)

Das Abstimmungsergebnis wird angezweifelt. Deshalb bitte ich darum, nochmals abzustimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Capezzuto SPD: So, jetzt abzählen! Zwei, drei Aufrichtige! – Abg. Walter GRÜNE: Wieser, Hand hoch! – Zuruf von der SPD zu Abg. Drautz FDP/DVP: Richie! – Unruhe)

Für den Antrag stimmen meiner Zählung nach 55 Abgeordnete. –

(Abg. Walter GRÜNE: Die Mehrheit!)

Gegenprobe! –

(Abg. Walter GRÜNE: 53!)

61 Stimmen dagegen. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/3680. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/3825 Abschnitt I.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landtagswahlgesetzes

Wer den Nummern 1 bis 18 des Artikels 1 in der Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Nummern 1 bis 18 des Artikels 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe nunmehr in Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/3825, die dort begehrte neue Nummer 19 sowie dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/3876-2, auf.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag ab. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer der in Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/3825, begehrten neuen Nummer 19 mit den eben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Birzele SPD: Moment! Jetzt kommt Artikel 2 und dann Artikel 3!)

– Nein, das kommt hinterher. Zuerst muss ich über die in Abschnitt I der Beschlussempfehlung begehrte neue Nummer 19 abstimmen lassen.

(Abg. Birzele SPD: Zur Geschäftsordnung! Wir haben gerade abgestimmt! Der Antrag ist angenommen worden! Nummer 19 in der Fassung des Antrags der CDU und der FDP/DVP! Damit ist dies beschlossen! Im Gesetz müssen wir jetzt mit Artikel 2 und Artikel 3 weiterfahren!)

– Aber wir müssen doch über die in Abschnitt I der Beschlussempfehlung begehrte neue Nummer 19 noch abstimmen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

(Abg. Birzele SPD: Über die Nummern 1 bis 18 ist bereits abgestimmt! – Unruhe)

Die Verwaltung bestätigt mir, dass wir über die in Abschnitt I der Beschlussempfehlung begehrte neue Nummer 19 noch abstimmen müssen. Dies tun wir.

(Abg. Birzele SPD: Nein, wir stimmen über den Gesetzentwurf ab! – Abg. Herrmann CDU: So ist es richtig! Der Herr Vizepräsident hat nicht Recht!)

Ich bitte um das Handzeichen. Wer stimmt der in Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/3825, begehrten neuen Nummer 19 mit den beschlossenen Änderungen zu? –

(Abg. Alfred Haas CDU: Birzele ist ja gerade nicht Vizepräsident!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Abg. Herrmann CDU: Das ist richtig! Die Frau Präsidentin hat Recht!)

Der neuen Nummer 19 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die

Artikel 2 und 3

des Gesetzentwurfs auf. Wer stimmt diesen Artikeln zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Artikeln 2 und 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 15. Dezember 2004 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlus s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3876-1, und über die Abschnitte II, III und IV der Beschlussempfehlung.

Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Weil vorher bezweifelt wurde, dass unser Entschließungsantrag weit genug geht, will ich die Anregung des Kollegen Hauk aufgreifen und schlage im Namen der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE folgende Änderung in Abschnitt I Ziffer 2 des Entschließungsantrags vor:

... durch die sichergestellt wird, dass alle Wahlkreise möglichst der Durchschnittsgröße entsprechen, keines-

falls jedoch mehr als 15 % nach oben oder unten vom Durchschnitt der Wahlkreise abweichen;

Ich denke, damit könnten Sie unseren Antrag annehmen.

(Abg. Herrmann CDU: Nein! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das haben wir doch schon beschlossen! Das haben wir im Ständigen Ausschuss schon beschlossen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich stelle den Entschließungsantrag mit der von Abg. Birzele vorgetragenen Änderung in Abschnitt I Ziffer 2 zur Abstimmung. Wer stimmt dafür?

(Abg. Hauk CDU: Den Entschließungsantrag der SPD?)

– Den Entschließungsantrag. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Drexler SPD: Also, dann passiert nichts!)

Ich lasse nunmehr über die Abschnitte II, III und IV der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/3825, abstimmen. Wer diesen Abschnitten zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Abschnitten II bis IV der Beschlussempfehlung ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich erteile nun Herrn Abg. Dr. Lasotta das Wort für eine Erklärung zur Abstimmung.

(Abg. Wacker CDU: Redezeit! – Abg. Dr. Birk CDU: Redezeit! Kurz!)

Abg. Dr. Lasotta CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Politikverdrossenheit hat Ursachen. Deswegen möchte ich eine persönliche Erklärung zu meinem Abstimmungsverhalten abgeben.

Ich habe dem Gesetz nicht zugestimmt, weil ich der Meinung bin, dass insbesondere im Bereich Heilbronn ein nicht richtiger Wahlkreisausgleich gefunden wurde.

Was ist hier passiert? Es wurde keine sachgerechte Lösung gefunden. Vielmehr wurde hier ein durchsichtiges Spiel vonseiten der FDP/DVP zum Schutz des Mandats des Abg. Drautz durchgedrückt

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Durchsichtiges Spiel der CDU!)

und damit letztendlich eine Lösung erreicht, die man nur als „Lex Drautz“ bezeichnen kann.

Ich möchte es kurz erläutern: Die Größe des Wahlkreises Heilbronn liegt unter dem Landesdurchschnitt und muss dringend angeglichen werden; da sind wir uns alle einig. Der Wahlkreis Eppingen ist überdurchschnittlich groß. Die Größe des Wahlkreises Neckarsulm, der im Norden angrenzt, liegt genau im Durchschnitt.

Was wäre die logischste Variante gewesen? Man hätte Gemeinden vom Wahlkreis Eppingen in den Wahlkreis Heilbronn gebracht, und damit wäre die Sache gegessen gewesen.

(Dr. Lasotta)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Es hätte eine sinnvolle Lösung gegeben. Zum Beispiel hätte man die Gemeinden Flein und Talheim – diese Gemeinden haben auch eine enge Bindung zu Heilbronn – gut in den Wahlkreis Heilbronn eingliedern können. Stattdessen hat man durchgedrückt, dass die Gemeinde Erlenbach aus dem Wahlkreis Neckarsulm, die dafür nicht geeignet ist, in den Wahlkreis Heilbronn kommt.

Was ist die Problemstellung? Das baden-württembergische Wahlrecht sieht vor, dass die absolute und nicht die prozentuale Zahl der Stimmen zählt. Der Abgeordnete Drautz hatte bei der letzten Landtagswahl gerade einmal 40 Stimmen Vorsprung. Die FDP/DVP hat ihm durch die Neugliederung seinen Wahlkreis gesichert,

(Abg. Alfred Haas CDU: Wer weiß, wer weiß?)

ohne dass da letzten Endes irgendwelche Einschnitte gekommen sind, damit der Vorsprung gehalten werden kann.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wer weiß? – Abg. Walter GRÜNE: Aber die CDU doch auch! Ihr stimmt doch mit! – Unruhe)

Die FDP/DVP hat letzten Endes diese Lösung als einzige Lösung akzeptiert. Deswegen haben auch viele Kollegen der CDU-Fraktion, weil sie eine verfassungsgemäße Wahl stattfinden lassen wollen, mit geballter Faust in der Hosentasche zugestimmt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt!)

Warum ist Erlenbach aus dem Wahlkreis Neckarsulm für eine Zuordnung zum Wahlkreis Heilbronn ungeeignet? Zum einen bildet Erlenbach eine Verwaltungsgemeinschaft mit Neckarsulm. Die wirtschaftlichen Bindungen gehen eben mehr nach Neckarsulm als nach Heilbronn. Der öffentliche Personennahverkehr ist an Neckarsulm und den Landkreis angebunden. Die Bindung der Bürger an die Schulen gehen Richtung Neckarsulm. Deswegen ist eine Änderung der Wahlkreise in diesem Bereich nicht geeignet, zumal dieser Vorschlag den Wahlkreis Heilbronn auch langfristig nicht sichert, sondern im Endeffekt eine Mini-mallösung darstellt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, sich kurz zu fassen.

Abg. Dr. Lasotta CDU: Ja. Bisher war es ja relativ kurz.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich bin gleich fertig. Ich wollte das nur deutlich machen.

Die Sicherung der Macht und der Position des Abg. Drautz erfolgt auf Kosten anderer. Ich empfinde dies ein Stück weit als Erpressung. Ich stehe auch zu dem, was ich gegenüber der Presse geäußert habe, auch wenn Frau Berroth meint, ich hätte dazu nichts zu sagen. Aber ich glaube, ich

bin da wirklich unbefangen, weil sie in der Tat ja auch bestätigt hat, dass das Ergebnis für den CDU-Abgeordneten im Wahlkreis Neckarsulm völlig unabhängig davon ist. Aber mir geht es eben um sachgerechte Lösungen und um Lösungen, die gerecht sind, die die Bürger auch als gerecht empfinden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Deswegen reißt sich dieses Verhalten der FDP/DVP eigentlich nahtlos in eine Reihe sachfremder Entscheidungen ein.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das fing an mit dem zusätzlich geschaffenen Amt der dritten stellvertretenden Landtagspräsidentin,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das geht jetzt zu weit!)

setzte sich damit fort, dass die ehemalige Justizministerin Eigentümerin ihrer Kanzlei geblieben ist, . . .

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Wahrheit tut weh! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nur eine Erklärung zur Abstimmung abgeben.

Abg. Dr. Lasotta CDU: . . . und reichte bis hin zur Änderung des Kreistagswahlrechts, die letztlich auch eine einzige Lösung für die FDP/DVP gewesen ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Walter GRÜNE: Jawohl, auch noch! – Abg. Blenke CDU: Beifall von der falschen Seite!)

Deswegen ist das nicht hinnehmbar.

Mein letzter Satz, Frau Präsidentin: Nach dem heutigen Tag kann im Unterland und in Baden-Württemberg eigentlich niemand mehr guten Gewissens Richard Drautz und die FDP/DVP wählen. Ich rufe die Wähler im Unterland dazu auf, die FDP/DVP bei der nächsten Landtagswahl abzustrafen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Beifall des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das geht zu weit! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da können sich viele Kollegen eine Scheibe abschneiden! Das war Klasse, Herr Lasotta!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung erteile ich Herrn Abg. Theurer. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, sich kurz zu fassen.

(Abg. Drexler SPD: Ich glaube, ich gebe auch noch eine Erklärung zur Abstimmung ab! – Abg. Dr. Birk CDU: Kollege, bitte besonnen! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Abg. Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich bei der Schlussabstimmung über das Gesetz der Stimme enthalten, weil ich die Diskussion in diesem hohen Haus für scheinheilig halte. Alle Abgeordneten sind direkt oder indirekt vom Zuschnitt der Wahlkreise betroffen. Ich halte das derzeitige Wahlrecht nicht für gerecht. Die Chancengleichheit der einzelnen Bewerber ist nicht gewährleistet.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Das gilt insbesondere bei der Zweitauszählung. Der gleiche Erfolgswert der einzelnen Stimme des Wählers ist ebenfalls nicht gegeben. Ich kündige hier an, dass ich mir eine gerichtliche Überprüfung des Wahlrechts vorbehalte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Familienpolitik – Ziele und Umsetzung – Drucksache 13/2331

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Klenk, Sie erhalten das Wort zur Begründung des Antrags und zur Aussprache.

(Unruhe)

Abg. Klenk CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Familienpolitik ist einer der bisherigen und auch einer der künftigen Schwerpunkte der CDU-Landtagsfraktion. Deshalb haben wir unseren Antrag auch mit „Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode“ überschrieben. Liebe Kollegin Lösch, wir wollten Ihnen nicht vor Weihnachten noch eine Steilvorlage liefern.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Haben Sie aber! Danke!)

Uns hat nämlich gefreut, dass wir mit unseren Leistungen in Baden-Württemberg in Bezug auf Familienpolitik schon immer einen Spitzenplatz im Konzert der Länder hatten und noch haben. Dies zeigt sich deutlich sowohl in der Vielfalt der Projekte als auch in der Summe der Ausgaben, die uns die Familie wert ist. Wir wissen aber sehr wohl, dass wir uns nicht zurücklehnen können und ausruhen dürfen, sondern wir müssen unsere Politik stetig den Veränderungen anpassen, neue Wege gehen und eben auch Kurskorrekturen anbringen, um die großen Herausforderungen für die Zukunft der Familien zu meistern.

Um es gleich vorweg zu sagen: Der Antrag ist ja nun schon ein paar Tage alt. Bevor Sie von der Opposition es uns nachher um die Ohren schlagen: Wir müssen aus finanziellen Gründen eben auch einen Teil der Programme streichen.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es leider!)

Teilweise gibt es dafür künftig andere Fördermöglichkeiten bzw. auch andere Zuständigkeiten. Dies darf man zum Teil auch gern kritisieren. Aber, meine Damen und Herren, wir befinden uns ja gerade auch in Haushaltsberatungen, und wir haben heute Vormittag gehört, wie es um den Haushalt bestellt ist. Es ist unsere Pflicht und auch unsere Verantwortung gegenüber jungen Familien und ihren Kindern, keine Schuldenberge aufzubauen und zu hinterlassen, denn auf denen kann man bekanntlich schlecht spielen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Familienpolitische Ziele werden, wie die Landesregierung richtig anführt, nicht nur durch Geldleistungen oder Vergünstigungen für Familien erreicht. Auch kann und darf der Staat nicht alle Aufgaben und jede Verantwortung übernehmen. Alle sind gefragt: die Familien selbst, die Kommunen sowie zentrale gesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften, Unternehmer, Medien und Wissenschaft, soziale Betriebspartner und alle anderen, die sich daran beteiligen wollen. Sie müssen motiviert werden, sich für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft einzusetzen.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Angesichts lauter werdender Forderungen nach längeren Arbeitszeiten und höheren Leistungsanforderungen kommt der Balance zwischen Familie und Beruf künftig eine besondere Bedeutung zu. Wenn wir eine familienfreundliche Gesellschaft wollen, brauchen wir auch eine familienfreundliche Arbeitswelt. Dazu brauchen wir die konkrete Unterstützung der Unternehmen, die es Vätern und Müttern erlaubt, familiäre Verpflichtungen und berufliches Engagement miteinander zu verbinden. Dies ist meiner Meinung nach auch der Kern der Frucht für mehr als Ein-Kind-Familien. Dazu brauchen wir eine Offensive. Die Einrichtung der „Zukunftswerkstatt Familien“ ist unserer Meinung nach der richtige Ansatz,

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl!)

Familienpolitik über alle Politikfelder hinweg zu begreifen und auch zu realisieren. Dabei verstehen wir unter dem Begriff „Werkstatt“ keine Reparaturwerkstatt, sondern eine Werkstatt, in der man kreativ plant, abstimmt und die Werkstücke vom Rohling bis zum Feinschliff immer den jeweiligen Erfordernissen anpasst und auch herzeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gute, sehr positive Beispiele gibt es bereits. Genannt sei nur eines der jüngsten: das Pforzheimer Bündnis für Familie. Vor Ort, meine Damen und Herren, muss man verinnerlichen, dass Familienfreundlichkeit ein Standortfaktor ist, von dem die Zukunftsfähigkeit auch unserer Städte und Gemeinden abhängt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut!)

Was ich übrigens als sehr bedauerlich empfinde, ist die Tatsache, dass wir allesamt, Politik wie Gesellschaft, erst durch die Krise der Sozialsysteme letztendlich bemerkt haben, welchen dramatischen Geburtenrückgang wir in Deutschland überhaupt haben.

(Klenk)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir haben es schon gemerkt, bloß die CDU nicht, Herr Kollege! – Gegenruf Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt komm!)

Aufgabe der Politik muss es deshalb sein, im Rahmen unserer Möglichkeiten die Bedingungen so zu verändern, dass sie mehr Mut machen, Elternverantwortung zu übernehmen, und zwar unter Berücksichtigung der vielfältigen Lebensentwürfe und Lebensformen von Kindern von heute. Dazu zählt in erster Linie die Unterstützung der Familien, die sich für die Betreuung in der Familie entscheiden, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit verbunden der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen. Doch Betreuungsangebote sind beileibe – meine Damen und Herren, das muss auch wieder einmal gesagt werden – nicht alles. Wir schauen ja manchmal so gern über die Grenze dorthin, wo es positive Beispiele gibt. Ich sage Ihnen nur: In Italien,

(Abg. Zeller SPD: Finnland!)

wo Kinder bis 16 Uhr betreut werden und die Zahl der Ganztagschulen hoch ist, ist die Geburtenrate noch niedriger als in Deutschland.

(Abg. Alfred Haas CDU: Hört, hört! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Schauen Sie mal nach Skandinavien!)

Früher war Italien als geburtenreiches und kinderfreundliches Land bekannt. Heute hat Italien die niedrigste Geburtenrate der Welt.

Jetzt kommen wir zu Finnland. Wenn wir nach Finnland blicken,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dort ist es kalt!)

das wir derzeit gern als lobendes Beispiel auch in anderen Zusammenhängen erwähnen, dann stellen wir fest: Dort liegt die Geburtenrate bei 2,2 und damit über der in Deutschland, wo Frauen im Durchschnitt 1,3 Kinder auf die Welt bringen. Aber was tun die in Finnland? Der Staat unterstützt dort Mütter und Väter dahin gehend, dass in den ersten drei Jahren eine Betreuung zu Hause in der Familie gewährleistet ist und dann die Rückkehr in den Beruf ermöglicht wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Aha! Sehr gut! – Abg. Zeller SPD: War es das jetzt?)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon ein bisschen erstaunt über den Schlusssatz des Herrn Kollegen Klenk.

(Abg. Alfred Haas CDU: Da muss man ein bisschen nachdenken!)

Denn nach der letzten familienpolitischen Debatte

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie müssen nachdenken!)

– da mangelt es bei mir nicht, im Gegensatz zu manchen anderen, Herr Kollege Haas –

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Eigentor! – Abg. Alfred Haas CDU: Ja, dann denken Sie mal nach!)

hatte ich eigentlich gedacht, dass es das Ziel der CDU-Fraktion sei – so ist es ja zumindest Ihrem Antrag zu entnehmen –, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken.

(Abg. Alfred Haas CDU: Da arbeiten wir dran!)

– Das ist auch dringend notwendig.

Ich möchte gerne in der heutigen Debatte Ihren eigenen Maßstab anlegen. Sie überschreiben Ihren Antrag ja „Ziele und Umsetzung“. Deshalb möchte ich jetzt die Ziele, die Sie selber nennen, an den familienpolitischen Taten messen.

Sie nennen als eines der Ziele die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Ausbau der Kinderbetreuung. Sie wissen, dass Sie da erheblichen Nachholbedarf haben, weil wir bei der Kleinkindbetreuung, der Schulkindbetreuung und der Ganztagsbetreuung Schlusslicht im Bundesländervergleich sind.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt doch nicht! Schon wieder die Tagesmütter ausgenommen!)

– Ach, Herr Kollege Haas! Ich weiß, dass Sie sich so gern mit der Tagespflege schmücken.

(Abg. Alfred Haas CDU: Zu Recht!)

Aber selbst wenn Sie die Tagespflege und alles zusammenrechnen, haben Sie nur für 5 % der Kleinkinder ein Angebot –

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber nicht Schlusslicht!)

für 5 %! –, und der Bedarf liegt bei 20 %.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Laut Schmidt!)

– Nein, Herr Kollege Haas, laut der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg ist das der Bedarf. Das sollten vielleicht selbst Sie zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das schafft er nicht!)

Sie sagen, Schwerpunkte beim Ausbau der Kinderbetreuung sollten ein ganzheitliches Sprachförderkonzept und ein Orientierungsplan für die frühkindliche Bildung und Erziehung sein. In dem Haushalt, den Sie vorgelegt haben, findet sich nichts zu einem ganzheitlichen Sprachförderkonzept.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die 6,5 Millionen € sind nicht im Haushalt zu finden. Beim Vorlegen Ihres Bildungs- und Erziehungsplans sind Sie jetzt auch in der Schlussgruppe der Bundesländer. Elf Bundesländer sind schon bei der Umsetzung ihres Erziehungs- und Bildungsplans. Wir hinken hinterher.

(Marianne Wonnay)

In der Stellungnahme zu Ihrem Antrag, zu Ihrer parlamentarischen Initiative wurde als weiteres Ziel die Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Eltern genannt. Sie rühmen sich da des Mutter-Kind-Programms. Die CDU lobt sich dafür.

(Abg. Alfred Haas CDU: Eineinhalb Jahre ist das her! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Manchmal ist es gut, wenn man so alte Anträge so spät diskutiert!)

Nach eineinhalb Jahren gilt dies nicht mehr. Das Programm mit 5 Millionen € wird komplett gestrichen. Sie lassen sozial schwache Alleinerziehende im Regen stehen. Das ist die Konsequenz Ihrer CDU-Politik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie rühmen sich einer Zukunftswerkstatt zugunsten von Familien.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist was Tolles!)

– Das hört sich verbal alles wunderbar an. – Sie haben sich selber als Ziel gesetzt, dass es keine Maßnahmen zulasten von Familien geben soll und, wenn so etwas droht, dann entsprechenden Ausgleich zu finden.

Jetzt schaue ich mir – gemessen an Ihrer Zielsetzung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen – doch einmal den Wiedereinstieg von Müttern in das Erwerbsleben an, den Sie unterstützen wollen. Was tut die Landesregierung und was tun die sie tragenden Fraktionen? Sie streichen ein Drittel der Zuschüsse für die Kontaktstellen „Frau und Beruf“, die an genau dieser Zielsetzung arbeiten, und gefährden damit das Ziel, das Sie selber als solches benennen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Überhaupt nicht!)

Da muss ich Ihnen sagen: Sie reißen die familienpolitische Messlatte deutlich.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Als Zielsetzung bei Ihrer Zukunftswerkstatt nennen Sie, Sie wollten andere Partner aktivieren, ihrerseits etwas dazu zu tun, Akzente für Familien zu setzen.

Nehmen wir doch einmal die Kommunen, die besonders im Bereich der Kinderbetreuung gefordert wären. Was tun Sie im Haushalt? Sie streichen den Kommunen 500 Millionen € und sagen gleichzeitig: „Ihr seid schuld, wenn der Ausbau der Kinderbetreuung nicht stattfindet.“ Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Alfred Haas CDU: Nein, das sagen wir nicht!)

Deshalb sage ich Ihnen in einer kurzen, knackigen Analyse Ihres Antrags: Ihre familienpolitischen Ankündigungen und Ihre familienpolitischen Taten klaffen himmelweit auseinander. Sie lassen die Familien in Baden-Württemberg sprichwörtlich im Regen stehen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Überhaupt nicht! – Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Alfred Haas CDU: „Mäßiger Beifall“ steht im Protokoll!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es in der Tat so: Denjenigen, der mit einem Antrag ein bisschen spät kommt, bestraft die Wirklichkeit. Das ist ja nun so. In diesem Antrag werden zu Recht viele familienpolitische Maßnahmen des Landes lobend aufgezählt. Trotzdem darf man eines natürlich nicht machen, Frau Wonnay: Man darf nicht so tun, als hätten wir bei den Kommunen jetzt den Kinderbetreuungsanteil gestrichen. Der bleibt, wie Sie wissen, garantiert. Übrigens wurde die Deckelung damals als negativ dargestellt, aber sie gibt auch eine Garantie, dass die 400 Millionen € für den Kindergartenbereich bei den Kommunen bleiben. Da sollte man schon einigermaßen ehrlich sein.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wonnay?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gerne.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Kollege Noll, würden Sie mir zustimmen, dass bei der gegenwärtigen Finanzsituation der Kommunen genau das, was wir uns alle wünschen, nämlich ein qualitativer und quantitativer Ausbau der Kinderbetreuung, auf der Strecke bleibt, wenn das Land seinen Haushalt so stark zulasten der Kommunen finanziert?

(Abg. Alfred Haas CDU: Überhaupt nicht!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich verweise auf die Ausführungen im Rahmen der Haushaltsdebatte heute Morgen,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Ja, eben!)

aber ich sage dazu – das war auch das klare Signal, das ich gegeben habe –: Wir dürfen und wollen die Kommunen insbesondere auch mit der Aufgabe eines verstärkten Bildungsangebots im Rahmen der Kinderbetreuungseinrichtungen, sprich: Spracherwerb – – Wenn die Landesstiftung nicht mehr dafür eintreten kann, weil sie das ja nicht dauerhaft finanzieren kann, dann werden wir – und das sollte meiner Meinung nach auch Kern dieser Debatte sein – uns ernsthaft überlegen, ob das so weitergehen kann, dass wir immer wieder einmal da ein Töpfchen aufmachen und dort eines schließen, oder ob wir nicht besser zu einer verlässlichen Finanzierung – und zwar von Land und Kommunen gemeinsam – kommen sollten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich gehöre nicht zu denen, die dann sagen: „Dann müssen wir halt wieder irgendwoher Geld kriegen“ – das wir nicht haben –, sondern zu denen, die sich dann anschauen, welche Töpfe und welche Fördertatbestände wir denn für die Familien haben, wenn man es einmal rein auf das Finanzziel-

(Dr. Noll)

le reduziert. Da gibt es halt nun einmal den großen Topf mit 83 Millionen € Landeserziehungsgeld. Nun weiß ich auch, dass wir diesen in den nächsten zwei Jahren, weil die Bewilligungen schon laufen, nicht verändern können. Aber jetzt ist doch der Zeitpunkt gekommen – übrigens auch aufgrund personeller Veränderungen, die anstehen –, uns darüber noch einmal zu unterhalten.

Da würde ich mir dann schon wünschen, liebe Frau Wonnay, dass Sie ernsthaft mit in diese Diskussion eintreten. Es geht nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen,

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

sondern darum, den Familien das Richtige zu geben. Auch da lohnt sich doch tatsächlich ein Blick über die Grenzen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich sage es immer wieder: Die Frage, in welcher Höhe Finanztransfers ausfallen, die an Kinder geknüpft sind, ist nicht entscheidend für die Frage, wie viele Kinder Frauen haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Viel stärker im Vordergrund steht vielmehr tatsächlich das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Wer sich für Kinder entscheidet, sollte keine Nachteile erleiden. Deswegen ist das – das kann ich nur noch einmal wiederholen – eine unserer zentralen Aufgaben im Land. Ich werbe für Mehrheiten dafür, dass wir in dem Bereich, in dem zu Recht viel Geld für die Familien in den Haushalt eingestellt ist, vorurteils- und ideologiefrei überlegen, ob wir einen Teil der Mittel zugunsten dieser Kernaufgabe umschichten sollten.

Ich habe sehr wohl auch die Zwischentöne in den Ausführungen der Sozialministerin gehört, die immer gesagt hat, es gehe ihr zunächst einmal um das Volumen dieses Geldes. Wir sind uns eigentlich ziemlich einig, dass diese Mittel nicht für irgendwelche anderen Zwecke ausgegeben werden sollten, obwohl auch diese wünschenswert wären, sondern wirklich den Familien zugute kommen sollten.

Zum Thema Sozialtransfers: Dafür ist ja die Bundesgesetzgebung zuständig. Ich bin in der Tat der Meinung, dass man nicht die unterschiedlichsten Fördertöpfe wieder aufmachen sollte, sondern dass man eine einheitliche Systematik von Steuer- und Transferleistungen anstreben sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Da gibt es ja von Merz und Solms ganz klare Modelle, die dieses Thema ein für allemal erledigen würden, weil nämlich die steuerliche Behandlung von Kindern und von Familien mit Kindern dann so ausgestaltet wäre, dass dieser finanzielle Aspekt auch für uns hier im Land nicht mehr der zentrale Aspekt wäre.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir wollen wirklich eine Konzentration auf Betreuung und Bildungschancen schon in einem Alter, bevor die Schule

beginnt; denn da werden die Fundamente gelegt. Wir sollten da gemeinsam mit den Kommunen versuchen, die Mittel bereitzustellen, die notwendig sind. Das wird ein zentrales Thema sein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Familienpolitik ist nicht nur eine Frage des Geldes. Die Demografie-Enquete wird ja zeigen, dass sehr vieles auch in der kommunalen Planung und in der Planung seitens des Landes sehr wohl familienfreundlich gestaltet werden kann, wenn man nur daran denkt.

Vielleicht noch ein Aspekt, der mir ein Stück weit zu kurz kommt: Natürlich ist Familie zunächst einmal dort, wo Kinder sind. Aber Familie ist auch dort, wo Eltern sind und wo Großeltern sind. Es hat – das wird bei den Diskussionen über die demografische Entwicklung selten angesprochen – nie eine Zeit gegeben, in der drei Generationen glücklicherweise so lange nebeneinander leben, nur meistens nicht mehr innerhalb eines Familienverbands.

(Abg. Kurz CDU: Leider!)

Denn die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich verändert. Aber darin liegt doch auch eine Chance. Denken wir einmal an die tollen Beispiele von Generationenhäusern, wo man nicht ausschließlich, aber eben auch über das Zusammenführen von Generationen Angebote schafft. Das kann man nämlich seitens der Kommunen und seitens des Landes sehr wohl fördern. Wir sollten darüber reden, wie wir völlig unabhängig von finanziellen Fragen, die, wie Sie gesagt haben, selbstverständlich geklärt werden müssen, gemeinsam Impulse für ein neues Miteinander der Generationen setzen können, damit junge Menschen wieder mehr Mut haben, sich für Kinder zu entscheiden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Klenk hat es schon angesprochen: Es ist in der Tat manchmal eine große Freude, über ältere Anträge zu diskutieren. Den Antrag zur Familienpolitik im Zusammenhang mit der Haushaltsplanberatung zu diskutieren, lasse ich mir natürlich nicht entgehen.

Die Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag der Fraktion der CDU zeigt in aller Deutlichkeit auf, wie wenig verlässlich und wenig glaubwürdig die Familienpolitik der Landesregierung ist. All Ihre familienpolitischen Ziele, die Sie noch vor gut einem Jahr formuliert haben, sind im Endeffekt das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind,

(Abg. Alfred Haas CDU: Alle noch gültig! Die Ziele sind immer noch gültig!)

wenn man sich die Kürzungen beim Mutter-Kind-Programm, die Kürzungen bei der Familienerholung, die Kürzungen beim Landesfamilienrat und die Kürzungen bei den familienunterstützenden Diensten anschaut.

(Brigitte Lösch)

Kollege Klenk, Sie haben gesagt, Sie wollten die Kinder nicht auf einem Schuldenberg spielen lassen. Auch ich will die Kinder nicht auf einem Schuldenberg spielen lassen. Wir setzen uns für eine nachhaltige Politik ein, und wir machen Einsparungsvorschläge.

(Abg. Alfred Haas CDU: Im Gegensatz zu Herrn Drexler!)

Wir machen aber andere Einsparungsvorschläge als Sie. Ich halte nichts von Rasenmäherkürzungen um 10 %; das ist für mich ein Zeichen von unintelligentem und unpolitischem Sparen.

(Abg. Kübler CDU: Markige Worte!)

Man muss Schwerpunkte setzen, und man darf nicht mit Vorschlägen zur Kürzung um Kleinstbeträge Strukturen zerstören, an denen viel Ehrenamt hängt. Das machen Sie aber bei den jetzigen Haushaltsberatungen. Deshalb ist die Familienpolitik bei Ihnen kein wichtiges, prioritäres Thema, sondern ein Thema, das Sie vernachlässigen.

(Beifall bei den Grünen)

Sie beschreiben in Ihrem Antrag Ihre familienpolitischen Ziele. Zum einen haben Sie sich zum Ziel gesetzt, Maßnahmen zu entwickeln, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, vor allem im Hinblick auf die Kinderbetreuungssituation. Jetzt frage ich mich: Wo schlagen sich diese Maßnahmen im Doppelhaushalt nieder?

(Abg. Alfred Haas CDU: Dazu braucht man nicht immer nur Geld! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Was braucht man dann dazu? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sonntagsreden reichen nicht mehr aus! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Frau Haußmann, gehen Sie doch ins Krankenhaus!)

Es wird mir niemand widersprechen, auch der Herr Kollege Haas nicht, wenn ich sage, dass beim Ausbau der Kleinkindbetreuung noch großer Handlungsbedarf besteht. Wir sind mit einer Betreuungsquote von 4 bis 5 % – so genau weiß man es ja nicht – von einer bedarfsgerechten Betreuungssituation noch weit entfernt. Auch wenn Frau Sozialministerin Gönner, anders als wir, eine bedarfsgerechte Betreuung bis zum Jahr 2010 bei einem Betreuungsangebot für 10 % der Kinder sieht – wir sehen diese Quote bei 20 % –, ist das doch zumindest eine Verdopplung dessen, was wir bisher hatten. Das heißt, dann müsste es eigentlich auch eine Verdopplung der Finanzmittel hierfür geben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

Nach wie vor sind 7 Millionen € an originären Landesmitteln hierfür im Doppelhaushalt eingestellt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das haben Sie falsch verstanden!)

Das ist für die Kommunen ein geringer finanzieller Anreiz, um sich zu beteiligen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die machen das auch ohne Geld!)

Oder wollen Sie die Kommunen mit dieser Aufgabe alleine lassen? Wollen Sie die Kommunen damit im Regen stehen lassen? Das hieße, Sie kürzten bei den Kommunen nicht nur um 350 Millionen €, sondern belasteten sie dann auch noch zusätzlich mit der Aufgabe der Kleinkindbetreuung. Zu diesem Eindruck kann man kommen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist ein falscher Eindruck!)

wenn man die von der Landesregierung gestern vorgelegte Stellungnahme zum Antrag der Grünen zur Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes liest. Ich zitiere:

Es ist Aufgabe der Kommunen, die vom Land gewährte Anreizfinanzierung aufzugreifen, damit die vorhandenen Betreuungsangebote für Kleinkinder bedarfsentsprechend weiter ausgebaut werden können.

Das erweckt bei mir den Eindruck, dass Sie den Kommunen diese Kosten aufbürden wollen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Falscher Eindruck!)

und das kann nicht sein.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deswegen liegt Ihnen der Finanzierungsvorschlag unserer Fraktion auf dem Tisch. Wir sagen, dass das Landeserziehungsgeld nicht mehr zielgerichtet ist. Das sagen übrigens nicht nur wir, sondern das sagen auch viele Sozialexperten und übrigens auch der DGB,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und der Landesfrauenrat! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

der bekanntlich ja die sozial schwachen Familien im Blick hat, sowie auch der Landesfrauenrat.

Wir sind der Ansicht, dass diese Transferleistung stufenweise zugunsten der Kleinkindbetreuung umgewidmet werden muss. Es ist Augenwischerei, Frau Sozialministerin Gönner, zu behaupten, man könne beides machen und sowohl am Landeserziehungsgeld festhalten als auch die Kleinkindbetreuung ausbauen. Das haben Sie in Ihrer Plenardebatte im Oktober hier so ausgeführt. Wenn das tatsächlich so wäre, würde mich einmal interessieren, wo ich dies im Doppelhaushalt ersehen kann.

Ich möchte klarstellen: Die Kleinkindbetreuung ist nicht das Allheilmittel der Familienpolitik.

(Abg. Alfred Haas CDU: Gut!)

Selbstverständlich wird die Erziehung von Kindern nach wie vor in der Familie und von der Familie geleistet.

(Abg. Alfred Haas CDU: Auch gut!)

Aber die Familien brauchen in unterschiedlicher Art und Weise Unterstützung und Stabilisierung durch außerfamiliäre Betreuungsangebote.

(Abg. Alfred Haas CDU: Richtig! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie sind wir froh, dass Sie so wichtige Kommentare abgeben!)

(Brigitte Lösch)

Deshalb gilt für uns: Die Politik hat den Menschen nicht vorzuschreiben, wie sie leben sollen, sondern sie muss ihnen ermöglichen, so zu leben, wie sie wollen,

(Beifall des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut! – Abg. Marianne Wonnay SPD zu Abg. Alfred Haas CDU: Auf diesen Beifall kann ich auch verzichten!)

und dazu bedarf es eben einer Infrastruktur für die Kleinkindbetreuung ebenso wie einer Infrastruktur für familienunterstützende Dienste.

Jetzt ist leider meine Redezeit schon abgelaufen, aber auf einen Punkt möchte ich noch hinweisen: Sie haben als zweites familienpolitisches Ziel in dieser Stellungnahme auch die Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Eltern genannt. Dabei wird vor allem das Mutter-Kind-Programm in den Mittelpunkt gestellt

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

und als besonderes Angebot der Landesregierung gepriesen. Nun wird dieses hoch gelobte Programm um 1 Million € gekürzt und soll dann 2007 – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Lösch, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, ich bin beim letzten Satz.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die ist so gut! Lassen Sie sie doch noch ein bisschen reden!)

Jetzt wird dieses hoch gelobte Programm um 1 Million € gekürzt und soll dann auslaufen. Da stellen sich mir zwei Fragen: Warum haben Sie keine Skrupel, beim MuKi, beim Mutter-Kind-Programm, zu kürzen, halten aber am Landeserziehungsgeld fest? Wie kann es sein, dass Sie vor einem Jahr dieses Mutter-Kind-Programm noch als eine besonders tolle Leistung in den Mittelpunkt gestellt haben

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein, haben wir nicht! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber natürlich!)

und es jetzt streichen wollen? Das gibt für mich keinen Sinn. Das zeigt für mich die Planlosigkeit und die Konzeptionslosigkeit der Landesregierung bei der Familienpolitik auf.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Lösch, bitte kommen Sie zum Ende Ihrer Ausführungen.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Deshalb fordere ich die Landesregierung auf, ihre langfristigen Ziele für die Familienpolitik vorzulegen und die Familie nicht nur in Sonntagsreden hochzuhalten, ohne in der Praxis eine familienfreundliche Politik zu machen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Gönner.

(Abg. Alfred Haas CDU: Im Übrigen werde ich der Frau Lösch die Fragen, die sie gestellt hat, beantworten! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Haas, seien Sie jetzt mal für eine Weile ruhig! – Unruhe – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Kindergarten!)

Sozialministerin Tanja Gönner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gern die Gelegenheit nutzen, noch einmal klarzustellen, dass die Familienpolitik auch weiterhin im Fokus der Landesregierung steht, und möchte auch einige der Dinge aufgreifen, die Sie hier insbesondere auch im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen angesprochen haben.

Ich will damit beginnen, dass ich erstaunt darüber bin, Frau Wonnay und Frau Lösch, dass Sie diejenigen sind, die hier die Interessen der Kommunen ganz hoch halten. Wenn ich daran denke, dass die rot-grüne Bundesregierung die Kommunen derzeit und in den letzten Jahren in einer Art und Weise belastet hat, dass diese nicht mehr in der Lage sind, ihren Aufgaben nachzukommen,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Was war denn mit der Gewerbesteuerreform? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da waren Sie massiv beteiligt!)

dann finde ich es schon sehr schwierig, wenn Sie genau dies vorbringen. Im Übrigen hielte ich es auch für richtig, dass Sie, wenn Sie das schon machen müssen, dann auch mit ehrlichen Zahlen operieren.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Machen Sie es mal konkret! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war doch im Bundesrat! Da hat die CDU die Mehrheit!)

Sie wissen, dass die 500 Millionen €, die in den Raum gestellt werden, so nicht stimmen. Ich wäre dankbar, wenn wir dann wenigstens mit ordentlichen und ehrlichen Zahlen diskutieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: „350 Millionen“ habe ich gesagt!)

Der zweite Punkt ist: Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Lösch, dass Sie klargestellt haben, dass die Kleinkindbetreuung nicht das Allheilmittel der Familienpolitik ist.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das hat auch nie jemand behauptet!)

Ich frage mich nur, warum wir dann gerade an diesem Punkt alles Geld zentrieren sollen. Der ganze Streit, den wir in den letzten Wochen und Monaten führten, ging immer darum, dass wir das Geld, das uns zur Verfügung steht, den Familien wegnehmen sollen, die es benötigen, und in die Kleinkindbetreuung stecken sollen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, überhaupt nicht!)

Damit scheint das dann doch das Allheilmittel, die optimale Lösung zu sein; sonst würden Sie das nicht immer an diesem Punkt zentrieren.

(Ministerin Tanja Gönner)

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Dr. Noll FDP/DVP)

Deswegen noch einmal der Hinweis: Ich glaube, wir müssen das eine tun, ohne das andere zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Man kann über Umstrukturierungen in der Zukunft sicher mit uns reden.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Aber ich sage auch: Ich bin nicht bereit, das Landeserziehungsgeld komplett abzuschaffen. Ich bin dagegen, dass wir von der Individualförderung der einzelnen Familien, die es benötigen, wegkommen. Ich nenne nur den Armutsbericht der Bundesregierung, der sagt, dass die Familien immer ärmer werden und dass die Kinder in diesem Land immer ärmer werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Deshalb kürzen Sie hier in Baden-Württemberg!)

Ausgerechnet dort, wo wir als Land zielgerichtete Leistungen haben, diese Leistungen abzuschaffen, um sie anschließend in eine Pauschalförderung zu stecken, das halte ich für falsch.

(Abg. Alfred Haas CDU: Oder gar in den Haushalt zu stecken!)

In diesem Zusammenhang will ich auch darauf hinweisen, dass wir gerade im Hinblick auf die Weitergabe der Mittel im Zusammenhang mit dem Kindergartengesetz auch darauf hingewiesen haben, dass diese Mittel aufgrund der Tatsache, dass wir immer weniger Kinder in den Kindergärten haben, dann auch für die Kleinkindbetreuung umgestaltet werden sollen. Das heißt, die Kommunen haben hier Spielraum. Wichtig ist nur, dass dieser Spielraum auch für genau diesen Bereich eingesetzt wird und nicht in den allgemeinen Haushalt gesteckt wird. Ich halte es schon für notwendig, darauf hinzuweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Da sind wir jetzt gespannt!)

Ich nenne Ihnen einen weiteren Punkt, gerade in der Frage der Kommunen: Das Tagesbetreuungsausbaugesetz der Bundesregierung belastet ausschließlich die Kommunen. Die Kommunen waren dankbar, dass das Land die Haltung eingenommen hat, die es im Vermittlungsausschuss vertreten hat, weil hier wieder Standards gesetzt werden sollen und Geld ausgegeben werden soll, das nicht vorhanden ist. Deswegen glaube ich schon, dass wir hier auch aufpassen müssen.

In diesem Zusammenhang will ich dann auch auf die Kritik an der Einstellung des Mutter-Kind-Programms eingehen. Ich glaube, auch hier müssen wir aufpassen, dass keine falschen Äußerungen in dem Sinne abgegeben werden, dass wir die Förderung für die Betreuung der Frauen im Mutter-Kind-Programm als Land bereits im letzten Haushalt eingestellt haben, dass aber trotzdem noch viele Kommunen diese Betreuung weiterführen. Das heißt, die Inhalte, die das Mutter-Kind-Programm hat, sind uns wichtig. Von denjeni-

gen, die das heute haben, wird uns auch signalisiert, dass sie das weiterhin machen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Was für die Frage der Erziehungsarbeit als Inhalt wichtig ist, wird von vielen Kommunen, die es nach der Einstellung der Personalförderung bisher weitergeführt haben, auch in Zukunft weitergeführt.

Im Übrigen prüfen wir auch, inwiefern gerade im Zusammenhang mit Hartz IV hier aufgenommen werden kann, dass diesen Frauen auch geholfen werden kann. Das ist genau das, was auch heute bereits Inhalt des Mutter-Kind-Programms ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir sind auf der Linie von Rot-Grün in dieser Frage!)

Ferner will ich auch darauf hinweisen, dass wir uns hier über ein Programm unterhalten, das 25 Jahre alt ist und damals eingeführt wurde, als die Hilfe notwendig war. Aber in einer Zeit, in der es uns finanziell gut ging, ist das natürlich, genau wie in vielen anderen Bereichen, nicht hinterfragt worden, obwohl genau diese Dinge alle ersetzt worden sind. Ich nenne als Stichwort das Landeserziehungsgeld, das später eingeführt wurde. Dort haben wir genau das aufgefangen. Deswegen muss man sich dann irgendwann – insbesondere in Zeiten, in denen es in einem Haushalt finanziell so aussieht, wie es bei uns aussieht – auch Gedanken darüber machen: Was können wir hier tun? Wie können wir hier Hilfe leisten? Inwiefern können wir hier Veränderungen vornehmen? Ich glaube, in diesem Punkt ist die Veränderung, die wir vornehmen, nachvollziehbar und auch begründbar. Ich glaube, wir haben hier auch mit der Begründung keine Schwierigkeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Übrigen will ich darauf hinweisen, dass für uns die Frage der Stärkung der Erziehungskompetenz nicht nur eine Frage bei allein erziehenden Müttern ist, sondern Stärkung von Familienbildung und Erziehungskompetenz ist für uns ein Querschnittsthema. Deswegen sind wir auch sehr froh darüber, dass wir im Rahmen des „Aktionsprogramms Familie“ der Landesstiftung auch in den Jahren 2005 und 2006 innovative Familienbildungsprojekte gefördert bekommen. Wir halten dies für erforderlich. Wir sind froh darüber, dass wir hier insgesamt 500 000 € zur Verfügung haben, um genau diesen Punkt anzugehen, weil wir glauben, dass es notwendig ist, hier tatsächlich eine entsprechende Stärkung vorzunehmen.

Ich will zum Abschluss nur noch mal deutlich machen, dass für uns die „Zukunftswerkstatt Familien“ – der Kollege Klenk hat es deutlich gemacht – ein Rundumpaket ist, bei dem klar ist: Wir brauchen alle gesellschaftlichen Kräfte, wir brauchen die Arbeitgeber, wir brauchen die Initiativen vor Ort. Nur dann können wir tatsächlich ein gutes Angebot für die Familien schaffen.

Im Übrigen müssen wir auch da immer sehen – das halte ich für wichtig –: Es geht nicht nur um Finanzen, sondern es geht auch um die Frage: Welche Stimmung gibt es in diesem Land grundsätzlich für die Familie? Ich würde mich

(Ministerin Tanja Gönner)

freuen, wenn wir dort tatsächlich an einem Strang zögen. Für uns als Landesregierung ist Familienpolitik eine wichtige Aufgabe. Wir haben in den letzten Jahren die familienpolitischen Leistungen um 52 Millionen € erhöht. Wir haben im Haushalt derzeit ein Volumen von 550 Millionen € für familienpolitische Leistungen. Ich glaube, dies unterstreicht, dass das für uns eine wichtige Aufgabe ist.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir gemeinsam an dieser Aufgabe weiterarbeiteten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Da es sich hier um einen Berichtsantrag handelt, ist er durch die Aussprache erledigt. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE – Zustimmung der Landesregierung zur Novellierung der Verpackungsverordnung im Bundesrat – Drucksache 13/3809

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein Endlosstreit findet nun endlich sein Ende. Das hoffen wir zumindest. Wir hoffen es auch deswegen, weil der Staatskanzleichef Huber aus München gestern verlautbaren ließ, dass nach dem Urteil des EuGH nun endlich in Deutschland ein Knopf an die Geschichte gemacht werden muss. Die Forderungen des Handels, das Ganze jetzt noch einmal zu verschieben, sind völlig unangebracht. Der Handel hatte jahrelang Zeit, sich auf diese Pfandregelung einzustellen. Statt zu klagen, hätte der Handel handeln sollen; dann wäre dieses Problem schon längst erledigt.

Wir, meine Damen und Herren, begrüßen das Urteil des EuGH. Denn die Inzellösungen, die dort kritisiert wurden, sind kontraproduktiv. Sie verhindern eine breitere Zustimmung in der Bevölkerung zur Pfandlösung. Deswegen sind wir froh, dass es nun so gekommen ist.

Zur Erinnerung: Diese Inzellösungen waren nicht eine Idee von Umweltminister Trittin, sondern sie waren so, wie sie einst von CDU und FDP verabschiedet worden waren, Gesetzeslage.

Wir brauchen ein verbraucherfreundlicheres System. Das bekommen wir jetzt. Wir bekommen klare Definitionen, was unter die Pfandpflicht fällt, und wir bekommen ein einfach zu handhabendes Rückgabesystem. Auch das hat gefehlt.

Zur Erinnerung noch einmal, meine Damen und Herren, weil viele das ja vergessen haben: Warum haben wir über-

haupt ein Pfand einführen müssen? Diese Pfandpflicht hat sich der Handel, der jetzt wieder aufgeregt dagegen schimpft, selbst eingebrockt. Der Mehrweganteil ist über viele Jahre systematisch zurückgefahren worden. Ich kann nur daran erinnern, meine Damen und Herren: Ohne eine Stützung wäre der Mehrweg in Deutschland mittlerweile vielleicht schon so gut wie verschwunden. Schauen Sie sich andere Länder in Europa an! In der Schweiz, in Belgien, in Österreich, in all den Ländern, in denen nichts für die Stützung des Mehrwegs getan wurde, ist der Mehrweg fast gänzlich verschwunden.

Die Zahlen zeigen, dass es erste Erfolge gibt: Der Mehrweganteil hat nach Einführung der Pfandpflicht wieder zugenommen. Wir sind also auf dem richtigen Weg.

Ich komme jetzt zum eigentlichen Thema, weil es hier wiederum einen Streit innerhalb der Koalition gibt – zwar nicht so heftig, nehme ich an, wie jetzt beim Thema Wahlrechtsreform, aber immerhin. Man könnte ja sagen, es handle sich um ein ökologisches Thema, bei dem man von der FDP/DVP ja ohnehin nichts erwarten kann.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wie bitte?)

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie die Diskussionen in den letzten Jahren nur halbwegs verfolgt hätten, müssten Sie wissen, dass es hierbei auch um ein ökonomisches Thema geht. Deswegen erwarten wir am Freitag die Zustimmung der Landesregierung im Bundesrat.

Ich zitiere einmal aus einem Brief des Ministerpräsidenten an die baden-württembergischen mittelständischen Privatbrauereien. Der Ministerpräsident schreibt:

Ich freue mich, dass der Bundesrat das bayerische Pfandvereinfachungsmodell,

– also das, was jetzt im Prinzip am Freitag zur Abstimmung steht –

das entscheidend

– und das ist der entscheidende Satz –

auch von Baden-Württemberg miterarbeitet wurde, beschlossen hat, dient es doch auch ganz wesentlich den schutzwürdigen Belangen unserer mittelständischen Getränkebetriebe und Brauereien im Land.

Wenn die FDP/DVP solche Sätze hört, müsste sie, wenn sie das schon bisher nicht begriffen hat, doch endlich aufwachen.

Ich zitiere weiter:

Umso mehr bedaure ich es, dass sich die Landesregierung im Hinblick auf die in der Koalitionsvereinbarung aufgestellten Regeln bei der Abstimmung im Bundesrat der Stimme enthalten musste, weil sich die der FDP/DVP angehörenden Minister gegen das bayerische Pfandvereinfachungsmodell ausgesprochen hatten.

Meine Damen und Herren von der CDU, in wenigen Fällen – der Kollege Lasotta hat sie hier angeführt – haben Sie bisher auf die FDP/DVP Rücksicht genommen. Ich appell-

(Walter)

liere an Sie: Wenn Sie schon stolz darauf sind, dass Sie an einem Modell wie dem zur Novellierung der Pfandpflicht entscheidend mitgearbeitet haben, haben Sie doch auch den Mut, am Freitag dieser Regelung, die im Sinne unserer mittelständischen Unternehmen und im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher ist, zuzustimmen!

(Beifall bei den Grünen)

Vor kurzem hat ein führender Vertreter der Umweltverbände gesagt, dass Frau Homburger umweltpolitische Sprecherin der FDP im Bundestag geworden sei, sei das Zeichen für die Öffentlichkeit, dass sich die FDP um dieses Thema nicht mehr kümmern möchte.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das kann ja gut ihre Haltung sein, und das würde mich auch nicht überraschen. Denn von Baum 1971 bis Westerwelle im Guidomobil war es ein weiter, steiniger Weg, bei dem Umweltpolitik völlig auf der Strecke geblieben ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie wissen, dass der Bus von Joschka Fischer mehr Sprit verbraucht hat als das Guidomobil? – Abg. Hofer FDP/DVP: Was soll die Polemik? Nur Polemik!)

Meine Damen und Herren, es ist völlig absurd, dass Baden-Württemberg diesem Modell nicht zustimmen möchte. Tun Sie es, wenn Sie die Ökologie nicht interessiert, wenigstens aus ökonomischen Gründen! Unsere mittelständischen Brauereien und mittelständischen Getränkeunternehmen werden es Ihnen sicherlich danken.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Warum nur für diese Getränke? Warum nicht für alle Getränke?)

Das werden diejenigen sein, die davon profitieren.

Herr Kollege Hofer, was glauben Sie eigentlich, warum sich die Bayerische Staatsregierung an die Spitze der Bewegung gestellt hat?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Weil sie viele Brauereien in Bayern haben! Weil sie viele Brauereien haben!)

Wissen Sie, warum? Weil auch dort die Brauereien das Problem geschildert haben, dass die, die kein Bier in Dosen abfüllen, mehr und mehr vom Markt verdrängt werden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Warum für andere Getränke nicht?)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden! Ich rede auch von der übrigen mittelständischen Getränkeindustrie.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn das nicht Ihr Interesse ist, sondern Ihr Interesse darin besteht, die großen, Fernsehwerbung betreibenden Brauereien zu unterstützen, stellen Sie sich einmal da hin

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber doch nicht mutwillig!)

und erklären das. Machen Sie dann aber Schluss mit den Krokodilstränen für die mittelständischen Unternehmen!

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ich habe keine! – Beifall bei den Grünen)

Herr Kollege Hofer, bei Ihnen geht es doch nur noch um ideologische Verbohrtheit.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ich bin weit entfernt davon! Weit entfernt davon!)

Um etwas anderes geht es doch gar nicht mehr.

Gestern ist ein Urteil ergangen, das neuen Spielraum schafft.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wir können die Pfandpflicht an die europäischen Regelungen anpassen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber für alle Getränke!)

Das heißt, es gibt eigentlich nichts mehr, was dieser Pfandregelung entgegensteht – außer Ihre ideologische Verbohrtheit. Geben Sie diese auf, geben Sie sich einen Ruck!

(Abg. Hofer FDP/DVP: Für Apfelsaft gilt das nicht!)

Wenn das nicht geschieht, nochmals mein Appell an die CDU: Sorgen Sie dafür, dass die Vertreter des Landes Baden-Württemberg am Freitag im Bundesrat dieser Regelung, die Sie miterarbeitet haben, zustimmen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal ein paar Gründe vortragen, warum die CDU-Landtagsfraktion der Meinung ist, dass die gegenwärtige Verpackungsordnung geändert werden muss.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja! So ist es! – Abg. Walter GRÜNE: Die wird ja geändert! – Gegenruf des Abg. Schebesta CDU: Wer hat das bestritten?)

Erstens hat die Vergangenheit gezeigt, dass wir mit der 72%-Regelung große Probleme haben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Sie wissen, was ich meine: Nach der alten Verpackungsverordnung muss gehandelt werden, wenn der Mehrweganteil bei einer Getränkeverpackungsart unter 72 % sinkt, und zwar nicht im gesamten Bundesgebiet, sondern in einer bestimmten Anzahl von Ländern. Dies festzustellen ist schwierig. Dies zu handhaben ist ebenfalls schwierig. Und dann daraus die Konsequenzen zu ziehen hat lange gedauert, ist also auch nicht einfach.

Jetzt möchte ich hier noch ein baden-württembergisches Argument anführen: Wir standen oder stehen vor der Situation, dass man eventuell auch Getränkeverpackungen für Wein unter diese Regelung fallen lassen müsste.

(Scheuermann)

(Zurufe der Abg. Hofer FDP/DVP und Zimmermann CDU)

Ich bin mir fast sicher, dass es in diesem Haus überhaupt keine Uneinigkeit in der Meinung gibt,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

dass dies nie und nimmer passieren darf. Also die 72%-Regelung hat sich nicht als glücklich erwiesen.

Ein zweites und letztes Argument, warum wir für die Änderung sind: Seit dem EuGH-Urteil ist die jetzt gültige Verpackungsverordnung

(Abg. Walter GRÜNE: Das steht doch gar nicht mehr zur Debatte!)

– Herrschaft noch einmal! – rechtsunwirksam. Das heißt, wir haben bis zur Verabschiedung der neuen Verordnung keine gültige Regelung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Denn niemand kann eine rechtsunwirksame Verordnung anwenden,

(Abg. Walter GRÜNE: Drei Tage!)

weil man den Betroffenen sofort die Möglichkeiten der rechtlichen Überprüfung und des rechtlichen Protests an die Hand geben würde.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Genau! – Abg. Walter GRÜNE: Drei Tage!)

Nun, Herr Walter, ist es aber auch nicht so, dass das, was nach dem Beschluss des Bundestags dem Bundesrat für kommenden Freitag zur Entscheidung vorliegt, in allen Punkten – besonders nach dem Urteil des EuGH von gestern – völlig sicher ist.

(Zurufe der Abg. Hofer FDP/DVP und Regina Schmidt-Kühner SPD)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass in dem EuGH-Urteil steht, dass denjenigen Betreibern oder Herstellern, die erstmals von einer Regelung der Verpackungsverordnung nachteilig berührt werden, eine längere Übergangsfrist gewährt werden muss.

(Zuruf des Abg. Staiger SPD)

Also kann schon einmal das Inkrafttreten in der Verordnung, wie sie jetzt auf dem Tisch liegt, so nicht geregelt werden,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

weil das schlicht und einfach ein erneuter Verstoß gegen das Urteil des EuGH wäre. Wir brauchen also längere Übergangsfristen.

Nun gestatten Sie mir noch zwei, drei Takte zu dem ganz aktuellen Problem, das auch deswegen aktuell ist, weil in dieser Woche in den großen Zeitungen hierzu eine ganz-

seitige Anzeige veröffentlicht wurde, nämlich zu den Firmen, die sich dem PET-Cycle-System angeschlossen haben.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist auch vom Tisch!)

– Lieber Herr Walter, wenn Ihnen etwas passt, sind Sie immer schnell bereit, zu sagen, es sei alles in Ordnung usw. Wenn Ihnen aber etwas nicht passt, dann sind Sie doch der Erste, der ein Haar in der Suppe findet.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Lieber Herr Walter, jetzt will ich es einmal nicht „Haar in der Suppe“, sondern „ganze Haarbüschel in der Suppe“ nennen.

(Zurufe der Abg. Walter GRÜNE und Dr. Caroli SPD)

Jetzt zu PET-Cycle: Bislang war dieses System zulässig.

(Abg. Walter GRÜNE: Ja, bisher!)

Es ist auf dem Vormarsch, denn es hat sich auch als wirtschaftlich sinnvoll erwiesen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ein bisschen noch, bitte, Frau Präsidentin.

(Vereinzelte Heiterkeit – Abg. Blenke CDU: Bitte, bitte! Frau Präsidentin ist heute weihnachtlich gültig!)

Für die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit dieses Systems gibt es einen einfachen Grund: Kunststoffflaschen sind leichter als Glasflaschen.

Nun sprechen allerdings nach dem EuGH-Urteil viele Gründe dafür, dass auch dieses Inselsystem nicht mehr zulässig ist. Das heißt, man berührt erstmals ein bisher zulässiges System und kann nicht einfach sagen: Übermorgen gibt es das in der bisherigen Form nicht mehr. Vielmehr braucht man auch hier mehr oder weniger lange Übergangsvorschriften.

Letzter Gedanke hinsichtlich des PET-Cycle-Systems. Ich finde allerdings auch, dass die Folgen, die bei einer Abschaffung des PET-Cycle-Inselsystems an die Wand gemalt werden, mehr als negativ dargestellt werden. Ich könnte auch sagen: Sie sind an den Haaren herbeigezogen. Es könnte natürlich passieren, dass ein Händler, der bisher nur PET-Kunststoffflaschen in seinem Angebot hatte und jetzt verpflichtet ist, Kunststoffflaschen jeder Art zurückzunehmen, sagt: „Morgen gibt es bei mir überhaupt keine Getränke in Kunststoffflaschen mehr.“ Das befürchten diejenigen, die sich dem PET-Cycle-System angeschlossen haben. Das halte ich aber ein Stück weit für weltfremd. Dieses System ist mittlerweile so eingeführt, dass es sich ein mittelständischer Händler, dessen Betrieb eine bestimmte Größe hat, überhaupt nicht leisten kann – Insellösungen hin oder her –, sich von diesem System zu verabschieden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Glauben Sie das wirklich?)

– Das glaube ich wirklich.

(Scheuermann)

(Abg. Dr. Birk CDU: Dann sind wir auch überzeugt!)

Ich kaufe zwar für meinen Haushalt selbst nicht viel ein, aber weil ich der Autofahrer bin, kaufe ich die Getränke ein.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Typische Männeraufgabe!)

Das ist einer der ganz wenigen Bereiche, in denen ich mich beim Einkauf für den täglichen Bedarf ein wenig auskenne.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Abg. Fleischer CDU: Aber doch selbstverständlich mehr Wein als Sprudel!)

Vorletzter Satz, Frau Präsidentin:

(Abg. Fischer SPD: Die Frau Präsidentin ist großzügig, weil kurz vor Weihnachten ist!)

Wenn sich diejenigen, die sich dem PET-Cycle-System angeschlossen haben, hinsichtlich Insellösungen auf die sichere Seite begeben möchten, sollen sie bitte darauf achten, dass ihr System als ökologisch vorteilhaft anerkannt wird. Dann ist es aus der Verpackungsverordnung draußen.

(Zurufe der Abg. Dr. Caroli und Schmiedel SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, jetzt zum Ende zu kommen.

Abg. Scheuermann CDU: Letzter Gedanke und letzter Satz: Wir hier können natürlich beschließen, was wir wollen: Unsere Landesregierung ist in ihrer Entscheidung am Freitag frei. Ich gehe allerdings davon aus, dass man in der Landesregierung auch weiß, dass die Gründe, die für eine Änderung der Verordnung sprechen – diejenigen, die ich als nachprüfenswert dargestellt habe –, überwiegen und dass man vielleicht sogar die Gründe, die ich als nachdenkenswert bezeichnet habe, am Freitag durch eine entsprechende Änderung der Verordnung berücksichtigen könnte.

Das heißt, wir haben überhaupt keine Veranlassung, dem Antrag der Grünen zuzustimmen. Wir vertrauen vielmehr darauf,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

dass die Landesregierung es richtig macht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Habt ihr eigentlich keine eigene Meinung mehr? – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Staiger.

Abg. Staiger SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Scheuermann, im Gegensatz zu Ihnen ist unsere Fraktion durchaus der Meinung, dass die Landesregierung der Novellierung der Verpackungsverordnung am Freitag zustimmen sollte.

(Abg. Scheuermann CDU: Habe ich das Gegenteil gesagt? – Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

– Ja. Der Landtag sollte der Landesregierung mit auf den Weg geben, dass sie sich dieses Mal nicht der Stimme enthalten sollte, sondern für die Novellierung der Verpackungsverordnung stimmen soll.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Das ist gar keine Frage. Herr Dr. Lasotta hat heute ja schon einmal angesprochen, dass auch in der Politik offensichtlich sachfremde Entscheidungen überhand nehmen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt bei der Verpackungsverordnung allerdings!)

Sie sollten in diesem Zusammenhang nicht getroffen werden.

Zum Thema Verpackungsverordnung, meine Damen und Herren, ist schon fast alles gesagt worden, und dies auch fast von jedem – ich nehme an, von Berufenen und Unberufenen.

Der vorliegende Antrag ist im Moment ein Schlusspunkt unter eine Debatte, die eigentlich nur zeigt, wie sich wirtschaftliche Interessen und politische Gemengelagen so ineinander verheddern, dass ein unauflösbares Knäuel entsteht. Dies führt dazu, dass die erstaunte Öffentlichkeit und das erstaunte Publikum sich fragen:

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Warum kommen wir da eigentlich nicht zu einer Lösung?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Meine Damen und Herren, es geht schon ein paar Jahre so. Herr Scheuermann, Sie wissen, dass wir uns hier im Landtag schon etliche Male darüber unterhalten haben.

Nun ist die Verpackungsverordnung mit der Mehrwegquote einschließlich der Pfanderhebung zum Schutz der Umwelt eine Erfindung von Herrn Töpfer und Frau Merkel. Das war noch zu Zeiten, als in der CDU Sachpolitik etwas galt und auch gemacht wurde.

(Abg. Scheuermann CDU: Na, na, na!)

Im Moment verabschieden Sie sich ja davon. Die Konsequenz aus dem beständigen Absinken der Mehrwegquote war nun einmal das Dosenpfand bzw. das Pfand auf ökologisch unvorteilhafte Getränkeverpackungen. Das hat natürlich auch Sinn. Die Einführung des Pfandes war auch in Baden-Württemberg ein Erfolg. Das ist eine Frage der Eigenverantwortung, weg von einer Mentalität von ex und hopp: Ich kaufe ein und lasse meinen Müll einfach hinter mir oder unter mir liegen; die anderen sollen ihn wegräumen. Das ist übrigens das Problem der Abgaberegulierung: Wenn ich eine Abgabe bezahle, habe ich einen Ablass; die anderen sollen schauen, dass sie es wegräumen. Diese Regelungen sind nicht sehr verantwortungsbewusst.

(Staiger)

Für den heimischen Mittelstand, für die Verbraucher und nicht zuletzt für die Umwelt ist die Regelung, die jetzt greifen wird, ein Beitrag zur Ressourcenschonung und Abfallvermeidung. Sie ist ein Erfolg. Wenn Sie die Stimmen der heimischen Brauer und Mineralwasserhersteller hören und auch sehen, was seit der Einführung des Dosenpfands geschehen ist, können Sie mir nur zustimmen. Es brachte mehr Umsatz bei den regionalen Brauereien. Es brachte bis zu 100 Arbeitsplätze mehr. 40 Millionen € wurden bei den 90 mittelständischen Brauereien investiert. Bei den Mineralbrunnen ist es ähnlich. Allein bei den Göppingern entstanden 80 neue Dauerarbeitsplätze.

(Abg. Scheuermann CDU: Aber nicht durch die Verpackungsverordnung, sondern durch die neue Technik!)

Das stärkt doch das Mehrwegsystem.

(Beifall bei der SPD – Abg. Göschel SPD: So ist es!)

Das stärkt auch die regionale und lokale Wirtschaft im Land. Das muss auch ein Ziel der Landespolitik sein.

Mit der jetzt vorliegenden Verordnung und dem Urteil des EuGH ist der Weg frei für eine Lösung, die auch den Verbrauchern Vorteile bringt. Die Regelung ist überschaubar und transparent, weil sie die Insellösung abschafft. Unabhängig vom Verpackungsdesign, von der Marke und der Getränkeart kann der Verbraucher seine Getränkeverpackungen abgeben. Damit ist natürlich ein wichtiges Ziel erreicht, das der EuGH fordert. Daher sind alle anderen Vorschläge im Moment eigentlich obsolet geworden. Wir sollten hier zustimmen und vom Landtag von Baden-Württemberg ein Zeichen geben, dass wir diesen Lösungen den Vorrang geben, damit wir schließlich und endlich zu einer sachgerechten Entscheidung kommen.

Es kann auch nicht sein, dass wir uns weiter in politische Kleinkämpfe verstricken und verhaken. Der Geschäftsführer des Bundesverbands der Privatbrauer hat dies zusammengefasst, indem er einfach gesagt hat, was eigentlich der Hintergrund der Sache ist: Der Union ging es darum – ich hoffe, es geht ihr nicht mehr nur darum –, sich auf Kosten der Mehrwegwirtschaft gegen die rot-grüne Bundesregierung zu positionieren. Dieser Versuch ist gescheitert. Das Pflichtenpfand muss im Interesse des Umweltschutzes eingeführt werden. Es ist zulässig. Ich fordere die Landesregierung auf, am Freitag der Novellierung der Verpackungsverordnung zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Voss schulte: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

(Abg. Walter GRÜNE: Halten Sie doch bitte noch einmal die Rede zur Wahlkreisreform! – Heiterkeit)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die liegt auf meinem Tisch. Die können wir nachher miteinander durchlesen.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Europäische Gerichtshof hat gestern sein Urteil zur Verpa-

ckungsverordnung gesprochen. Die FDP/DVP-Fraktion sieht keinen Anlass, ihre Position zu verändern. Wir haben in allen Punkten Recht behalten.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

– Bitte, beweisen Sie mir einmal, wo es nicht gestimmt hat. Es ist alles so gekommen, wie wir es angekündigt haben.

Die jetzt vorliegende Novelle ist nach wie vor mit gravierenden Fehlern behaftet.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das stimmt!)

Hinzu gekommen ist, dass jetzt auch die Herstellerinsellösungen wegfallen sollen, und das, obwohl die EU-Kommission schon signalisiert hat, dass sie diesbezüglich überhaupt kein Problem sieht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Genau!)

Deswegen fordere ich alle, die für uns im Bund verhandeln, dringend auf, dafür zu sorgen, dass diese Lösungen auf jeden Fall erhalten bleiben. Da sind nämlich Mineralwasserabfüller aus Baden-Württemberg massiv betroffen, und zwar vor allem deshalb, weil sie jetzt alle Flaschen zurücknehmen müssen, auch solche, die mit ihrem System gar nicht kompatibel sind.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Dann ist das System kostenmäßig nicht mehr sinnvoll. Diese neue Verordnung bevorzugt allein große Abfüller. Auch französische Mineralwasserproduzenten sind benachteiligt. Die nächste Klage vor dem EuGH ist schon abzusehen. Es handelt sich hier um eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Juristen.

(Abg. Stickelberger SPD: Wir brauchen Arbeitsplätze! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Hinzu kommt, dass das neue Zwangspfand nicht durch Umweltfreundlichkeit vermieden werden kann. Es orientiert sich nämlich nicht, wie der Name eigentlich unterstellt, an der Verpackung, sondern vor allem am Inhalt. Ein Apfelsaftgetränk, also eine Schorle, wird bepfandet, reiner Apfelsaft aber nicht. Ein ähnliches Durcheinander gibt es bei diätetischen und anderen Lebensmitteln. Ich würde mit Ihnen einmal gern das kleine Pfandabitur machen, um zu sehen, ob Sie das bestehen. Ich befürchte, Sie würden durchfallen.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD – Abg. Stickelberger SPD: Machen Sie mal das Wahlkreisabitur!)

Eine solche Pfandregelung ist zwar beim Fruchtsaft aus Ernährungssicht gut. Sie hat aber mit Umweltfreundlichkeit nichts zu tun und bringt letztendlich das Verkaufspersonal und die Kunden total durcheinander. Sankt Bürokratismus reitet wieder einmal durch die Hallen und wird dabei jede Menge Scherben und Blechsrott hinterlassen.

Die EU-Kommission diskutiert bereits mit dem Bund darüber, dass sich diese Pfandregelung so nicht halten lässt, weil sie nicht an der Verpackung, sondern am Inhalt orientiert ist. Wie Sie diese Regelung den Verkäuferinnen, den Händ-

(Heiderose Berroth)

lern und der Verbraucherschaft erklären, darauf bin ich gespannt.

Herr Walter, Sie haben gesagt, der Mehrweganteil habe zugenommen. Wie erklärt sich dann die gestrige dpa-Meldung, dass die Glasindustrie Stellen abbaue und dass es durch das Dosenpfand zu Einbrüchen gekommen sei? Mindestens 300 weitere Stellen würden wegfallen; unter dem Strich werde jeder zehnte Arbeitsplatz in der Branche abgebaut. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Lachen des Abg. Dr. Caroli SPD – Abg. Walter GRÜNE: Wo ist denn da die Logik? Da dreht sich ja Aristoteles im Grab um!)

Auslöser des Kapazitätsabbaus sei das seit 2003 geltende Zwangspfand auf Einweggetränkeverpackungen. Einwegglasflaschen seien fast völlig aus den Regalen genommen und durch Plastikflaschen und Getränkekartons ersetzt werden. Der Schub durch die zusätzliche Nachfrage der Getränkeindustrie nach Mehrwegflaschen sei vorübergehend gewesen und gleiche den Rückgang im Einwegbereich bei weitem nicht aus.

Die FDP/DVP setzt sich ausdrücklich und nachdrücklich für den Schutz von ökologisch vorteilhaften Getränkeverpackungen ein.

Herr Walter, das Guidomobil, das Sie vorhin wieder angeführt haben, hat wesentlich weniger Sprit verbraucht als der riesengroße Bus, mit dem Joschka Fischer durch die Bundesrepublik getourt ist.

(Heiterkeit des Abg. Scheuermann CDU)

Nur so viel zum Umweltproblem.

(Abg. Fischer SPD: Das ist jetzt aber ein seltsamer Vergleich mit dem Dosenpfand!)

– Herr Walter hat das angesprochen, nicht ich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen eine Lösung bei den Getränkeverpackungen, die verbraucherfreundlich und kostengünstig ist und die nicht zusätzliche Bürokratie aufbaut. Vor allem wollen wir Rechtssicherheit für baden-württembergische Unternehmen. Der Kollege Scheuermann hat das Thema PET-Cycle schon angesprochen. Es geht aber auch um den Handel und die Hersteller.

Die jetzt vorliegende Novelle wird auf jeden Fall wieder vor dem Europäischen Gerichtshof landen. Allein die Veränderung der Einführungsfrist wird hier nicht helfen. Wir werden deshalb dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Was wollen Sie eigentlich? Jetzt wissen wir es immer noch nicht! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Bei was können Sie eigentlich zustimmen?)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Mappus.

Minister für Umwelt und Verkehr Mappus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kürzlich wurde der Begriff Hartz IV zum Wort des Jahres gekürt. Wenn ich ein Unwort des Jahres wählen dürfte, dann wäre es – ich glaube, wir wären uns da vielleicht sogar einig – wahrscheinlich das Wort Dosenpfand.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Landespolitik! – Zuruf von der SPD: Ich bin für das Wort Landesregierung!)

Ich persönlich kann es allmählich, ehrlich gesagt, nicht mehr hören, und ich glaube, es geht Ihnen allen genauso.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das liegt doch an Ihnen, dass Sie es nicht mehr hören können! Hätten Sie früher zugestimmt! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es! Genau so ist es!)

– Es ist bald Weihnachten, Frau Kollegin. Immer ganz ruhig bleiben! Vielleicht komme ich ja zu einer Conclusio, die sogar Ihren Vorstellungen entspricht.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das können Sie dann ja gleich sagen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Ich sagte ja nur: „vielleicht“.

(Abg. Blenke CDU: Dazu müsste man erst mal Vorschläge haben!)

Auch auf die heutige Debatte hätte man meines Erachtens durchaus verzichten können, zumal das Thema „Novellierung der Verpackungsverordnung“ bezogen auf alle – ich betone ausdrücklich: alle – Beteiligten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft nicht gerade dazu geeignet ist, das Vertrauen der Bürger in die Problemlösungsfähigkeit unserer Gesellschaft zu stärken, zumal dann, wenn Sie sehen, wie lange wir dieses Thema bereits diskutieren.

(Abg. Walter GRÜNE: Daran haben Sie großen Anteil!)

Doch, meine Damen und Herren, ich wage es kaum zu hoffen: Wir sind einer Lösung, das heißt der Verabschiedung einer Novelle der Verpackungsverordnung, heute sicherlich so nahe wie nie zuvor.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Ich darf Ihnen sagen, dass ich alles daransetzen werde, dass die fast unendliche Geschichte dieser Novelle am Freitag zu einem versöhnlichen Abschluss kommen kann.

Zunächst ein Blick zurück – nicht im Zorn, aber mit einem gewissen Schauern. Dieser soll verdeutlichen, wo wir heute stehen.

Meine Damen und Herren, schon Ende der Neunzigerjahre war der Bedarf nach einer Novellierung der Verpackungsverordnung schnell erkannt. Die Drohung mit einem Pflichtpfand, wie es Töpfer eigentlich im Sinn hatte, trug nicht zur Stabilisierung des Anteils der Mehrwegverpackungen bei. Die Abhängigkeit des Pflichtpfands vom Einhalten einer Mehrwegquote erschien wegen des denkbaren Ein- bzw. Ausstiegs – man nennt es auch Jo-Jo-Effekt –

(Minister Mappus)

nicht sinnvoll. Was folgte, war eine ausufernde Modelldiskussion, beispielsweise über das im Jahr 2000 verworfene Abgabenmodell des Bundes. Dem folgte das von einer Mehrheit im Bundesrat beschlossene, sanktionierte Mehrwegesicherungskonzept, dem aber der Bund nicht folgen konnte, dann die so genannte Trittin-Novelle, der die Länder mehrheitlich nicht folgen wollten, und schließlich das daraus entwickelte Vierpunktemodell.

Das Ganze war begleitet von einer beispiellosen Flut von Klagen gegen die Pfandregelung auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Selbst vor Eilanträgen vor dem Bundesverfassungsgericht wurde in dieser so bedeutenden Frage nicht zurückgeschreckt. Einmalig ist sicherlich auch der Boykott der Wirtschaft, um die Pfandpflicht faktisch dadurch zu unterlaufen, dass keine vorbereitenden Maßnahmen zur Installation von Rücknahmesystemen ergriffen wurden, als die Pfandpflicht vor der Tür stand. Dies alles geschah bei gleichzeitig großer Sympathie der Bevölkerung für die Pfandpflicht. Ich darf daran erinnern, dass 76 % aller Befragten für die Einführung des Pfandes plädierten.

Heute, meine Damen und Herren, sieht es Gott sei Dank anders aus. Am 15. Oktober dieses Jahres standen nach mehreren Anläufen nun endlich vier Modelle im Plenum des Bundesrats zur Entscheidung an. Zur Auswahl standen das hessische Abgabenmodell, das rheinland-pfälzische Kombinationsmodell, die Trittin-Novelle in weiterentwickelter Form und das so genannte Pfandvereinfachungsmodell.

Obwohl sich Baden-Württemberg aus den allseits bekannten Gründen im Plenum enthalten hat, fand zum Glück das so genannte Pfandvereinfachungsmodell eine Mehrheit. Da auch der Bund dieses Modell mitgetragen hat, ist die jahrelange Blockade nunmehr endlich durch gemeinsames Handeln aufgebrochen.

Sie wissen, dass ich ein Befürworter dieses Pfandvereinfachungsmodells bin. Auch heute hat sich an dieser Zustimmung nichts geändert, denn dieses Modell ist kein fauler Kompromiss, meine Damen und Herren, sondern eine faire Lösung, die erhebliche Fortschritte gegenüber all dem bringt, was bisher in der Diskussion war.

Dies sage ich nicht nur deshalb, weil die Fachleute meines Hauses maßgeblich an der inhaltlichen Gestaltung beteiligt waren und in zähen Verhandlungen zur Kompromissbildung zwischen den Ländern und dem Bund beigetragen haben, sondern vor allem, weil die Vorteile dieses Modells auf der Hand liegen. Ich möchte einige dieser Vorteile in aller Kürze nennen.

Meine Damen und Herren, die Pfandpflicht beschränkt sich auf „Massengetränke“ wie Bier, Mineralwasser, Erfrischungsgetränke und alkoholische Mischgetränke und wird so auf ein transparentes Mindestmaß reduziert. Zugleich werden die Ergebnisse von Ökobilanzen zur Umweltverträglichkeit bestimmter Verpackungen berücksichtigt. Eine Revisionsklausel sieht vor, dass die Wirkungen des Zwangspfandes nach fünf Jahren evaluiert werden. Das Pflichtpfand beträgt einheitlich 25 Cent und wird nicht mehr von der Unterschreitung einer Mehrwegquote abhängig gemacht. Diese wird völlig abgeschafft, was das komplette Verfahren unbürokratischer und einfacher macht.

Durch das Pfandvereinfachungsmodell wird die Rechtslage also einfacher, sie wird nachvollziehbarer, und sie trägt ökologischen Aspekten verstärkt Rechnung. Hinzu kommt, dass baden-württembergische Interessen, vor allem diejenigen des Mittelstands, entsprechend berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Weinwirtschaft. Wein von der Pfandpflicht ausgenommen. Es gilt für die mittelständischen Fruchtsaftabfüller – Fruchtsäfte und Fruchtnektare werden aus der Pfandpflicht entlassen – sowie den überwiegend mittelständisch orientierten Getränke Einzelhandel und die Brauereien Baden-Württembergs. Ich glaube, dass damit auch der Vertrauensschutz für mehrwegorientierte Investitionen gewahrt wurde.

Last, but not least, meine Damen und Herren – und das war die Diskussion der vergangenen Wochen –: Das Pfandvereinfachungsmodell ist, wie wir seit gestern wissen, auch europarechtskonform.

Meine Damen und Herren, noch ein kurzes Wort zum Thema „Europäischer Gerichtshof“: Die mit Spannung erwarteten EuGH-Urteile von gestern haben uns Klarheit gebracht. Sie geben uns freie Bahn und die Chance, die Novellierung der Verpackungsverordnung jetzt zu Ende zu bringen.

Nach einer vorläufigen Analyse der Urteile ist die Pfandvereinfachungsnovelle materiell-rechtlich, das heißt bezüglich der künftigen Ausgestaltung der Pfandpflicht, mit europäischem Recht vereinbar. Das Pflichtpfand ist aus Gründen des Umweltschutzes zulässig. Insbesondere ist auch eine Kombination zwischen Pfand- und Rücknahmesystemen und einem flächendeckenden verbrauchernahen Sammelsystem wie zum Beispiel dem der DSD möglich.

Allerdings pocht der EuGH darauf, dass Deutschland dafür sorgt, dass das jeweilige System verhältnismäßig ausgestaltet ist, insbesondere dass bei Eintritt der Pfand- und Rücknahmepflichten eine ausreichende Anzahl von Rücknahmestellen besteht, damit der Verbraucher seine Verpackungen nicht nur an dem Ort zurückgeben kann, an dem er das entsprechende Getränk erworben hat. Das ist eine, wie ich meine, durchaus korrekte Vorgabe des EuGH. Sie führt dazu, dass die bisher zulässigen so genannten Insellösungen fallen müssen; denn diese führen dazu, dass das flächendeckende Rückgabesystem für den Bürger massiv durchlöchert wird.

Die geltende Verpackungsverordnung erlaubt, dass ein Hersteller oder Vertreter nur diejenigen Verpackungen zurücknimmt, die er nach Art, Form und Größe in seinem Sortiment führt. Er bildet also eine Rücknahmeinsel. Insbesondere große Discounter haben eigene händlerspezifische Getränkeverpackungen kreiert und damit vermieden, dass sie Verpackungen der Konkurrenz zurücknehmen müssen. Dies spart einerseits eine aufwendige Logistik ein und bindet gleichzeitig die Kunden an das eigene Produkt.

Die europarechtlichen Bedenken werden mit der jetzt am Freitag zur Entscheidung anstehenden Novelle ausgeräumt, indem der Bund auf die klaren Forderungen der Europäischen Kommission vom 20. Oktober 2004 durch entsprechende Ergänzungen reagiert hat.

Deshalb noch ein kurzes Wort zu der neuerdings besonders hitzig geführten Debatte um PET-Cycle. Meine Damen und

(Minister Mappus)

Herren, die tobende Materialschlacht der Interessenvertreter zeigt, welche großen wirtschaftlichen Interessen im Spiel sind. Was ist PET-Cycle? Es handelt sich – und jetzt kommen wir zum Knackpunkt der Diskussion – um eigens gestaltete Einweg-PET-Flaschen, die in Mehrwegkästen geliefert und zurückgenommen werden. Durch dieses besonders ausgestaltete System ist PET-Cycle als Insel akzeptiert, hat es also geschafft, nur seine eigenen Getränkeverpackungen zurücknehmen zu müssen.

Allerdings handelt es sich nicht um ein Mehrwegsystem und nicht um ein durch Ökobilanzen anerkanntes ökologisch vorteilhaftes Verpackungssystem. Ob das PET-Cycle-System in der Bundesrepublik inzwischen so verbreitet ist, dass von einer flächendeckenden Rücknahme für den Bürger ausgegangen werden kann, wie es der EuGH letztendlich wünscht, muss, wie ich finde, bezweifelt werden. Überdies gibt es auch Hinweise, dass die Rückgabe für den Verbraucher nicht so reibungslos funktioniert, wie dies von PET-Cycle immer wieder behauptet wird.

Letztendlich kann dies aber dahinstehen. Denn wenn wir jetzt eine Novellierung der Verpackungsverordnung durchführen, muss diese zweifelsfrei europarechtskonform sein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Zwar hat der EuGH, wie auch zu erwarten war, zu PET-Cycle keine direkten Aussagen getroffen; er pochte jedoch auf eine uneingeschränkte Rückgabemöglichkeit für den Bürger. Unbestritten hat in dieser Frage die EU-Kommission das Sagen. Nach unserer Kenntnis hat die Kommission die jetzige Formulierung, die die Inseln abschafft, so vorgegeben. Sie will nur dann auf ein weiteres Klageverfahren vor dem EuGH verzichten, wenn diese Formulierung auch 1 : 1 umgesetzt wird. Einer gestrigen Agenturmeldung war auch zu entnehmen, dass die Kommission nun empfiehlt, die Novelle in ihrer jetzigen Form zu verabschieden. In Bezug auf PET-Cycle sind uns also letzten Endes aus Rechtsgründen die Hände gebunden.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Dennoch habe ich Verständnis für die Situation von PET-Cycle, das sich auf die kommende Rechtslage einstellen muss. Ich strebe deshalb einen fairen Interessenausgleich zwischen den Bürgern, den bestehenden Mehrwegsystemen und den wirtschaftlichen Interessen der am Markt bisher erfolgreich tätigen PET-Cycle-Unternehmen an. Ich kann mir daher für das Inkrafttreten der Novelle hinsichtlich des Inselverbots und der neuen Pfandpflichten eine Fristverlängerung auf zwölf Monate gut vorstellen. Dies halte ich im Hinblick auf die Situation einiger Getränkehersteller in Baden-Württemberg, die Investitionen in das PET-Cycle-System getätigt haben, für erforderlich.

Diese Lösung würde auch den Bedenken des Europäischen Gerichtshofs Rechnung tragen. Denn der EuGH hält eine Sechsenmonatsfrist zwischen der Bekanntgabe der Mehrwegquoten und der Einführung des Pfand- und Rücknahmesystems für zu kurz. Entsprechendes gilt auch für das Inkrafttreten der Novelle gegenüber der bisherigen Rechtslage. Ich werde mich daher dafür einsetzen, bei meinen Kollegen und

beim Bund eine Mehrheit für eine Verlängerung der Übergangsfristen bis zum Inkrafttreten zu finden.

Meine Damen und Herren, wir wären in der Lage, im Bundesrat ein Modell zu beschließen, das ökologische Vorteile bringt, die Interessen der baden-württembergischen Wirtschaft ausbalanciert, mehrheitsfähig ist und der Wirtschaft die gewünschte Planungssicherheit bringt. Aber durch die Urteile ist deutlich geworden, dass die Novelle nur mit der erwähnten Fristverlängerung europarechtskonform ist. Ich kann daher den Antrag der Fraktion GRÜNE, der darauf gerichtet ist, dem Novellierungsentwurf der Bundesregierung vorbehaltlos zuzustimmen,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Was? Vorbehaltlos?)

inhaltlich so nicht akzeptieren. Gehen Sie aber davon aus, dass wir am Freitag unter Berücksichtigung der Fristverlängerung mit Blick auf die Konformität mit dem Europarecht dem Grundantrag, wie er bisher besteht, nämlich dem Pfandvereinfachungsmodell, im Bundesrat zustimmen werden. Wir wollen dieses Thema vom Tisch haben, und ich glaube, dass dies eine gute Lösung darstellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jetzt aber! – Abg. Göschel SPD: Die FDP/DVP ist isoliert!)

Abg. Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hätte mir gewünscht, dass auch die CDU-Fraktion, Herr Kollege Scheuermann, hier so selbstbewusst hätte auftreten und die Sache so klar hätte darstellen können, wie das jetzt der Herr Minister gemacht hat.

(Zuruf von der SPD: Schade!)

Wir waren uns doch bereits in der letzten Legislaturperiode im Umweltausschuss darüber einig, Herr Kollege Scheuermann, dass es ein solches Pfandsystem geben muss. Jetzt hat der EuGH, wie der Herr Minister gerade dargestellt hat, die Inseln kassiert, was ich für richtig und gut halte. Deswegen sollte man das jetzt nicht mehr lange abwägen, sondern der Sache zügig zustimmen.

(Zuruf von der SPD: Zügig!)

Über die Frage, inwieweit es da noch Übergangsfristen von einem halben Jahr mehr oder weniger geben sollte, sollten wir, glaube ich, keinen großen Streit mehr führen. Wichtig ist, dass dieses Thema vom Tisch kommt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Scheuermann?

Abg. Walter GRÜNE: Gerne.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Scheuermann, bitte.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Kollege, könnten Sie mir bitte einmal sagen, wo in der Sache ein Unterschied zwischen den Aussagen des Ministers und meinen Aussagen gewesen ist?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Sie waren klarer! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Abg. Walter GRÜNE: Das kann ich Ihnen ganz klar sagen, Herr Kollege Scheuermann: Sie haben sich nicht eindeutig dazu bekannt, ob man jetzt am Freitag zustimmen soll oder nicht.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Genau das hat der Herr Kollege Mappus als Minister getan. Das war der Unterschied.

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

– Ja, aber wir müssen darüber jetzt keine Diskussion führen. Ich habe nur gesagt, Herr Kollege Scheuermann, Sie haben die Verantwortung . . .

(Zurufe und Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Herr Abg. Walter.

(Abg. Alfred Haas CDU: Warum hat er das Wort?)

Abg. Walter GRÜNE: . . . – danke – an die Regierung abgegeben, und ich habe von Ihnen wenigstens ein bisschen mehr Selbstbewusstsein verlangt.

(Abg. Drexler SPD: Genau, ein bisschen mehr Selbstbewusstsein! – Abg. Oettinger CDU: Jetzt zur Sache, Herr Kollege!)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich hier eindeutiger äußern. Jetzt, wo die Fraktion doch wieder gestärkt sein soll, sollte das doch gar kein Problem mehr sein.

Jetzt kommen wir zur Sache, Herr Kollege Oettinger. Waren Sie selbst nicht schon einmal umweltpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion?

(Zurufe)

– Nein, der Kollege Oettinger war noch nie umweltpolitischer Sprecher.

(Abg. Drexler SPD: Er war im Umweltausschuss! Da haben wir gemeinschaftlich Zeitung gelesen! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Das hat bei ihm aber im Gegensatz zu Ihnen etwas gebracht!)

– Im Umweltausschuss war er? Also gut.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich glaube, über dieses Thema ist in den letzten Jahren genug diskutiert worden. Es wäre jetzt wirklich kontraproduktiv, weiterhin die Haltung der FDP/DVP einzunehmen und an die Sache nun keinen Knopf zu machen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich glaube, die Menschen in dieser Republik sehen, dass wir noch wesentlich größere Probleme haben als die Einführung einer Pfandpflicht.

(Abg. Drexler SPD: Genau! – Abg. Dr. Caroli SPD: Aber wir wollen es ja!)

Deswegen ist es an der Zeit, dieses Problem vom Tisch zu bekommen und nicht mehr lange darüber zu diskutieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wie wünschen die Antragsteller mit dem Antrag zu verfahren? – Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Abstimmen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Sie wünschen Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/3809, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Zweite war deutlich die Mehrheit. Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, Punkt 5 der Tagesordnung abzusetzen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Dies war die letzte Sitzung vor Weihnachten. Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, friedvolles neues Jahr.

(Beifall im ganzen Haus – Zurufe: Gleichfalls!)

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 16. Februar 2005, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:46 Uhr